

Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung Heft 29

Steffen Schoon / Arne Lehmann (Hrsg.)

**Die Kommunalwahlen 2009
in Mecklenburg-Vorpommern**

Universität Rostock
Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften
2009

HERAUSGEBER: Universität Rostock,
Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften

REDAKTION: Prof. Dr. Yves Bizeul
Prof. Dr. Jakob Rösel
Prof. Dr. Nikolaus Werz

LEKTORAT UND
DRUCKVORLAGE: Martin Koschkar
Arne Lehmann
Steffen Schoon

CIP- KURZTITELAUFNahme: Die Kommunalwahlen 2009 in Mecklenburg-Vorpommern
von Steffen Schoon und Arne Lehmann. – Rostock : Univ.,
Inst. für Politik- u. Verwaltungswissenschaften, 2009. –
107 S. – (Rostocker Informationen zu Politik und
Verwaltung ; 29)

ISSN 0947-3025
ISBN 978-3-86009-070-1

© Universität Rostock, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, 18051 Rostock
Jede Form der Weitergabe oder Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des Herausgebers.

BEZUGSMÖGLICHKEITEN: Universität Rostock
Universitätsbibliothek, Schriftentausch, 18051 Rostock
Tel.: +49-381-498-86 37
Fax: +49-381-498-86 32
e-mail: maria.schumacher@uni-rostock.de

Universität Rostock
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät
Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften
Ulmenstr. 69, 18057 Rostock
Tel.: (0381) 498-44 44
Fax: (0381) 498-44 45

DRUCK: Universitätsdruckerei Rostock 900-09

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
 <i>Steffen Schoon</i>	
Die Kommunalwahlen 2009 in Mecklenburg-Vorpommern – Eine Bilanz	6
 <i>Johannes Saalfeld</i>	
Die Wahl zur Rostocker Bürgerschaft 2009 – Experimentaldemokratie und ihre Ursachen	19
 <i>Christian Kobsda/Erik Lohse</i>	
Die Kommunalwahl 2009 in der Landeshauptstadt Schwerin	31
 <i>Michael Koch/Christian Schwießelmann</i>	
Die Kommunalwahlen 2009 in der Region Südvorpommern: Hansestadt Greifswald, Landkreis Ostvorpommern und Landkreis Uecker-Randow	41
 <i>Monique Tiedemann/Christian Martinez Schwabbauer/Florian Lescow</i>	
Die Kommunalwahlen 2009 in der Region Mecklenburgische Seenplatte: Neubrandenburg, Demmin, Müritz und Mecklenburg-Strelitz	53
 <i>Michael Maser/Christopher Scheele</i>	
Die Kommunalwahlen 2009 im nördlichen Vorpommern: Nordvorpommern, Rügen und Hansestadt Stralsund	61
 <i>Martin Koschkar</i>	
Die Kommunalwahlen 2009 in der Hansestadt Wismar und dem Landkreis Nordwestmecklenburg	69

Stefan Posselt/Roman Stieler/Philipp Stolzenberg

**Die Kommunalwahlen 2009 in der Region Mittleres Mecklenburg:
Bad Doberan und Güstrow.....80**

Arne Lehmann

**Die Kreistagswahlen 2009 in der Region Südwestmecklenburg:
Ludwigslust und Parchim.....87**

Anhang: Plakate im Kommunalwahlkampf 2009.....100

Anhang: Landkarte Mecklenburg-Vorpommern (Landkreisübersicht).....102

Die Autoren.....103

**Publikationen der Arbeitsgruppe „Politik und Wahlen in Mecklenburg-
Vorpommern“.....104**

Ausgaben der Reihe „Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung“.....106

Vorwort

Die Arbeitsgruppe „Politik und Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern“ am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock publiziert seit mehreren Jahren kontinuierlich zu den Wahlen im nordöstlichen Bundesland, darunter auch zu den Abstimmungen auf kommunaler Ebene.¹ Die vorgelegte Studie setzt diese Reihe fort und liefert eine Untersuchung der Kommunalwahlen am 7. Juni 2009 in Mecklenburg-Vorpommern.

Ziel der Veröffentlichung ist es, die Wahlen zu den Kreistagen und Bürgerschaften bzw. Stadtvertretungen der kreisfreien Städte zu dokumentieren und hinsichtlich Ausgangslage, Wahlkampf und Wahlergebnis zu analysieren. Nach einer Gesamteinschätzung der Kommunalwahlen folgen in den übrigen Beiträgen, Untersuchungen zu den einzelnen Wahlen in den Kreisen des Landes. Dabei wurde mit dem Ziel der Übersichtlichkeit und der besseren Vergleichbarkeit darauf verzichtet, jeden der aktuell 18 Kreise einzeln zu betrachten. Vielmehr orientieren sich die Aufsätze – mit Blick auf die zu erwartende Kreisgebietsreform – an der künftigen Kreisstruktur.

In der Arbeitsgruppe sind nicht nur Mitarbeiter des Instituts, sondern auch Absolventen, Lehrbeauftragte und Studierende der Politikwissenschaft vertreten. Gerade letztgenannte Gruppe soll hierdurch an die Forschung herangeführt und die Möglichkeit einer ersten Publikation eröffnet werden. Allen Autoren sei für Ihre Mitarbeit gedankt. Dr. Gudrun Heinrich, Prof. Nikolaus Werz und Manuel Paulus, M.A. standen dem Projekt dankenswerterweise beratend zur Seite, Martin Koschkar, B.A. bei der Endkorrektur. Für die finanzielle Unterstützung sei zudem der Creditreform von der Decken KG, der Arbeitsstelle Politische Didaktik/Bildung am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften und der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Rostock gedankt.

Dr. Steffen Schoon
Arne Lehmann, M.A.

Rostock, September 2009

¹ Vgl. dazu zuletzt: Steffen Schoon/Nikolaus Werz (Hrsg.): Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006. Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2006 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 27) und: Steffen Schoon/Nikolaus Werz u.a.: Die Kommunalwahlen 2004 in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2004 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 22).

Die Kommunalwahlen 2009 in Mecklenburg-Vorpommern – Eine Bilanz

Steffen Schoon

1. Einleitung

Bei den Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern am 7. Juni 2009 waren etwas mehr als 1,4 Millionen Wahlberechtigte aufgerufen, um über die Zusammensetzung der zwölf Kreistage und sechs Bürgerschaften/Stadtvertretungen der kreisfreien Städte sowie über die mehr als 800 Gemeindevertretungen zu bestimmen. Hinzu kamen zwei Landratswahlen (in den Kreisen Müritz und Mecklenburg-Strelitz), die Wahl einiger hauptamtlicher und die Wahl der ehrenamtlichen Bürgermeister. Die gleichzeitige Wahl zum Europäischen Parlament stellte manche Bürger daher mit Blick auf die Vielzahl von Stimmzetteln und unterschiedlichen Stimmgebungsverfahren vor echte Herausforderungen. Insbesondere die Kreistagswahlen galten den Parteien als Stimmungsbarometer zwischen den Landtagswahlen. Im Folgenden soll daher der Frage nachgegangen werden, wie das Wahlergebnis vor diesem Hintergrund zu bewerten ist, welche Besonderheiten sich beschreiben lassen und wie sich die Wahl in das bisherige Wahlverhalten Mecklenburg-Vorpommerns einordnen lässt.

2. Rahmenbedingungen und Ausgangslage

Spätestens seit 1999 ist in Mecklenburg-Vorpommern ein gespaltenes Wahlverhalten zwischen Bundes- bzw. Landtagswahlen auf der einen Seite, sowie den kommunalen Wahlen auf der anderen Seite zu beobachten. Dies betrifft insbesondere das Abschneiden von CDU und SPD. Während die Union auf der kommunalen Wahlebene stets deutlich erfolgreicher war, konnten die Sozialdemokraten hier ihre guten Ergebnisse bei Landtagswahlen nicht einmal annähernd erzielen. Dementsprechend war auch vom „roten Kopf und schwarzen Füßen“ die Rede.¹ In der Tat können die Christdemokraten als die bislang dominierende kommunalpolitische Kraft im Land bezeichnet werden. 2004 errangen sie bei den Kreistagswahlen landesweit 38,8 Prozent und stellten in allen Kreistagen mit Ausnahme von Wismar die größte Fraktion.² Die SPD wurde mit 19,1 Prozent noch hinter der damaligen PDS nur drittstärkste Partei. Die Genossen sahen sich dabei sowohl 2004 als auch schon 1999 einem heftigen bundesweiten Gegenwind ausgesetzt, der sich aus der Unzufriedenheit mit der rot-grünen Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder speiste, und der insbesondere den Christdemokraten zugute kam.

1 Vgl. Nikolaus Werz: Die rot-rote Koalition in Mecklenburg-Vorpommern, in: Nikolaus Werz u.a.: Kommunale Direktwahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2001 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 15), S. 7-22, hier: S. 13.

2 Vgl. Steffen Schoon: Die Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern, in: Steffen Schoon u.a.: Die Kommunalwahlen 2004 in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2004 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 22), S. 6-20.

Tab. 1: Landesergebnisse der Kreistagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern 1990-2004

Wahljahr	WBT %	CDU		SPD		PDS		FDP		B 90/Gr.		Sonst. ¹	
		%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze
1990 ²	72,4	27,8		20,6		19,0		6,4		2,2		24,0	
1994	65,7	30,6	300	25,6	246	24,3	228	5,4	38	4,2	25	9,9	43
1999	50,5	39,9	378	24,0	224	21,9	208	4,1	17	1,9	10	8,2	35
2004	44,9	38,8	336	19,1	166	20,2	179	6,1	54	3,1	26	12,6 ³	105

Quelle: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern. ¹ Inklusive Wählergemeinschaften und Einzelbewerber. ² Kein Vergleich der Mandatszahlen aufgrund der alten Kommunalstruktur möglich. ³ Darunter NPD mit 0,8 Prozent. WBT: Wahlbeteiligung.

Eine derartige Stimmungslage war vor den Kommunalwahlen 2009 nicht festzustellen, vor allem deshalb, weil sich die politischen Rahmenbedingungen zu den Wahlen gegenüber 2004 deutlich verändert hatten. Sowohl im Bund als auch im Land regierten nunmehr große Koalitionen aus CDU und SPD. Nach der Bundestagswahl 2005 konnten die Christdemokraten in die Bundesregierung zurückkehren und mit Angela Merkel die Bundeskanzlerin stellen. Auch im Land Mecklenburg-Vorpommern gelang der CDU nach der Landtagswahl 2006 der Sprung zurück auf die Regierungsbänke, wenn auch nur als Juniorpartner der SPD. Das führte dazu, dass die CDU, die 2004 am heftigsten gegen die von der rot-roten Landesregierung vorgelegten Kreisgebietsreform zu Felde zog und deren letztendliches Scheitern vor dem Landesverfassungsgericht in Greifswald maßgeblich initiierte, mit Lorenz Caffier nunmehr den Innenminister stellt. In dieser Funktion war er für einen Neuanlauf der Reform verantwortlich, der ihm starke Kritik von Seiten der Kommunalverbände und der betroffenen Landräte bzw. Oberbürgermeister einbrachte. Die Debatte verlief insofern nicht vorrangig nach parteipolitischen Gräben, sondern führte vor allem innerhalb die Union zu einiger Unruhe.

Die ungünstigere Ausgangslage der CDU im Vergleich zu 2004 wäre unter normalen Umständen ein Vorteil für die SPD gewesen. Allerdings gerieten die Sozialdemokraten im Bund nach der knapp verlorenen Bundestagswahl in einen nicht enden wollenden Abwärtsstrudel. Insbesondere die Etablierung der aus PDS und WASG neu gebildeten Partei Die LINKE brachte die „alte Tante“ SPD in erhebliche Schwierigkeiten. Über den Umgang mit dieser neuen Herausforderung an der linken Flanke herrscht nach wie vor große Uneinigkeit innerhalb der SPD. Mit besonderer Dramaturgie wurde dieser Konflikt öffentlich im Jahr 2008 nach der hessischen Landtagswahl ausgetragen, als die Wahl von Andrea Ypsilanti (SPD) zur neuen Ministerpräsidentin unter Tolerierung der LINKEN an den eigenen Fraktionsmitgliedern spektakulär scheiterte. Die SPD verschliss zudem nach der Bundestagswahl mit Franz Müntefering, Matthias Platzeck und Kurt Beck gleich drei Parteivorsitzende in kürzester Zeit, um letztendlich doch wieder Franz Müntefering auf den Chefsessel im Willy-Brandt-Haus zu hieven. Auch die komplizierte Situation, sich innerhalb der großen Koalition und gegen die eher moderierende Kanzlerin zu profilieren, ließ die SPD in Umfragen deutlich und dauerhaft unter die 30 Prozentmarke rutschen und deren Charakter als Volkspartei zunehmend fraglich erscheinen. In Schwerin übergab zudem im Jahr 2008 der langjährige SPD-Ministerpräsident Harald Ringstorff den Staffelstab an Erwin Sellering, der jedoch bislang noch nicht die Popularitätswerte des im Lande äußerst beliebten Ringstorff erzielen konnte.³ Der gebürtige Westfale sorgte auch mit der von ihm

3 Vgl. Mecklenburg-Vorpommern-Monitor 2008, polis/sinus-Studie im Auftrag der Staatskanzlei.

Ende März 2009 entfachten Debatte zum Erbe der DDR für Konfliktstoff in der Öffentlichkeit.⁴

Aus einer deutlich gestärkten Position gegenüber 2004 heraus ging die FDP in den Kommunalwahlkampf. Nach der Rückkehr in den Landtag 2006 konnten die Liberalen eine große und beständige öffentliche Aufmerksamkeit für sich verbuchen, indem sie sich gegenüber der Großen Koalition in Schwerin als agilste Oppositionspartei profilierten. Die gleiche Konstellation auf Bundesebene, aus der unter anderem hervorragende Umfragewerte für die Partei resultierten, gab zusätzlichen Rückenwind.

Die LINKE hatte gegenüber 2004 den Vorteil nicht als Regierungs- sondern als Oppositionspartei in die Wahl gehen zu können. Etwaige innerparteiliche Konflikte zwischen Reformern und Traditionalisten waren insofern weniger öffentlichkeitswirksam als vor fünf Jahren, als die damalige PDS in der Frage der Kreisgebietsreform tief gespalten war. Gleichwohl machten u.a. der öffentliche Machtkampf zwischen Helmut Holter und Marianne Linke um den Fraktionsvorsitz negative Schlagzeilen.⁵ Insgesamt konnte man den Eindruck gewinnen, als wenn die LINKE nach dem Verlust der Regierungsbeteiligung 2006 die neue Rolle als Oppositionspartei noch nicht ganz angenommen hatte.

Für Bündnis 90/Die Grünen, die seit Jahren in Mecklenburg-Vorpommern um die landespolitische Etablierung ringen, galt es mit Blick auf die nächsten Landtagswahlen vor allem ihre kommunalpolitische Basis in den Kreisen auszubauen. Erwartungen nach dem großen „Durchbruch“ gab es insofern nicht. Allerdings ist bei den Bündnisgrünen seit ein paar Jahren ein zwar trippelschrittartiger, aber beständiger Aufwärtstrend bei Wahlergebnissen und Mitgliederzahlen zu verzeichnen, der sich auch in einem neuen Selbstbewusstsein äußert. So kündigte beispielsweise der Kreisverband in Rostock sein langjähriges Wählerbündnis auf, um als eigenständige Partei zur Bürgerschaftswahl antreten zu können.

Große Aufmerksamkeit im Vorfeld der Wahl galt dem möglichen Abschneiden der NPD. Die Rechtsextremisten, die nach der Landtagswahl 2006 mit 7,3 Prozent in das Schweriner Schloss einziehen konnten, wollten ihre Position im Land weiter stärken und ihre Strategie der regionalen Verankerung fortsetzen. Aufgrund der fehlenden Fünf-Prozent-Hürde war von vornherein davon auszugehen, dass der NPD der flächendeckende Sprung in die Kreistage gelingen könnte, sofern sie zu den jeweiligen Wahlen antreten würde. Die wesentliche Frage war daher vielmehr, ob sich diese antidemokratische Partei durch ihr Gebaren im Landtag seit 2006 in der Wahlbevölkerung „entzaubert“ hatte oder sich im Gegenteil weiter im Land verfestigen konnte. Die bundesweiten Begleitumstände waren jedenfalls ungünstiger als zur Landtagswahl 2006. Innerparteilich kam es zum Beispiel zu erheblichen Spannungen um die Wahl des Bundesvorsitzenden, bei der der Schweriner Fraktionschef Udo Pastörs dem Amtsinhaber Udo Voigt unterlag.⁶ Vor allem führten aber die Finanzskandale der Bundespartei, die vom Bundestagspräsidium mit einer Strafzahlung von über einer Million Euro geahndet wurden, zu einer verminderten Wahlkampfkasse der Landes-NPD.⁷ Die Nutzung der alten und daher zum Teil thematisch nicht passenden Plakate aus dem Landtagswahlkampf 2006 machte dies deutlich.

4 Vgl. u.a. Max-Stefan Koslik: Sellering heizt DDR-Debatte an, in: Schweriner Volkszeitung, 23.03.2009, S. 1.

5 Vgl. u.a. Björn Hengst: Linke streitet über ihr Spitzenpersonal, in: SPIEGEL-Online, 20.04.2009, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,620053,00.html> (06.08.2009).

6 Vgl. u.a. SPIEGEL-Online, 04.04.2009, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,617491,00.html> (06.08.2009).

7 Vgl. u.a. Philipp Wittrock: Gericht halbiert Millionenstrafe gegen NPD, in: SPIEGEL-Online, 15.05.2009, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,625099,00.html> (06.08.2009).

Im Vorfeld der Wahlen wurde in den Medien immer wieder thematisiert, ob und inwieweit die Parteien überhaupt in der Lage seien, genügend Kandidaten gewinnen zu können. Diese Befürchtungen waren übertrieben, zum Teil gab es sogar eine deutliche Steigerung der Bewerberanzahl.⁸ Hierbei muss freilich zwischen der Kreisebene und der Gemeinderats-ebene unterschieden werden. Nur im letztgenannten Bereich haben die Parteien aufgrund der geringen Mitgliederzahlen naturgemäß erhebliche Schwierigkeiten.

Wie üblich bestimmten insbesondere regionale Themen und Besonderheiten die einzelnen Wahlkämpfe. Allerdings gab es mit der geplanten Kreisgebietsreform auch ein überregionales und verbindendes (Aufreger-)Thema. Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Infratest dimap im Mai 2009 meinten fast zwei Drittel der Bürger, dass dieses Vorhaben der Landesregierung in die falsche Richtung gehe.⁹ Die Wirtschafts- und Finanzkrise spielte dagegen eine eher untergeordnete Rolle, da sich deren Schockwellen offensichtlich bis zum Wahltermin nicht so stark auf das Land ausgebreitet hatten. Die dramatische Lage der WADAN-Werften in Wismar und Rostock, die im August zur Insolvenz beider Betriebe führte, kam erst wenige Tage vor der Wahl mit einer ersten Meldung an die Öffentlichkeit und hatte vermutlich noch keinen entscheidenden Einfluss.¹⁰ Bundesweit wurden die Kommunalwahlen, die im Übrigen auch in einigen anderen Bundesländern stattfanden, thematisch von der gleichzeitigen Europawahl überdeckt.

2. Wahlergebnis

Der vor allem in den Medien befürchtete weitere Rückgang der Wahlbeteiligung blieb aus. Gegenüber 2004 machten sogar etwas mehr Bürger von ihrem Wahlrecht Gebrauch, so dass die Quote um 1,5 Prozentpunkte auf 46,6 Prozent stieg. Den deutlichsten Anstieg verbuchten dabei die Hansestädte Rostock und Wismar, die gleich um sieben Prozentpunkte mehr Wahlberechtigte an den Urnen verzeichnen konnten. Insgesamt werden die Kommunalwahlen von den Bürgern des Landes jedoch eher stiefmütterlich behandelt, da auch diesmal nicht einmal die Hälfte zur Wahl gegangen ist. Zu den letzten Bundes- und Landtagswahlen 2005 und 2006 kamen immerhin 71,2 bzw. 59,1 Prozent zur Stimmabgabe. Die Differenzen zeigen sehr deutlich den Charakter von Kommunalwahlen als so genannte Nebenwahlen, an denen nur die Wahlberechtigten mit einer ausgeprägten Wahlnorm teilnehmen. Von der gleichzeitig stattfindenden Europawahl ist in dieser Hinsicht kein verstärkender Effekt zu erwarten, viel eher ist der umgekehrte Fall anzunehmen.

8 Vgl. u.a. http://www1.ndr.de/nachrichten/kommunalwahl_mv/kommunalwahlmv100.html (06.08.2009).

9 Vgl. Infratest dimap: Mecklenburg-VorpommernTREND, Mai 2009, im Auftrag des Norddeutschen Rundfunks (NDR).

10 Vgl. Jörg Köpke: Schwarzer Freitag für MV, in: Ostsee-Zeitung, 05.06.2009, S. 1.

Tab. 2: Landesergebnis der Wahlen zu den Kreistagen und Bürgerschaften/ Stadtvertretungen der kreisfreien Städte in Mecklenburg-Vorpommern 2009

Wahlvorschlag	Wahlergebnis 2009			Veränderung zu 2004 (in Prozentpunkten)
	absolut	Prozent	Sitze	
CDU	600.954	31,8	278	- 8,0
SPD	365.213	19,3	167	+ 0,2
Die LINKE	407.847	21,6	190	+ 1,4
FDP	163.892	8,7	76	+ 2,6
Bündnis 90/Die Grünen ¹	94.447 (99.402)	5,0 (5,3)	41 (45)	+ 1,9 (+ 2,2)
NPD	60.956	3,2	26	+ 2,4
Wählergemeinschaften ²	154.259 (149.304)	8,2 (7,9)	74 (70)	- 0,6 (+ 0,4)
Einzelbewerber	31.723	1,7	9	- 1,1
Sonstige (Parteien)	6.997	0,4	2	+ 0,2
Wahlbeteiligung	46,6 %			+ 1,5

Quelle: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern. Eigene Berechnungen. ¹ In Klammern: inklusive der Ergebnisse der Bündnis 90/Die Grünen nahe stehenden Wählergemeinschaft Forum Kommunalpolitik Stralsund in Stralsund (auch für 2004). ² In Klammern: ohne die Ergebnisse der Wählergemeinschaft Forum Kommunalpolitik Stralsund.

Vor dem Hintergrund der oben beschriebenen Ausgangslage für die Parteien kann das Landesergebnis der Wahlen zu den Kreistagen und Bürgerschaften bzw. Stadtvertretungen der kreisfreien Städte letztendlich nicht wirklich überraschen. Die CDU blieb mit 31,8 Prozent zwar zum fünften Mal in Folge stärkste kommunalpolitische Kraft im Land, musste aber erhebliche Verluste von acht Prozentpunkten einstecken. Mit Blick auf die besondere Stimmungslage zu den Kommunalwahlen 1999 und 2004 kam dies jedoch nicht ganz unerwartet, so dass man durchaus von einer Normalisierung des Unionsergebnisses sprechen kann, das sich nunmehr wieder auf dem Niveau von 1994 befindet. Die Anzahl der CDU-Mandate verringerte sich damit deutlich von 336 auf 278.

Die SPD konnte freilich von diesem Rückgang der Unions-Wählerschaft nicht profitieren. Sie rutschte zwar nicht weiter ab, stagnierte aber auf dem Niveau des zweifellos miserablen Ergebnisses von 2004. Die minimale Verbesserung um 0,2 Prozentpunkte und der Gewinn eines zusätzlichen Mandates können die Sozialdemokraten kaum als Erfolg verkaufen. Die extreme Spaltung zwischen der Landtagswahlebene, wo die SPD zuletzt mit 30,2 Prozent wiederholt stärkste Partei wurde, und der kommunalpolitischen Ebene bleibt für die Sozialdemokratie weiterhin eine bittere Realität. Zudem musste sie erneut der LINKEN den zweiten Platz überlassen.

Die frühere PDS konnte sich zwar leicht auf 21,6 Prozent und um insgesamt elf Mandate verbessern. Angesichts der insgesamt eigentlich günstigen Ausgangslage für die Partei, ist das Ergebnis jedoch eher als Stagnation denn als hoffnungsvoller Aufbruch zu interpretieren. Auch bei der Landtagswahl 2006 konnte sie nicht von den großen Verlusten der anderen Parteien – damals der SPD – profitieren und verharrte auf ihrem Vorwahlergebnis.

Als echter Sieger der Wahl kann hingegen die FDP bezeichnet werden, die ihr beachtliches Ergebnis der letzten Landtagswahl (9,6 Prozent) mit 8,7 Prozent bestätigte und sich offensichtlich als vierte politische Kraft im Lande etablieren kann. Vermutlich profitierten die Liberalen wie schon 2006 auch von ehemaligen Unionswählern. Die FDP konnte die Gesamtzahl ihrer Mandate somit von 54 auf nunmehr 76 steigern.

Bündnis 90/Die Grünen können ebenfalls zu den Gewinnern der Wahl gezählt werden. Erstmals seit der Bundestagswahl 1990 übersprangen sie in einer landesweiten Wahl in

Mecklenburg-Vorpommern wieder die – mit Blick auf die Landtagswahl 2011 auch psychologisch wichtige – Fünf-Prozent-Hürde. Berücksichtigt man in dem Landesergebnis auch das Ergebnis der den Grünen nahe stehenden Wählergemeinschaft Forum Kommunalpolitik Stralsund, die vom Landessprecher Jürgen Suhr geführt wird, und rechnet zudem den Landkreis Uecker-Randow-Kreis heraus, in dem die Bündnisgrünen keinen Kandidaten aufstellten, dann kämen sie sogar auf 5,5 Prozent. Die Öko-Partei verfügt nun über 41 Sitze in den Kreistagen und Bürgerschaften bzw. Stadtvertretungen. Der Wählergemeinschaft Forum Kommunalpolitik Stralsund hat vier Mandate inne.

Die rechtsextremistische NPD erreichte landesweit 3,2 Prozent und blieb damit deutlich hinter dem Ergebnis der letzten Landtagswahl und wohl auch hinter den eigenen Erwartungen zurück. Eine Interpretation, wonach das rechtsextreme Wählerpotenzial folglich im Land geschmolzen sei, dürfte allerdings zu kurz greifen. Zum einen ist zu berücksichtigen, dass die NPD in fünf Kreisen (Wismar, Greifswald, Demmin, Rügen, Mecklenburg-Strelitz) keine Kandidaten zur Wahl aufgestellt hat und somit dort auch keine Stimmen erringen konnte. Rechnet man die Kreise ohne NPD-Wahlbeteiligung aus dem Landesergebnis heraus, so würde das NPD-Ergebnis auf immerhin 4,0 Prozent steigen. Zum anderen darf nicht übersehen werden, dass Kommunalwahlen sich kaum als Protestwahlen eignen, v.a. weil es vorrangig Personalwahlen sind, und sich eine mögliche Proteststimmung wahrscheinlich nicht so leicht wie bei der Landtagswahl zugunsten der NPD ausgewirkt hat. Schließlich ist davon auszugehen, dass das rechtsextreme Wählerpotenzial durch die dreifache Stimmenvergabe tendenziell unterschätzt sein dürfte. Ein Wähler, der einem NPD-Kandidaten „nur“ eine Stimme gegeben hat, zählt im Gesamtkommunalwahlergebnis letztlich nur zu etwa einem Drittel. Nichtsdestotrotz muss man ihn zum erreichbaren Wählerpotenzial der NPD zählen. Bei Landtagswahlen, wo mit der Zweitstimme letztlich nur ein entscheidendes Votum abzugeben ist, hätte diese Stimme eine andere Wirkung. Da die NPD diesmal nicht nur in vier sondern in 13 Kreisen zur Wahl antrat, konnte sie ihrer Gesamtzahl an Mandaten von sieben auf 26 erhöhen.

Die Wählergemeinschaften haben auf den ersten Blick geringfügig verloren. Zählt man jedoch die im Wesentlichen von den Grünen getragenen Wählerbündnisse in Rostock (das frühere Bündnis 90) und Stralsund (Forum Kommunalpolitik Stralsund) nicht hinzu, so konnten sie insgesamt einen leichten Gewinn auf 8,2 Prozent verbuchen und nunmehr 70 anstelle von 67 Mandaten besetzen. Dennoch spielen die Wählergemeinschaften auf der Kreisebene im völligen Kontrast zu den Gemeinderatswahlen nach wie vor nur eine untergeordnete Rolle im Land. Hier haben die jeweiligen Parteiorientierungen als entscheidende Bestimmungsfaktoren ein deutlich stärkeres Gewicht als auf der lokalen Wahlebene.

Die Anzahl der Einzelbewerber mit Mandaten hat sich im Vergleich zu 2004 von 18 auf neun halbiert. Nachdem 2004 in drei Kreisen (Schwerin, Stralsund, Güstrow) jeweils ein Sitz unbesetzt bleiben musste, da einige Einzelbewerber soviel Stimmen erhalten hatten, um gleich zwei Mandate einnehmen zu können, trat diese durchaus problematische Folge des Wahlsystems nur noch in der Hansestadt Wismar auf. Vermutlich auch aufgrund dieser Erfahrung aus der letzten Kommunalwahl formierten sich in Schwerin die vier in der Stadtvertretung sitzenden Einzelbewerber zur Wählergemeinschaft Unabhängige Bürger. In Stralsund trat das Bürgerschaftsmitglied Michael Adomeit diesmal mit seiner eigenen Wählergemeinschaft an und weiß nunmehr einen Mitstreiter im Stralsunder Rathaus an seiner Seite. Denselben Lerneffekt verzeichnete auch die Wählergemeinschaft Bürgerliste Greifswald, die 2004 noch zu wenige Kandidaten aufstellte, um alle Mandate wahrnehmen zu können. Diesmal konnte sie jedoch alle vier ihr zustehenden Sitze besetzen.

Aufgrund der fehlenden Fünf-Prozent-Hürde bleiben die meisten Kreistage weiterhin relativ „bunte Veranstaltungen“ mit entsprechenden Folgen für die Mehrheitsfindung. Vor

allem in der Hansestadt Rostock ist eine deutliche Fragmentierung der Bürgerschaft festzustellen, da elf Parteien und Wählergemeinschaften Mandate erringen konnten.

3. Regionale Unterschiede und Strukturmuster

Die landesweiten Gesamtergebnisse erlauben nur eine grobe Orientierung über den Ausgang der Kommunalwahlen, die aber nur ein unzureichendes Bild über die politischen Kräfteverhältnisse im Land bietet. Dahinter verbergen sich zum Teil sehr große Unterschiede in den einzelnen Kreisen. Ähnlich wie in allen anderen vorherigen Wahlen, ist in Mecklenburg-Vorpommern eine deutliche regionale Differenzierung in den Wahlergebnissen festzustellen, die überwiegend strukturell verfestigt ist.

Die CDU erreichte so zum Beispiel in Nordvorpommern, der Kreis mit dem erneut stärksten Unionsergebnis, 48 Prozent. In Demmin waren es fast 43 Prozent. In Rostock konnten die Christdemokraten hingegen nur knapp über 17 Prozent erzielen. Dennoch bleibt die Union in allen Kreisen bis auf die kreisfreien Städte Schwerin, Wismar und Rostock weiterhin stärkste kommunale Kraft, in Neubrandenburg und im Müritzkreis allerdings nur noch hauchdünn vor der LINKEN bzw. der SPD. Mit Ausnahme der Hansestadt Stralsund, in der die CDU 2004 aufgrund der Querelen um den damaligen Oberbürgermeister Lastovka überdurchschnittlich verloren hatte und sich diesmal leicht verbessern konnte, mussten die Christdemokraten flächendeckend Verluste hinnehmen. Allerdings fielen diese von Kreis zu Kreis höchst unterschiedlich aus. Während in Neubrandenburg und Wismar nur minimale Einbußen zu verzeichnen waren, gab es in Ostvorpommern und Schwerin mit fast zwölf bzw. neun Prozentpunkten erhebliche Einbrüche. Wahrscheinlich müssen die besonderen Probleme der CDU vor Ort als Erklärung hierfür herangezogen werden: In Ostvorpommern könnte sich z.B. der Spendenskandal um den Bundestagsabgeordneten Ulrich Adam negativ ausgewirkt haben. In der Landeshauptstadt hat sicher die Affäre um die im Jahr 2008 verhungerte Lea-Sophie, die dem damaligen Oberbürgermeister Claussen das Amt kostete, einen Nachhall bei den Kommunalwahlen gefunden.

Ein ähnlich differenziertes Bild ergibt sich bei der SPD. Im Gesamtergebnis stagnieren die Sozialdemokraten auf niedrigem Niveau. Bei einem genauen Blick zeigt es sich aber, dass sie in den meisten mecklenburgischen Kreisen zulegen konnten, insbesondere in Schwerin und im Müritzkreis. In den vorpommerschen Kreisen sowie in Wismar und Rostock verloren die Genossen jedoch im Vergleich zu 2004 weiter. Wismar bleibt dennoch der einzige Kreis, in dem die SPD nach wie vor die stärkste Fraktion stellt. Insgesamt hat es aber den Anschein, als wenn die SPD gerade dort Stimmen einbüßt, wo sie ohnehin schon schwach verankert und entsprechend schlecht aufgestellt ist. Offensichtlich gibt es hier eine Abwärtsspirale, die nur schwer umzukehren ist. In den vorpommerschen Kreisen erreichte die SPD nur zwischen zehn (Rügen) und 13,3 Prozent (Greifswald). In den Kreisen des mecklenburgischen Landesteils liegen die Ergebnisse insgesamt deutlich höher, zwischen 18,4 und 34,4 Prozent (Rostock bzw. Wismar). Die bekannte Ost-West-Spaltung bezüglich des SPD-Abschneidens im Land hat sich demnach noch weiter vergrößert.

Hiervon profitiert offensichtlich die LINKE, die sich vor allem in den vorpommerschen Landkreisen Ostvorpommern und Demmin deutlich verbessern konnte. Im direkten Gegensatz zur SPD, die hier die Rolle als linke Volkspartei de facto an die LINKE abgegeben hat, können die Sozialisten auf ihre kommunale Verankerung bauen, denn in beiden Kreisen stellen sie auch die Landräte. Nach wie vor bleibt Neubrandenburg die Hochburg der ehemaligen PDS, was mit der besonderen Geschichte der Stadt während der DDR-Zeit zu

begründen ist, als Neubrandenburg planmäßig zum Verwaltungszentrum des gleichnamigen Bezirkes ausgebaut wurde.¹¹ Die Tendenz zur Abschleifung der ehemals charakteristischen Unterschiede in den Wahlergebnissen zwischen den früheren Bezirksstädten (neben Neubrandenburg auch Rostock und Schwerin) hat sich jedoch soweit fortgesetzt, so dass man kaum noch von einem entsprechenden Strukturmuster sprechen kann. Insbesondere in den östlichen Landkreisen vermag sich die Partei zunehmend auf Kosten von SPD und CDU zu festigen.

FDP und Bündnis 90/Die Grünen konnten vor allem wieder in ihren bekannten kommunalen Hochburgen punkten. So sind die Liberalen erneut auf Rügen, in Bad Doberan und Wismar zweistellig, erstmals auch in Mecklenburg-Strelitz. Im Inselkreis lässt die FDP mit einem Ergebnis von 15,8 Prozent auch die SPD klar hinter sich. Mit Ausnahme von Stralsund konnten die Liberalen zudem überall die – wenngleich auch an dieser Stelle nur psychologisch wichtige – Fünf-Prozent-Hürde überwinden. Für die Bündnisgrünen bleiben die kreisfreien Städte Greifswald, Rostock und Schwerin die wichtigsten Hochburgen und zugleich landesweit die entscheidenden Stimmenbringer. Hierzu kann mit Abstrichen auch Stralsund mit der Wählergemeinschaft Forum Kommunalpolitik gezählt werden. Der beste Landkreis für die Grünen außerhalb der großen Städte war bislang stets der Müritzkreis. Trotz Verluste behauptete sich die Öko-Partei dort im Schatten des großen Müritz-Nationalparks über der Fünf-Prozent-Marke. Wichtigste Bastion ist die Stadt Malchow, wo die Grünen über 22 Prozent erzielten. Eine Ursache dürfte vermutlich darin liegen, dass die Partei hier seit vielen Jahren auch den Bürgermeister stellt. Eine neue Entwicklung ist hingegen der deutliche Zuwachs in den Gemeinden im Umkreis von Rostock (z.B. Bröbberow mit 35,1 Prozent, plus elf Prozentpunkte). Möglichweise profitieren die Grünen also stärker als früher von der Suburbanisierung der Großstädte. Im Raum Schwerin ist Ähnliches zu beobachten.

Die rechtsextremistische NPD konnte vor allem im östlichen Landesteil Erfolge verbuchen. In Ostvorpommern und im Uecker-Randow-Kreis zog sie mit 7,6 bzw. 9,1 Prozent sogar in Fraktionsstärke in die Kreistage ein. In diesen Kreisen liegen auch nach wie vor die Gemeinden, in denen die Partei über ein Fünftel der Stimmen erzielen konnte, insbesondere im Amt Anklam-Land finden sich weit überproportional NPD-Anhänger. In der Stadt Ueckermünde mit immerhin über 10.000 Einwohnern errangen die Rechtsextremisten beachtliche 13,3 Prozent. Neben dieser Schwerpunktbildung finden sich nicht überraschend die weiteren Hochburgen der Partei im Landkreis Ludwigslust, vor allem um die Stadt Lübbtheen herum, in dem speziell die Führungselite der Landes-NPD um den Schweriner Fraktionsvorsitzenden Udo Pastörs aktiv ist.

Als die erfolgreichsten Wählergemeinschaften erwiesen sich insbesondere diejenigen, die schon länger in der Kommunalpolitik aktiv waren. Hierzu zählen vor allem die Bürger für Stralsund (12,8 Prozent), das Bündnis für Rügen (12,4 Prozent), die Bürgerliste Greifswald (10,1 Prozent) sowie das Bürgerbündnis Uecker-Randow (9,0 Prozent). Auch die neu gegründete Wählergemeinschaft Unabhängige Bürger in Schwerin (11,0 Prozent) profitierte von dem früheren Engagement ihrer Mitglieder.

11 Vgl. Schoon, Die Kommunalwahlen, S. 13.

Tab. 3: Ergebnisse der Wahlen zu den Kreistagen und Bürgerschaften/Stadtvertretungen der kreisfreien Städte in Mecklenburg-Vorpommern 2009 nach Kreisen

	WBT	CDU	SPD	LINKE	FDP	Grüne	NPD	WG	Ebw.	Sonst.
Greifswald	39,8	30,9	13,3	22,3	8,6	10,8	-	13,1	1,1	-
Neubrandenburg	39,1	30,6	21,4	29,2	7,0	4,4	2,7	-	4,7	-
Rostock	43,2	17,4	18,4	23,7	8,4	10,0	3,0	15,6	0,5	3,0
Schwerin	40,8	22,0	22,0	25,7	6,4	9,3	2,8	11	0,7	-
Stralsund	39,6	32,0	11,6	18,3	4,9	-	3,1	27,2 ¹	2,1	0,7
Wismar	42,6	21,1	34,4	19,8	11,8	4,5	-	-	8,3	-
Bad Doberan	52,9	32,8	20,3	19,5	13,4	5,9	3,2	0,3	4,2	0,3
Demmin	44,1	42,7	12,6	27,6	7,1	3,5	-	5,0	1,6	-
Güstrow	43,5	33,9	20,7	18,5	6,9	3,7	3,2	6,1	5,4	1,7
Ludwigslust	51,4	31,7	26,8	16,8	8,5	4,1	4,5	7,3	0,4	-
Mecklenburg-Strelitz	51,1	36,5	22,1	24,8	10,8	4,3	-	-	1,5	-
Müritz	48,2	26,7	26,0	16,8	9,1	5,4	2,7	13,2	-	-
Nordvorpommern	47,8	48,0	13,2	18,4	7,4	2,8	3,1	7,1	-	-
Nordwestmecklenburg	51,0	31,7	23,5	20,3	8,4	3,8	3,3	6,1	2,8	-
Ostvorpommern	49,7	34,6	12,3	22,7	7,1	4,2	7,6	11,3	0,1	-
Parchim	49,6	36,7	23,7	20,0	8,3	4,8	3,6	1,6	1,1	-
Rügen	45,0	33,7	10,0	24,1	15,8	3,4	-	12,4	0,5	-
Uecker-Randow	49,3	32,0	13,2	23,9	5,6	-	9,1	16,2	-	-

Quelle: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern.

¹ Darunter das Bündnis 90/Die Grünen nahe stehende Forum Kommunalpolitik Stralsund mit 8,7 Prozent.

WBT: Wahlbeteiligung; Ebw.: Einzelbewerber.

Tab. 4: Sitzverteilung in den Kreistagen und Bürgerschaften/Stadtvertretungen der kreisfreien Städte in Mecklenburg-Vorpommern 2009

	CDU	SPD	LINKE	FDP	Grüne	NPD	WG	Ebw.	Sonst.	Gesamt
Greifswald	13	6	10	4	5	-	5	-	-	43
Neubrandenburg	13	9	13	3	2	1	-	2	-	43
Rostock	9	10	13	4	5	2	8	-	2	53
Schwerin	10	10	12	3	4	1	5	-	-	45
Stralsund	14	5	8	2	-	1	12 ¹	1	-	43
Wismar	8	13	7	4	2	-	-	2	-	36
Bad Doberan	18	11	10	7	3	2	-	2	-	53
Demmin	20	6	13	4	2	-	2	-	-	53
Güstrow	18	11	10	4	2	2	3	2	1	53
Ludwigslust	17	14	9	5	2	2	4	-	-	53
Mecklenburg-Strelitz	17	11	12	5	2	-	-	-	-	47
Müritz	13	12	8	4	3	1	6	-	-	47
Nordvorpommern	25	7	10	4	1	2	4	-	-	53
Nordwestmecklenburg	17	13	11	5	2	2	3	-	-	53
Ostvorpommern	18	7	12	4	2	4	6	-	-	53
Parchim	17	11	10	4	2	2	1	-	-	47
Rügen	16	5	11	7	2	-	6	-	-	47
Uecker-Randow	15	6	11	3	-	4	8	-	-	47

¹ Darunter das Bündnis 90/Die Grünen nahe stehende Forum Kommunalpolitik Stralsund mit 4 Sitzen.

WBT: Wahlbeteiligung; Ebw.: Einzelbewerber.

Die aus den bisherigen Wahlen erkennbaren Strukturmuster des Wählerverhaltens in Mecklenburg-Vorpommern lassen sich zum Großteil auch bei der Kommunalwahl 2009 wieder finden. Insbesondere die traditionelle Spaltung des Landes in Mecklenburg und Vorpommern vor allem hinsichtlich der Wahlergebnisse von CDU und SPD bleibt ein wesentliches Strukturmerkmal und verstärkt sich gegenüber 2004 sogar noch einmal. Die Union erreicht so im östlichen Landesteil ein um fast neun Prozentpunkte besseres Ergebnis als in Mecklenburg. Die SPD kommt hingegen mit 12,4 Prozent in Vorpommern über das Niveau einer Kleinpartei nicht hinaus. In Mecklenburg steht sie mit 22,4 Prozent wesentlich besser da. Bei den anderen Parteien halten sich diese landsmannschaftlichen Unterschiede in Grenzen, lediglich die NPD ist im Osten erkennbar stärker.

Die Differenzierung der Wahlergebnisse nach Gemeindegröße ergibt ebenfalls wieder das bekannte Bild, wonach die Union umso stärker abschneidet, je kleiner die Gemeinde ist. Bei der SPD und der LINKEN ist dies tendenziell umgekehrt, allerdings nicht in derselben Ausprägung. Die Grünen weisen – nicht überraschend – in den größeren Städten ein deutlich größeres Wählerpotenzial auf. Hier haben sie auch im Vergleich zur Landtagswahl 2006 deutlich zugelegt. Sie werden aber auch in ländlichen Gebieten gewählt, wobei ihnen gerade hier die Themen Umwelt, Naturschutz und Nachhaltigkeit sicher zugute kommen. Probleme haben die Grünen vor allem in den kleinen und mittleren Landstädten. Bei der NPD-Wahl wird zudem deutlich, dass es sich hierbei nicht um ein reines Land-Stadt-Phänomen handelt. Die Rechtsextremisten werden sowohl in Kleinstgemeinden als auch in größeren Städten gewählt.

Die Wahlbeteiligung ist gegenüber der Kommunalwahl 2004 vor allem im mecklenburgischen Landesteil und in den großen Städten über 20.000 Einwohnern gestiegen. In Vorpommern sowie in den kleinen Gemeinden war sie jedoch leicht rückläufig. Dennoch bleibt das bislang bekannte Muster erhalten, wonach die Wahlbereitschaft in der Bevölkerung tendenziell steigt, je kleiner eine Gemeinde ist. Dies hängt v.a. damit zusammen, dass die Wahlbeteiligung an den Kreistagswahlen in den Landkreisen insbesondere von den gleichzeitigen Gemeinderatswahlen profitiert. Diese sind aufgrund der räumlichen Nähe zumeist sehr attraktiv für die Bürger vor Ort. In den großen kreisfreien Städten findet sich keine derartige Situation, so dass die Wahlbeteiligung hier stets niedriger als in den Landkreisen ausfällt. Bei der Landtagswahl 2006 war ein derartiger Stadt-Land-Unterschied nicht festzustellen. Folglich ging die Wahlbeteiligung im Vergleich zu 2006 umso stärker zurück, je größer die Gemeinde ist – in den kleinen Gemeinden nur um 0,5 Prozentpunkte, in den großen Städten dagegen um fast 18 Prozentpunkte. Die Charakterisierung der Kommunalwahlen als so genannte Nebenwahlen gilt also nicht per se, sondern speziell für die Wahlen zu den Kreistagen und unter Berücksichtigung der Stadt-Land-Unterschiede.

Tab. 5: Ergebnisse der Kreistagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern 2009 in regionalen Kontexten (Mittelwerte der Stimmenanteile und Differenzen in Prozent bzw. Prozentpunkten)

		WBT	CDU	SPD	Linke	FDP	Grüne ¹	NPD ²	WG
Ergebnisse der Kreistagswahlen 2009	Mecklenburg	46,9	28,7	22,4	21,7	8,9	5,8	3,3	9,1
	Vorpommern	45,9	37,1	12,4	22,3	7,7	4,9	5,8	11,8
	bis 2.000 Einw.	55,3	36,8	17,3	19,1	9,0	4,3	4,7	9,7
	bis 8.000 Einw.	47,9	36,6	19,7	20,9	9,6	4,0	3,7	5,9
	bis 20.000 Einw.	40,9	31,8	19,2	24,7	7,7	3,6	5,5	8,5
	über 20.000 Einw.	41,3	23,5	20,6	23,6	7,9	8,2	2,9	14,0
Gewinne/Verluste zu den Kreistagswahlen 2004	Mecklenburg	2,7	-6,6	0,5	1,2	2,5	0,5	2,7	1,7
	Vorpommern	-0,4	-6,1	-1,6	1,0	2,6	1,1	3,8	1,5
	bis 2.000 Einw.	-0,9	-7,1	-0,1	1,9	3,0	1,1	3,5	-0,4
	bis 8.000 Einw.	1,1	-6,2	0,6	1,8	2,2	0,9	2,8	-1,1
	bis 20.000 Einw.	1,3	-8,6	0,4	1,0	3,0	0,7	3,8	1,2
	über 20.000 Einw.	4,3	-5,2	-0,8	0,2	2,2	0,3	2,3	5,4
Gewinne/Verluste Zur Landtagswahl 2006	Mecklenburg	-10,9	1,7	-10,2	5,2	-0,7	2,3	-3,2	-
	Vorpommern	-7,6	5,0	-12,7	5,2	-1,9	1,9	-4,4	-
	bis 2.000 Einw.	-0,5	4,9	-11,1	4,7	-1,1	1,5	-4,2	-
	bis 8.000 Einw.	-6,4	6,6	-11,2	5,6	-0,4	1,4	-3,8	-
	bis 20.000 Einw.	-13,6	3,8	-10,6	6,8	-1,1	1,3	-3,9	-
	über 20.000 Einw.	-17,7	-1,9	-10,9	4,7	-1,6	3,5	-2,7	-

Quelle: Datengrundlage Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern. Eigene Berechnungen. Gemeindeebene (N=814); gewichtet mit der Anzahl der Wahlberechtigten 2009. WG: Wählergemeinschaften; WBT: Wahlbeteiligung.

¹ Inklusiv Forum Kommunalpolitik Stralsund in Stralsund; ohne Uecker-Randow.

² Ohne Wismar, Greifswald, Rügen, Demmin und Mecklenburg-Strelitz.

Ähnlich wie auf der Ebene der Landtags- und Bundestagswahlen lässt sich auch auf der kommunalen Wahlebene eine statistisch nachweisbare regionale Stabilität des Wahlverhaltens im Land feststellen.¹² Sie ist gegenüber 2004 insgesamt deutlich angestiegen. Demnach stimmt die regionale Verteilungsstruktur der Kommunalwahlergebnisse von CDU, LINKE und FDP zu etwa 70 Prozent mit der von 2004 überein. Bei der SPD sind dies etwas weniger, die Grünen weisen sogar einen Wert von $R^2=0.78$ auf. Dies spricht klar für eine kommunale Hochburgenbildung der Parteien, die in den vorangegangenen Ausführungen zumindest schon exemplarisch dargelegt wurde.

Im Vergleich zur Landtagswahl fallen die entsprechenden Koeffizienten jedoch erneut sehr viel niedriger aus. Das heißt, dass es sich bei den Kommunalwahlen größtenteils um eine völlig eigene Wahlebene handelt, die nur bedingt etwas mit den Landtags- oder Bundestagswahlen gemein hat. Ursachen sind hierfür zum einen die unterschiedlichen Wahlbeteili-

¹² Der Koeffizient R^2 wird mit Hilfe einer Regressionsrechnung ermittelt. Die früheren Wahlergebnisse einer Partei in allen Gemeinden bilden dabei die unabhängige Variable, die Ergebnisse der Kommunalwahl 2009 einer Partei die abhängige Variable. Der Koeffizient R^2 gibt an, wie stark die regionale Verteilungsstruktur der Wahlergebnisse beider Wahlen (Verhältnis von Hochburgen und Diasporagebieten) übereinstimmt. Bei einem Wert von 1 gibt es eine absolute Übereinstimmung, bei einem Wert von 0 ist dagegen kein Zusammenhang erkennbar.

gungen, die zu disproportionalen Mobilisierungen der jeweiligen Parteianhänger führen, sowie zum anderen vor allem der Einfluss von Personen auf die Wahlentscheidung.

Vor diesem Hintergrund ist das Abschneiden der NPD mit besonderer Aufmerksamkeit zu betrachten. Die Rechtsextremisten weisen mit einem Wert von $R^2=0.72$ eine extrem hohe und völlig untypische Übereinstimmung zwischen der Struktur ihres Landtagswahl- und des Kommunalwahlergebnisses auf. Offensichtlich konnten sie sich also in ihren Hochburgen der Landtagswahl fest verankern. Bei ihren Anhängern dürften insofern Personen nur eine untergeordnete Rolle bei der Wahlentscheidung gespielt haben, wodurch ein klarer Hinweis auf eine verfestigte NPD-Wählerschaft in diesen Gebieten gegeben ist.

Tab. 6: Varianzerklärung durch die Ergebnisse der vorangegangenen Wahlen (Determinationskoeffizient R^2)

KTW 2009 abhängig von:	CDU	SPD	Die LINKE/PDS	FDP	Grüne ¹	NPD ²	WG
Kreistagswahl 2004	0.72	0.63	0.68	0.70	0.78	0.27	0.33
Landtagswahl 2006	0.41	0.35	0.39	0.22	0.51	0.72	-

Quelle: Datengrundlage Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern. Eigene Berechnungen. Gemeindeebene (N=814); gewichtet mit der Anzahl der Wahlberechtigten 2009. WG: Wählergemeinschaften; ¹ Inklusive Forum Kommunalpolitik Stralsund in Stralsund und Bündnis 90 in Rostock (2004); ohne Uecker-Randow.

² Ohne Wismar, Greifswald, Rügen, Demmin und Mecklenburg-Strelitz.

Lesehilfe: Die regionale Verteilungsstruktur (Verhältnis von Hochburgen und Diasporagebieten) des CDU-Ergebnisses von 2009 erklärt sich zu 72 Prozent aus der regionalen Struktur des Ergebnisses von 2004.

4. Fazit und Ausblick

Die Kommunalwahlen 2009 in Mecklenburg-Vorpommern haben insgesamt kaum Überraschungen gebracht, sie können vielmehr – etwas überspitzt formuliert – als „Status Quo-Wahlen“ bezeichnet werden. Dies gilt zunächst für das Ausmaß der Wahlbeteiligung. Wenn weniger als die Hälfte der Bürger von dem Wahlrecht Gebrauch macht, ist dies sicherlich nicht zufriedenstellend und unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten nicht völlig unproblematisch. Gleichwohl leiden die Kommunalvertretungen nicht an einem Legitimationsdefizit. Alarmistische Kommentare von medialer Seite und aus dem politischen Raum, die hierin eine Gefährdung der Demokratie sehen, sind letztlich übertrieben. Die Wahlbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern bei Kommunalwahlen unterscheidet sich zum Beispiel nicht von denen der westdeutschen Länder. Es gibt einen bundesweiten Trend zur Absenkung der Wahlbereitschaft, dem sich auch der Nordosten nicht entziehen kann. Hiervon jedoch eine tiefe Demokratiekrise abzuleiten, erscheint überzogen, denn bei den von der Bevölkerung als sehr viel wichtiger angesehenen Bundestagswahlen wird nach wie vor eine deutlich höhere Quote erreicht.

Als ein wichtiges Ergebnis der Wahl kann insofern festgehalten werden, dass sich die Wahlbeteiligung stabilisiert hat und nicht weiter zurückgegangen ist. Wenn die von der Landesregierung vorgeschlagene Kreisgebietsreform im Jahr 2011 planmäßig in Kraft treten sollte, ergäbe sich im Übrigen eine neue interessante Situation: 16 der 18 Kreise würden danach zu größeren Verwaltungseinheiten zusammengelegt werden, womit Neuwahlen der jeweiligen Kreistage und Landräte erfolgen müssten. Da im September 2011 auch ein neuer Landtag gewählt wird, spräche einiges für eine Zusammenlegung dieser Wahlen. Neben der Kostenersparnis, könnte man insofern sicher auch mit einer erhöhten Wahlbeteiligung rechnen.

Die politischen Kräfteverhältnisse auf der kommunalen Ebene und die dahinter stehende Struktur des Wahlverhaltens im Land haben sich im Kern als ziemlich stabil erwiesen, auch wenn die CDU dies möglicherweise aufgrund ihrer doch deutlichen Verluste im ersten Moment etwas anders sehen mag. Tektonische Verschiebungen gab es jedoch nicht. Aufgrund der Besonderheiten der kommunalpolitischen Ebene dürfen die Kommunalwahlen auch nicht als Präjudiz der kommenden Landtagswahl im Jahr 2011 angesehen werden. Dort werden andere Rahmenbedingungen herrschen und andere Einflussfaktoren wahlentscheidend sein. Allerdings dürfen sich gerade die FDP und die Grünen über ihren verbreiteten kommunalen Unterbau freuen, der den Wieder- bzw. erstmaligen Einzug in den Landtag eventuell etwas erleichtern könnte.

Gleiches gilt jedoch auch für die rechtsextremistische NPD. Sie konnte sich ganz offenkundig in ihren Hochburgen aus der Landtagswahl 2006 strukturell verankern und besitzt ein verfestigtes Wählerpotenzial im Land. Die Überwindung der Fünf-Prozent-Hürde bei der nächsten Landtagswahl erscheint angesichts der flächendeckenden Zustimmung im Land von über drei Prozent und der gleichzeitig äußerst stabilen Hochburgenbildung alles andere als ausgeschlossen. Es sind insofern auch keine Abnutzungseffekte (Stichwort „Entzauberung“) durch die Mandatstätigkeit der NPD in den Kreistagen und Gemeindevertretungen zu erwarten. Eher noch könnte hierdurch das Gegenteil, also eine schleichende Akzeptanz der Partei auch unter „Normalbürgern“, eintreten. Um dieser Gefahr zu begegnen, bedarf es in den Kommunalparlamenten eines angemessenen Umgangs mit den NPD-Mandatsträgern. Die Auseinandersetzung mit der NPD kann dementsprechend nur unter der Prämisse erfolgen, dass es sich bei ihr um keine normale, sondern um eine demokratiefeindliche Partei handelt. Es ist aber zumindest fraglich, ob sich alle demokratischen Mandatsträger in den Kommunen dieser Herausforderung bewusst sind bzw. sich dieser auch gewachsen fühlen. Hier dürften Aufgaben für die politische Bildung im Land warten.

Die Wahl zur Rostocker Bürgerschaft 2009 – Experimentaldemokratie und ihre Ursachen

Johannes Saalfeld

1. Einleitung – Süddeutsche Tradition in der Hansestadt Rostock

Gemäß der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommerns ist die Rostocker Bürgerschaft das oberste Willensbildungs- und Beschlussorgan der alten Hansestadt an der Warnow.¹ Die gleiche Rechtsquelle legt ferner fest, dass der Oberbürgermeister die städtische Verwaltung leitet, d.h. für deren ordnungsgemäßen Gang Sorge trägt sowie die sachgerechte Erledigung der Verwaltungsaufgaben verfolgt. Zudem bereitet er die Beschlüsse der Bürgerschaft vor und führt diese nach Maßstab der Gesetze aus.² Seit der Reform der Kommunalverfassung im Jahr 1999 werden auch in Rostock die beiden Gemeindeorgane – Bürgerschaft und Oberbürgermeister – nach süddeutscher Ratsverfassungstradition direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt. Was sich als jeweils eigenständig legitimierte deutsche Zuständigkeitsinflation beweisen sollte, hat sich jedoch in der mecklenburgischen Praxis als realdemokratische Kompetenzkakophonie herausgestellt. Obwohl die Verantwortungsbereiche vom Gesetzgeber deutlich voneinander abgetrennt schienen, kam es wiederholt zu schweren sachpolitischen Auseinandersetzungen um die politische Zuständigkeit. Das hanseatische Selbstbewusstsein der Bürgerschaft taugte dabei nur bedingt als Erklärungsversuch für diese politische Disharmonie. Vielmehr zeigte sich, dass sich der Aufgabenbereich des sogenannten Hauptverwaltungsbeamten nicht nur in der Leitung der Verwaltung erschöpfen kann, sondern dass der Oberbürgermeister in seiner Funktion als gesetzlicher Vertreter der Rostocker Gemeinde zur politischen Kärnerarbeit verpflichtet ist. Denn eine ordnungsgemäße und beanstandungsfreie Umsetzung der Beschlüsse setzt gesetzeskonforme Beschlüsse in der Bürgerschaft voraus. Genau hierin lag einer der zentralen Konfliktpunkte in der Kommunalpolitik der vergangenen Jahre.

Diese Situation der teilweise erbittert geführten Auseinandersetzungen wurde nicht nur durch die jeweils eigenständige Legitimation der Gemeindeorgane belastet, sondern nochmals durch die fehlende politische Verankerung des parteilosen Oberbürgermeisters Roland Methling in der Bürgerschaft verschärft. In dieser Konstellation strebte der Oberbürgermeister der Hansestadt Rostock im fünften Jahr seiner Amtsgeschäfte eine eigene ständige Vertretung in der Bürgerschaft an, indem er sich maßgeblich an der Gründung und Führung eines Wählerbündnisses beteiligte. Im Gravitationsfeld dieser politischen Auseinandersetzungen und Herausforderungen zwischen Bürgerschaft und Oberbürgermeister bewegte sich der Wahlkampf im Vorfeld der Kommunalwahl am 7. Juni 2009. Im Folgenden werden die Bedingungsgründe und Konfliktgegenstände der Kommunalwahl dargestellt, um zu einer Analyse des Wahlergebnisses zu gelangen. Auch auf die beiden konstituierenden Bürgerschaftssitzungen vom 15. Juli und 5. August 2009 wird eingegangen, da erst mit diesen Sitzungen die Bildung der neuen Bürgerschaft abgeschlossen wurde.

1 Vgl. § 22, Abs. 1 KV M-V, zuletzt geändert am 14.12.2007.

2 Vgl. § 38, Abs. 2 und 3 KV M-V, zuletzt geändert am 14.12.2007.

2. Ausgangslage und Wahlkampf – Kontinuität und Wandel

Die Rostocker Bürgerschaft vor der Kommunalwahl 2009 unterschied sich kaum von anderen Stadtvertretungen im Lande. Die CDU stützte sich auf die meisten Wählerstimmen und stellte zunächst die Bürgerschaftspräsidentin Liesel Eschenburg³. CDU und PDS (später die LINKE) stellten die größten Fraktionen mit jeweils 13 Sitzen. Auf einige Besonderheiten in der Rostocker Stadtvertretung von 2004 ist dennoch hinzuweisen: So trat in Rostock, wie stets seit der politischen Wende, nicht die Partei Bündnis 90/Die Grünen⁴ zur Wahl an, sondern das Bündnis 90, ein Zusammenschluss aus Bündnis 90/Die Grünen, Neuem Forum und Unabhängigem Frauenverband. Weiterhin konnten zwei Fraktionen ihren Fraktionsstatus nur durch Koalitionen erreichen. Der Rostocker Bund bildete mit Aktiv für Rostock (AfR) eine gemeinsame Fraktion. Die FDP und der Einzelbewerber Benno Freitag schlossen sich ebenfalls zur Bildung einer Fraktion zusammen. Der Sitz der Partei Die Grauen bildete mit der SPD eine Stimmengemeinschaft. Die Mandatsträgerin der SAV, Christine Lehnert, blieb Einzelkämpferin. Diese Rostocker Eigenheiten bewegten sich jedoch alle im Rahmen bekannter kommunaler Ausdifferenzierungen infolge der Abschaffung der Fünf-Prozent-Hürde in Mecklenburg-Vorpommern.⁵

Tab. 1: Ergebnis der Kommunalwahl 2004 in der Hansestadt Rostock

Wahlvorschlag	Wahlergebnis 2004		
	Absolut	Prozent	Sitze
CDU	41.326	24,2	13
SPD	36.452	21,4	11
PDS	40.973	24,0	13
FDP	8.302	4,9	3
Aktiv für Rostock	3.748	2,2	1
Bündnis 90	18.030	10,6	6
BUMV	962	0,6	0
GRAUE	1.865	1,1	1
HGR	1.299	0,8	0
Rostocker Bund	9.355	5,5	3
SAV	4.222	2,5	1
EB ¹ Benno Freitag	2.693	1,6	1
EB ¹ Norman Loeckel	1.379	0,8	0
Wahlbeteiligung	35,7 %		

Quelle: Amt für Statistik Mecklenburg-Vorpommern. ¹ EB : Einzelbewerber

Die Rostocker Wählerinnen und Wähler bewiesen ihre außerordentliche und bundesweit einmalige demokratische Experimentierfreudigkeit am 27. Februar 2005, als Roland Methling im ersten Wahlgang mit 58,2 Prozent zum einzigen parteilosen Oberbürgermeister einer deutschen Großstadt gewählt wurde. Lokale wie überregionale Medien interpretierten den Erdrutsch-Sieg des politischen Newcomers als Schelte für den jahrelangen parteipolitischen Streit innerhalb der Bürgerschaft.⁶ Bis in die Gegenwart konnte oder wollte der neue Oberbürgermeister jedoch nicht vollständig aufdecken, wie der aufwendige

3 Liesel Eschenburg verstarb im Amt am 03.12.2008.

4 Bündnis90/Die Grünen bestehen in Mecklenburg-Vorpommern seit dem 20.06.1993.

5 Urteil des Landesverfassungsgerichts vom 14.12.2000 sowie Beschluss der Landesregierung vom 25.05.2003.

6 Vgl. hierzu: „Ein Parteiloser für Rostock“, in: FAZ, 08.03.2005.

Wahlkampf finanziert wurde und wer zu seinen Unterstützern zählte. Die Wahlkampffinanzierung von 2005 holte den Oberbürgermeister im Wahlkampf 2009 nochmals ein.

Festzustellen bleibt, dass sich in den Folgejahren die sachpolitischen Konfliktlinien, die zuvor entlang der Parteiengrenzen verliefen, sich zunehmend entlang eines tiefer werdenden Grabens zwischen Oberbürgermeister auf der einen Seite und Bürgerschaft auf der anderen Seiten verschoben haben. Konkret entzündeten sich die Gegensätze an den Themen der Haushaltskonsolidierung, die vom Innenministerium des Landes in einer in Mecklenburg-Vorpommern beispiellosen Art und Weise lanciert wurde.⁷ Dabei standen im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen die Privatisierung städtischen Eigentums, wie zum Beispiel von Teilen des kommunalen Wohnungsunternehmens WIRO oder des ebenfalls kommunalen Südstadtklinikums. Im April 2008 wurde gegen den Verkauf städtischen Eigentums zur Haushaltskonsolidierung von der Gewerkschaft ver.di und der Partei die LINKE ein Bürgerbegehren durchgeführt, welches mit 10.000 Unterschriften das nötige Quorum von 4.000 Unterschriften erreichte. Der Innenminister Mecklenburg-Vorpommerns, Lorenz Caffier, erklärte am 19. Juni 2008 das Bürgerbegehren für unzulässig, da der Beschluss über Verkäufe innerhalb des Haushaltssicherungskonzepts ausschließlich der Bürgerschaft vorbehalten ist. Es bleibt in diesem Zusammenhang Spekulation, wonach die Landesregierung eine Entschuldung der Kommunen Mecklenburg-Vorpommerns in Rostock auf Durchsetzbarkeit erprobt.

Ferner wurde im Rahmen der Haushaltskonsolidierung auch die Rechtsformänderung des Volkstheaters in eine GmbH realisiert sowie die finanzielle Unterstützung für das Theater reduziert. In der Frage der Haushaltskonsolidierung unterschieden sich die Positionen der Parteien und Wählerbündnisse am deutlichsten. Dabei zerfielen die politischen Kontrahenten in zwei Lager: Während die LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Rostocker Bund und AUFBRUCH 09 einen Verkauf städtischen Eigentums prinzipiell ausschlossen und einen Schuldenabbau durch operative Einnahmen aus den städtischen Beteiligungen erhofften, konnten sich CDU und FDP eine Veräußerung von Südstadtklinikum und Teilen der WIRO vorstellen, aber nur wenn zuvor eine Konsolidierung der laufenden Haushaltsausgaben erreicht würde. Für die vorbehaltlose Schuldentilgung stand das Wählerbündnis FÜR Rostock – pro OB, auch und insbesondere durch die sogenannte Vermögensaktivierung. Das Hauptargument des neuen Wählerbündnisses für eine bedingungslose und schnelle Entschuldung war die von ihr selbst berechnete tägliche Zinslast von 32.000 Euro. Die Belastbarkeit dieser Zahl wurde von anderen Parteien wiederholt in Frage gestellt.

FÜR Rostock – pro OB gründete sich am 30. Mai 2008 eigens für die Kommunalwahl 2009 und machte es sich zum Ziel, die Positionen des Oberbürgermeisters zu unterstützen. Der Oberbürgermeister sei zwar selbst erst als 100. Mitglied der Vereinigung beigetreten, seine Involvierung und maßgebliche Mitbestimmung darf jedoch von Anfang an vermutet werden. Der Name des Bündnisses darf mit gebotenen Respekt als skurril bezeichnet werden, denn bisher achteten alle Vereinigungen und Parteien in Deutschland darauf, nicht zu einem sogenannten Kanzlerwahlverein zu verkommen. Dem Wählerbündnis war jedoch auf Grund von wahltaktischen Überlegungen daran gelegen, auf dem Stimmzettel mit den Zielen des Oberbürgermeisters direkt in Verbindung gebracht zu werden. In der Tat reduziert der Zusatz „pro OB“ die Verwechslungsgefahr mit den ähnlich klingenden Bündnis-

7 So wird von der Hansestadt Rostock in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise ein umfangreicher Alt-Schuldenabbau verlangt, obwohl Rostock mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1.046 Euro unter dem Durchschnitt der Pro-Kopf-Verschuldung der Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern von 1.324 Euro liegt.

sen von Rostocker Bund und Aktiv für Rostock. Zudem erhoffte sich das Wählerbündnis FÜR Rostock – pro OB an den Wahlerfolg des Oberbürgermeisters von 2005 anknüpfen zu können. So warb noch wenige Tage vor der Wahl das Bündnis mit dem Slogan „58,2 Prozent der Wähler können nicht irren!“ und bezog sich damit direkt auf das Ergebnis der Oberbürgermeisterwahl. Pro OB setzt sich aus Mitgliedern fast aller Berufsgruppen und Parteizugehörigkeiten zusammen. Erfahrungsgemäß durchlaufen solche diversifizierten Gruppierungen interne Konsolidierungsprozesse, an dessen Beginn in diesem Fall der plötzliche Rücktritt des Vorsitzenden Stefan Stübe rund drei Wochen vor der Wahl stand. Der Rücktritt wurde auch in Verbindung zu einer Vorstrafe gebracht.⁸ Das erste Bürger-schaftsmitglied konnte das Wählerbündnis FÜR Rostock – pro OB bereits vor der Wahl am 7. Juni 2009 durch den Austritt Detlef Harms (bis dahin AfR) aus der Koalition mit dem Rostocker Bund nachweisen. Der Rostocker Bund verlor daraufhin den Fraktionsstatu-s, weswegen die alte und neue Fraktionsvorsitzende Sybille Bachmann im Wahlkampf am vehementesten gegen das neue Wählerbündnis auftrat. Die scharfe Kritik vom Rostocker Bund erklärt sich aber bekanntermaßen auch durch die langjährige Fehde Bachmanns mit dem Oberbürgermeister.

Über die Wahlkampffinanzierung haben die Parteien und Wählerbündnisse erwartungsge-mäß nur wenige Angaben gemacht, obwohl die Wahlkampffinanzierung insbesondere vom Rostocker Bund thematisiert worden ist. Hintergrund dieser Thematisierung war der offen-sichtlich aufwendige Wahlkampf des Bündnisses FÜR Rostock – pro OB. Die Wahl-kampfkosten legten jedoch letztendlich nur Rostocker Bund (8.000 Euro), AUFBRUCH 09 (5.000 Euro) und die SAV (8.100 Euro) offen.⁹

Eine weitere Besonderheit der Kommunalwahl 2009 in Rostock stellte das Auseinanderfal-len von Bündnis 90 dar. Stattdessen traten die Partei Bündnis 90/Die Grünen und AUF- BRUCH 09 zur Wahl an. Beide Gruppierungen unterschieden sich in ihrer Positionierung kaum. Ebenso kann nicht behauptet werden, dass in AUFBRUCH 09 überwiegend Perso-nen der ehemaligen Bürgerbewegung ihre neue Heimat gefunden haben. Mit Harald Terpe und Maxi Malzahn finden sich Vertreter der Bürgerbewegung bei den Grünen ebenso wie- der, wie sich junge Bürger bei AUFBRUCH 09 engagieren. Die Trennung der beiden Gruppierungen begründete sich insbesondere in dem Wunsch vieler grüner Mitglieder, erstmals deutlich als Partei Bündnis 90/Die Grünen anzutreten. Insgesamt traten somit elf Parteien und Bündnisse und fünf Einzelkandidaten zur Kommunalwahl an – zusammen stellten sie 284 Kandidaten.

Eine Reihe weiterer Ereignisse prägten den Wahlkampf. So machte der plötzliche Tod der Bürgerschaftspräsidentin, Liesel Eschenburg, am 3. Dezember 2008 eine Wiederbesetzung des hohen Amtes notwendig. SPD und CDU einigten sich darauf, dass die bisherige Stell-vertreterin Ingrid Bacher von der SPD das Amt übernimmt. Auf die Einhaltung des unge-schriebenen Neutralitätsgebots hoffte insbesondere die CDU und wurde mehrfach im Wahlkampf enttäuscht. Insbesondere Frau Bachers Wahlauf-ruf als Bürgerschaftspräsi-den-tin in der Wahlkampfbroschüre der SPD stieß bei vielen Kontrahenten auf Unverständnis. Der Wahlauf-ruf Bachers war mit einer Grafik versehen, die drei Stimmkreuze für die SPD-Liste zeigte.¹⁰

Als Indikator für den Zustand der Parteien und Wählerbündnisse sowie als Indikator für den Gesamtumfang der Wahlwerbung kann die Analyse der Plakatwerbung dienen. Dabei

8 Vgl. „Für Rostock - Pro OB - Vorstrafen und Vetternwirtschaft?“, in: MVregio vom 04.06.2009, unter: http://www.mvregio.de/nachrichten_region/212198.html (01.09.2009).

9 „Alle Neune auf einen Streich“, in: Ostsee-Zeitung, 29.05.2009.

10 Vgl. Vorwort/Wahlauf-ruf im Kommunalwahlprogramm 2009 der SPD, S. 2.

ist festzustellen, dass die SPD durch eine enorme Motivvielfalt und Personalisierung auffiel, während die CDU insgesamt nur circa 300 Plakate hängte, die zudem kaum einen Bezug zu Rostock aufwiesen.¹¹ Die FDP fiel durch hohen Ortsbezug und kreative Plakatmotive auf. FÜR Rostock – pro OB brachte wahrscheinlich die meisten Plakate in Rostock auf die Straße, nutzte auch als einzige Partei neben der FDP Großplakate und konnte viele unterschiedliche Plakatmotive realisieren. Die LINKE warb überwiegend in den nordöstlichen und nordwestlichen Stadtteilen und kaum in der Kröpeliner-Tor-Vorstadt oder in Stadtmitte. Die NPD recycelte ihre Wahlplakate aus Bundes- und Landtagswahl und konzentrierte sich auf die gleichen Stadtgebiete wie die LINKE. AUFBRUCH 09 warb fast ausschließlich in Stadtmitte und Kröpeliner-Tor-Vorstadt. Bündnis 90/Die Grünen setzten auf ein einziges Plakatmotiv mit ihren drei Spitzenkandidaten.

Auch das Verhalten der Lokalmedien stellt eine weitere Besonderheit der Kommunalwahl 2009 dar. Ihrer meinungsbildende Funktion wurden fast alle Medien über das normale Maß hinaus gerecht, da von ihnen zusätzliche Diskussions- und Informationsveranstaltungen organisiert wurden. Dennoch hat die Ostsee-Zeitung, die größte und bedeutendste Zeitung der Region, fünf Tage vor der Wahl mit einem ganzseitigen Artikel auf der ersten Seite der Rostocker Lokalausgabe für Diskussionen gesorgt.¹² Unter der Überschrift „Das System Methling“ versuchte sie Aufträge der Hansestadt mit früheren und aktuellen Unterstützern Methlings in Verbindung zu bringen. Insbesondere die Vergabe der städtischen Homepage an einen ehemaligen Unterstützer Methlings im Oberbürgermeisterwahlkampf von 2005 und die Kandidatur eines Mitarbeiters einer in städtischen Diensten stehenden Kanzlei für die Liste FÜR Rostock – pro OB standen dabei im Zentrum. In den folgenden Tagen mussten einige der Aussagen revidiert aber nicht „richtiggestellt“ werden. Die Größe der Aufmachung, die Schwere der Vorwürfe und der brisante Zeitpunkt der Veröffentlichung sind in der neueren Zeitungshistorie Mecklenburg-Vorpommerns einmalig.

Zum ersten Mal im Vorfeld einer Kommunalwahl wurde in Rostock auch ein Wahl-O-Mat angeboten. Unter dem Namen „Wahlkompass“ erarbeitete das Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock in Kooperation mit dem Rostocker Wissenschaftsverein „Rostock denkt 365“¹³ und der Bürgerinitiative „Bunt statt braun“ sowie dem Rostocker Stadtjugendring 40 Fragen zur Kommunalpolitik. Als Erfolg kann gewertet werden, dass einerseits alle neun ausgewählten Parteien und Wählerbündnisse teilgenommen haben¹³ und dass andererseits gut 3.000 Rostocker Bürgerinnen und Bürger das Wahlspiel durchgeführt haben.

3. Wahlergebnis¹⁴ – Überraschungen am Wahlabend

In Rostock waren mit insgesamt 171.343 Wahlberechtigten rund 3.700 Personen mehr zur Wahl aufgerufen als zur Kommunalwahl im Jahre 2004. Nur Greifswald konnte unter den Wahlkreisen ebenfalls einen Anstieg der Wahlberechtigten verzeichnen. Rostock stellte somit 12,04 Prozent der Wahlberechtigten des Bundeslandes, was aufgrund der unterdurchschnittlichen Wahlbeteiligung jedoch letztlich „nur“ einen Stimmenanteil von 11,16

11 Vgl. hierzu: „Alles Papp: von peppig bis platt“, in: Ostsee-Zeitung vom 14. Mai 2009.

12 „Das System Methling“, in: Ostsee-Zeitung vom 2. Juni 2009, S. 9.

13 Am Wahl-O-Mat der Landeszentrale für politische Bildung zur Landtagswahl 2006 in Mecklenburg-Vorpommern nahmen SPD und CDU nicht teil, sodass dieser nicht zu Stande kam.

14 Umfassende statistische Auswertungen und Darstellungen der Wahlergebnisse publiziert in: Hansestadt Rostock (Hrsg.): Statistische Nachrichten, Rostock 18. Juni 2009.

Prozent ausmachte.¹⁵ Positiv ist andererseits der Anstieg der Wahlbeteiligung in Rostock von 35,7 Prozent im Jahr 2004 auf 43,2 Prozent zu werten. Damit weist die Hansestadt die höchste Wahlbeteiligung unter den kreisfreien Städten im Land auf. Im Vergleich zu 2004 könnte sich die deutliche Positionierung der Parteien und Wählerbündnisse positiv ausgewirkt haben, die zu einer Polarisierung des Wahlkampfs führte, insbesondere um Themen der Haushaltskonsolidierung wie der Verkauf städtischen Eigentums.

Als stärkste Partei zieht die LINKE in die Rostocker Bürgerschaft ein. Sie erhielt insgesamt 50.787 Stimmen, das entspricht 23,7 Prozent aller abgegebenen gültigen Stimmen. Hochburgen der LINKEN sind die demographisch älteren Stadtteile Lütten-Klein (33,0 Prozent) und Evershagen (30,7 Prozent). Am schlechtesten hat die LINKE in den eher „jungen“, Ortsteilen Kröpeliner-Tor-Vorstadt (15,3 Prozent), Stadtmitte (17,4 Prozent) und Hansaviertel (18,3 Prozent) abgeschnitten. Die CDU hat die größten Verluste hinnehmen müssen. Sie verlor 6,8 Prozentpunkte. Die SPD musste 3,0 Prozentpunkte abgeben. CDU, SPD und LINKE haben 2009 ihr schlechtestes Ergebnis seit den Kommunalwahlen 1994 eingefahren. Nur die FDP geht unter den etablierten Parteien als Gewinnerin hervor (plus 3,5 Prozentpunkte). Die 53 Sitze der Bürgerschaft teilen sich in Zukunft elf Gruppierungen. Ursächlich dafür ist hauptsächlich der Wegfall der Fünf-Prozent-Hürde, andernfalls wären es nur sechs Gruppierungen.

Die Emanzipation der Grünen vom Bündnis 90 scheint gelungen zu sein, sie erreichten 10,0 Prozent und blieben damit nur knapp hinter dem Ergebnis von Bündnis 90 aus dem Jahr 2004 (10,6 Prozent). Hochburgen der Grünen sind die vielfach von Studierenden bewohnten Stadtteile wie die Kröpeliner-Tor-Vorstadt (stärkste Kraft mit 19,4 Prozent), Stadtmitte (18,0 Prozent) und Hansaviertel (14,6 Prozent). Am schlechtesten schnitten die Grünen in Lütten Klein (4,5 Prozent), Evershagen (5,8 Prozent) und Lichtenhagen (6,0 Prozent) ab.

Auch die NPD konnte mit zwei Sitzen einziehen. Sie erreichte in Rostock 3,0 Prozent. Hochburgen der NPD sind Schmarl (5,8 Prozent) sowie Groß Klein (5,2 Prozent). Gleichzeitig war die Wahlbeteiligung in diesen beiden Ortsteilen die niedrigste von Rostock (32,1 und 31,8 Prozent). Die wenigsten Wähler gaben der NPD in den Ortsteilen Stadtmitte (1,6 Prozent), Kröpeliner-Tor-Vorstadt (1,7 Prozent) und Hansaviertel (1,7 Prozent) ihre Stimmen.

Das Wählerbündnis FÜR Rostock – pro OB erreichte 7,9 Prozent und schaffte somit auf Anhieb den Einzug in Fraktionsstärke.¹⁶ Dennoch hatte sich das Bündnis erheblich mehr erhofft, war es doch mit dem Ziel angetreten, stärkste Fraktion zu werden und die Bürgerschaft „abzulösen“. Es bleibt offen, wie vielen unzufriedenen Protestwählern das Wählerbündnis eine demokratische Heimat bot. Dennoch sollte die neue Fraktion nicht dem Trugschluss unterliegen, nun die Rolle einer Oppositionspartei in der Bürgerschaft einzunehmen. In einer Gemeindevertretung süddeutscher Ratsverfassung gibt es keine klassische Regierungskoalition auf der einen Seite und Fraktionen auf Oppositionsbänken auf der anderen Seite. Politische Mehrheiten werden nicht zur Inthronisierung des Oberbürgermeisters, sondern ganz nach Bedarf um Sachthemen gebildet. Oppositionsarbeit in der Bürgerschaft sollte sich daher auch nicht ausschließlich in Kritik gegenüber den mehrheitsbildenden Fraktionen erschöpfen, sondern sollte stattdessen vielmehr versuchen, Mehrheiten für eine andere politische Kultur innerhalb der Bürgerschaft zu organisieren.

15 Quelle: Eigene Berechnungen nach: Statistisches Amt Mecklenburg Vorpommern (Hrsg.): Statistische Hefte Mecklenburg-Vorpommern, 6. Jahrgang 2009, Wahlheft 4, Schwerin 2009, S. 14-16.

16 Die aus dem Wählerbündnis FÜR Rostock – pro OB hervorgegangene Fraktion führt den Namen FÜR Rostock.

Gleichzeitig könnte somit der Gefahr entgegengewirkt werden, wonach der Wähler versucht ist, wegen fehlender oder zumindest unklarer Rollenverteilung in der Bürgerschaft immer wieder eine weitere Opposition von außen in das Gremium zu wählen und folglich zur weiteren Fragmentierung der Bürgerschaft beizutragen.

Tab. 2: Ergebnis der Kommunalwahl 2009 in der Hansestadt Rostock

Wahlvorschlag	Wahlergebnis 2009			Veränderung zu 2004		
	Absolut	Prozent	Sitze	Absolut	Prozent	Sitze
CDU	37.327	17,4	9	-3.999	-6,8	-4
Die LINKE	50.787	23,7	13	+9.814	-0,3	±0
SPD	39.372	18,4	10	+2.920	-3,0	-1
FDP	17.941	8,4	4	+9.639	+3,5	+1
Bündnis 90/Die Grünen	21.449	10,0	5	(+3.419) ¹	+10,0 (-0,6) ¹	+5 (-1) ¹
NPD	6.493	3,0	2	+6.493	+3,0	+2
Aktiv für Rostock	1.681	0,8	0	-2.067	-1,4	-1
AUFBRUCH 09	4.115	1,9	1	+4.115	+1,9	+1
Die Grauen	2.679	1,2	1	+2.679 ²	+1,2 ²	+1 ²
FÜR Rostock – pro OB	16.874	7,9	4	+16.874	+7,9	+4
Rostocker Bund	10.259	4,8	3	+904	-0,7	±0
SAV	3.409	1,6	1	-813	-0,9	±0
Sonstige (Parteien & EB)	1.994	0,9	0	./. ³	./. ³	-1
Wahlbeteiligung	43,2 %			+7,5 %		

Quelle: Kommunale Statistikstelle der Hansestadt Rostock. Eigene Berechnungen. ¹ in Klammern im Vergleich zu Bündnis 90 (2004). ² Die Grauen (2009) nicht vergleichbar mit GRAUE (2004). ³ „Sonstige“ (2009) nicht vergleichbar mit „Sonstige“ (2004). EB: Einzelbewerber.

Die neue Bürgerschaft ist männlicher und jünger geworden. In der neuen Stadtvertretung sitzen drei Frauen weniger als zuvor. Das Durchschnittsalter bei Konstituierung sank von 48,2 Jahren auf 46,5 Jahre. Auffällig ist auch, dass fast alle Parteien in ihren Listen sogenannte Zugpferde haben, die als Kandidaten jeweils mit weitem Abstand die meisten Stimmen für ihre Partei auf sich vereinigen konnten. So hat Steffen Bockhahn unter allen 284 Kandidaten, die zur Bürgerschaftswahl angetreten waren, die meisten Stimmen gewonnen. Er erhielt allein 22.907 Stimmen, das entsprach bereits 10,7 Prozent aller gültigen Stimmen in Rostock und 45,1 Prozent aller Stimmen für die LINKE. Bei Bündnis 90/Die Grünen sammelte Harald Terpe 40,5 Prozent aller Stimmen, beim Rostocker Bund fuhr Sybille Bachmann 48,9 Prozent der Stimmen für Ihr Bündnis ein. Geringer sind die Unterschiede zwischen den Kandidaten nur bei CDU, SPD und FÜR Rostock – pro OB.

Im direkten Vorfeld der Wahl wurde am 6. Juni 2009 vom Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften eine Umfrage unter den Rostocker Bürgerinnen und Bürgern durchgeführt.¹⁷ Mit einem maximalen Fehlerintervall von ±1,7 Prozentpunkten lag die Befragung sehr dicht am Endergebnis. Bei der Befragung wurde Alter, Bildungsgrad und Geschlecht in Korrelation zur Parteienpräferenz erhoben. Dabei konnten interessante Erkenntnisse zur Zusammensetzung und Herkunft der Wählerschichten der einzelnen Parteien und Wählerbündnisse gewonnen werden. So setzt sich die Wählerschaft von FÜR Rostock – pro OB zu rund 82 Prozent aus Männern zusammen. Bei den Grünen dominieren unter den Wählern die Frauen mit einem Anteil von 60 Prozent. Über 70 Prozent der Wähler der grünen Partei haben zudem einen gymnasialen oder höheren Bildungsabschluss – bei der

17 Der Autor dankt Manuel Paulus und Steffen Schoon für die Verwendung der Ergebnisse. Befragung vom 6. Juni 2009, face to face, N = 416, vgl. Tabelle 3.

SPD sind es noch rund 63 Prozent. 79 Prozent der Wähler der Partei die LINKE sind 40 Jahre oder älter. Bei den Grünen stammen nur 35 Prozent, bei der SPD nur 40 Prozent aus diesen Altersgruppen – ein völlig untypisches Bild der sozialdemokratischen Wählerschaft und sicher eine Ursache für das schwache Abschneiden der SPD. Andererseits kann sich die SPD auf einen hohen Anteil von Sympathisanten unter den 16- bis 24-jährigen stützen. 30 Prozent dieser Altersgruppe wählen SPD und rund 36 Prozent stellt diese schmale Altersgruppe in der Gesamtwählerschaft der SPD.

Tab. 3: Ergebnis der Umfrage des Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften im Vorfeld der Kommunalwahl 2009 in der Hansestadt Rostock

Merkmal	Wahlvorschlag					
	CDU	LINKE	SPD	FDP	GRÜNE	FÜR ¹
Gesamt	18,7	22,5	19,5	7,2	13,6	6,3
Männlich	20	23	20	6	11	9
Weiblich	17	22	18	9	17	2
16-24 Jahre	18	8	30	5	18	8
25-39 Jahre	17	8	20	17	20	8
40-59 Jahre	15	29	20	3	13	4
60 Jahre und älter	25	31	14	7	8	6
Haupt- und Volksschule	37	22	11	4	7	7
Realschule/POS	19	23	17	13	8	6
Gymnasium/EOS	20	9	23	4	23	9
Hochschulabschluss	11	30	24	5	11	7
Stichprobengröße N	416					

Alle Angaben bis auf die Stichprobengröße in Prozent der Gesamtwählerschaft. Quelle: Manuel Paulus und Steffen Schoon, Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften, Universität Rostock. ¹ FÜR: FÜR Rostock – pro OB.

Das Wahlergebnis zeigt zudem einen Reformbedarf des Kommunalwahlgesetzes an. Da jeder Kandidat in allen fünf Wahlbereichen kandidieren konnte, auch wenn er oder sie gar nicht in diesem wohnte, darf an der weiteren Angemessenheit der Wahlbereiche gezweifelt werden. So erhielt Elfriede König für die LINKE mit 1.140 Stimmen kein Mandat für die Bürgerschaft, während ihr Parteigenosse Peter Menzel mit nur 208 Stimmen in die Stadtvertretung einzog. Bei der FDP gibt es ein ähnliches Beispiel. So ist Yvonne Dreyer mit 1.239 Stimmen eingezogen, während ihrem Parteifreund Ralf Grabow mit dem zweitbesten Ergebnis innerhalb FDP (3.030 Stimmen) ein Bürgerschaftsmandat verwehrt blieb.

4. Konstituierung der Bürgerschaft – Nach der Wahl ist vor dem Streit

Zwischen Wahlabend und Konstituierung der neuen Bürgerschaft lagen 37 Tage, die von den neuen Bürgerschaftsmitgliedern zur Konstituierung der Fraktionen und ersten interfraktionellen Absprachen genutzt wurden. Dabei standen zunächst drei Themen im Mittelpunkt. Erstens wurde versucht, sich auf einen Kandidaten oder eine Kandidatin für das Amt des Präsidenten der Bürgerschaft zu einigen. Zweitens wurde ein Abwahlversuch des Oberbürgermeisters lanciert und drittens sollte eine einheitliche Liste für die Bestellung der Vertreter und Vertreterinnen in den Ausschüssen der Bürgerschaft und in den Aufsichtsräten der städtischen Beteiligungen aufgestellt werden. Alle drei Gegenstände wurden letztlich im Konflikt und nicht im Kompromiss gelöst.

Auf den Posten des Bürgerschaftspräsidenten hatte die LINKE als größte Fraktion Anspruch erhoben. Die SPD hoffte jedoch für die bisherige Bürgerschaftspräsidentin Ingrid

Bacher eine Mehrheit zu finden. Die CDU wollte die Kandidatin der SPD wegen ihres Auftretens im SPD-Wahlkampf nicht unterstützen. Da die SPD ihre Kandidatin nicht zurückzog, wurde das linke Lager in der Bürgerschaft gespalten und eröffnete somit der Kandidatin Karina Jens (CDU) die Option. FÜR Rostock – pro OB soll zwischenzeitlich Unterstützung für den Kandidaten der LINKEN, Olaf Groth, signalisiert haben, hat aber bei genauer Betrachtung des in geheimer Abstimmung ermittelten Wahlergebnisses vermutlich die Kandidatin der CDU, Karina Jens, mitgetragen. In der Presse wurde zwischenzeitlich kolportiert, dass möglicherweise FÜR Rostock – pro OB den Kandidaten der LINKEN unterstützt, wenn im Gegenzug dazu die LINKE einen etwaigen Antrag zur Abwahl des Oberbürgermeisters nicht unterstützt. Für diese Behauptung gibt es jedoch keine belastbaren Beweise. Zur Bürgerschaftspräsidentin wurde Karina Jens mit 24 Stimmen gewählt. Ingrid Bacher erhielt 15 Stimmen und Olaf Groth 14 Stimmen. Da die Wahl geheim war, kann über das Abstimmungsverhalten der Bürgerschaftsmitglieder nur spekuliert werden. Es gibt für dieses Ergebnis jedoch nur eine sinnvolle Kombination der Fraktionsstärken. Demnach haben für Karina Jens die CDU, die FDP, FÜR Rostock, Rostocker Bund/Die Grauen/AUFBRUCH 09 sowie die NPD gestimmt. Für Ingrid Bacher hätten demnach SPD und Bündnis 90/Die Grünen ihre Stimmzettel eingeworfen. Olaf Groth wäre demnach nur von der LINKEN und der SAV unterstützt worden. Im zweiten und dritten Wahlgang wurden dann als erste Stellvertreterin Ingrid Bacher und als zweiter Stellvertreter Olaf Groth bestimmt.

Ein Abwahantrag gegen den Oberbürgermeister wurde vom Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, Johann-Georg Jaeger, lanciert, um mit der Bundestagswahl im September gleichzeitig einen Volksentscheid zur Absetzung durchzuführen. Intendiert war der Antrag durch das hinter den Erwartungen zurückgebliebene Abschneiden des Wählerbündnisses FÜR Rostock – pro OB, das als Vertrauensverlust des Oberbürgermeisters in der Bevölkerung interpretiert wurde. Der Antrag wurde aber wegen Aussichtslosigkeit des Unterfangens nicht gestellt. Für einen Abwahantrag wären zwei Drittel der Bürgerschaftsmitglieder nötig gewesen, wobei die LINKE, die CDU und die FDP dem Vorhaben ablehnend gegenüberstanden.

Es ist bei der Konstituierung der Bürgerschaft üblich, dass die Fraktionen eine gemeinsame Liste für die Besetzung der Ausschüsse und Aufsichtsräte vorlegen. Dies spart einerseits Zeit in der konstituierenden Sitzung, andererseits steht nach Hare-Niemeyer schon vorher fest, wie viele Sitze den Fraktionen jeweils im entsprechenden Gremium zufallen. FDP und FÜR Rostock hätten demnach in Gremien, die kleiner als sieben Sitze sind, keinen Sitz erhalten.¹⁸ Zu diesen Gremien gehören u.a. die Aufsichtsräte der RGS¹⁹, RSAG²⁰, RVV²¹ sowie der Messe- und Stadthallengesellschaft. Da die anderen Fraktionen den beiden kleinsten Fraktionen nicht entgegenkamen, verweigerten sie sich einer gemeinsamen Vorschlagsliste für die Besetzung der Gremien. Hätten nun die anderen Fraktionen eine gemeinsame Liste erstellt, hätten sie Sitze an die beiden kleinsten Fraktionen verloren, weil die Verteilung nach Verhältniswahl über Hare-Niemeyer kleine Fraktionen bevorzugt. Daher kam es zur einzelnen Abstimmung aller Gremien.

FDP und FÜR Rostock bildeten bei den Abstimmungen eine unangekündigte Zählgemeinschaft, die entgegen von Presseberichten²² zulässig war.²³ Die zweite Fehlmeldung der Ost-

18 Vgl. Tabelle 3 zur Sitzverteilung nach Hare-Niemeyer.

19 RGS: Rostocker Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH.

20 RSAG: Rostocker Straßenbahn AG.

21 RVV: Rostocker Versorgungs- und Verkehrs-Holding GmbH.

22 Vgl. hierzu: „Bündnis Pro OB gibt NPD-Sitz zurück“, in: Ostsee-Zeitung, 17.07.2009.

see-Zeitung, wonach FDP und FÜR Rostock nur durch die Unterstützung der beiden NPD-Stimmen einen Sitz im Aufsichtsrat des RGS erhalten hätten, ist ebenfalls nicht haltbar. Denn die beiden NPD-Stimmen hatten auf die Verhältniswahl keinen Einfluss, wie Tabelle 4 in den letzten beiden Spalten für das Sechs-Sitze-Gremium (eingerahmte Zeile) zeigt. Einen sogenannten „NPD-Sitz“ hat es demnach nie gegeben.²⁴

Da nach immerhin zwölf Abstimmungen weder FÜR Rostock, noch die FDP, noch der Oberbürgermeister als Vorstandsmitglied des Wählerbündnis FÜR Rostock – pro OB zu dem Wahlverhalten der NPD Stellung bezog, wurde der Tagesordnungspunkt „Wahlen und Bestellungen“ abgebrochen und dem Oberbürgermeister mit der Mehrheit der Mitglieder das Misstrauen ausgesprochen. Der Antrag wurde von den Mitgliedern der SPD, die LINKE, Bündnis 90/Die Grünen, Rostocker Bund/Die Grauen/AUFBRUCH 09 sowie der SAV getragen. Die CDU enthielt sich mehrheitlich der Stimmen, die anderen Parteien lehnten den Antrag ab.

Infolge des Abbruchs der Bürgerschaftssitzung konnten sich die demokratischen Fraktionen dann doch auf eine gemeinsame Liste einigen, in der auch der FDP und FÜR Rostock zusätzliche Sitze in den Gremien zugestanden wurden. Die gemeinsame Liste wurde am 5. August 2009 auf einer außerordentlichen Bürgerschaftssitzung verabschiedet. Sibylle Bachmann vom Rostocker Bund sprach in diesem Zusammenhang auch von der „NPD-Keule“, die von FDP und FÜR Rostock „geschwungen“ worden sei.²⁵ Festzuhalten bleibt jedoch, dass der demokratische Teil der Bürgerschaft selbstverschuldet in diese Situation geraten ist, da leichtfertig weder der Umgang mit der NPD vorher abgestimmt, noch kompromissbereit eine gemeinsame Liste aufgestellt wurde. Stattdessen wurde konfliktorientiert und ohne Rücksicht auf Verluste auf Maximalpositionen bestanden.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Koalitionsbildung zur Gewinnung der Fraktionsstärke. AUFBRUCH 09 koalierte nicht wie eigentlich erwartet mit Bündnis 90/Die Grünen, sondern ging ein Bündnis mit dem Rostocker Bund und Die Grauen ein. Interessant ist zusätzlich, dass diese neue Fraktion Rostocker Bund/Die Grauen/AUFBRUCH 09 mit dem Bürgerschaftsmitglied der SAV bei der Wahl zur Besetzung der Ausschüsse und Aufsichtsräte eine Zählgemeinschaft²⁶ bildete, um nicht in sechs Gremien mit nur vier Sitzen mit Bündnis 90/Die Grünen um den letzten Sitz losen zu müssen.

23 Darsow u.a. kommentieren den § 32 der Gemeindeordnung wie folgt: „Eine förmliche Anmeldung o.ä. ist ebensowenig erforderlich wie eine Erklärung über die Auflösung einer Zählgemeinschaft.“ (Darsow u.a.: Schweriner Kommentierung der Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern. 3. Aufl., Kohlhammer, Schwerin 2005, S. 199.) Es ist nur teilweise richtig, wonach dem Urteil des BVerwGE vom 10.12.2003 („Tönisvorst-Urteil – Spiegelbildlichkeit kommunaler Ausschüsse“, BVerwGE 119, 305, DVBl. 2004, 439.) nur noch Fraktionslose mit einer Fraktion eine Zählgemeinschaft bilden dürfen. In der Kommentierung von Schröder u.a. heißt es hierzu, dass „[der] aus dem Prinzip der repräsentativen Demokratie folgende Grundsatz der Spiegelbildlichkeit auch für die Besetzung der Ausschüsse gelten [soll]. Werden demnach Zählgemeinschaften nur zu dem Zweck gebildet, um eine bessere Sitzverteilung („Stimmenausbeute“) zulasten anderer Gruppen bzw. Vertreter in der Gemeindevertretung zu erhalten, so verstößt dies gegen den genannten Grundsatz.“ (Schröder u.a.: Kommunalverfassungsrecht Mecklenburg-Vorpommern. Kommunal- und Schul-Verlag, Wiesbaden, Juli 2008, Kommentierung § 32 GO KV M-V, S. 5.) Darsow u.a. kommentiert den vom BVerwG herausgearbeiteten Minderheitenschutz in § 32 Gemeindeordnung aber nun wie folgt: „An diesen Gedanken des Minderheitenschutzes anknüpfend sollte Abs. 2 im Lichte der BVerwG-Entscheidung so ausgelegt werden, dass Zählgemeinschaften zwischen Fraktionen nur dann unzulässig sind, wenn diese auch ohne fremde Unterstützung bereits mindestens einen Ausschusssitz erhalten würden.“ Danach durften FDP und FÜR Rostock unangekündigt eine Zählgemeinschaft bilden, weil sie jeweils alleine keinen Sitz erhalten hätten.

24 Vgl. hierzu: „Bündnis Pro OB gibt NPD-Sitz zurück“, in: Ostsee-Zeitung, 17.07.2009.

25 Vgl. „Scheinheiligkeit und NPD-Keule“, in: Newsletter des Rostocker Bundes/Freie Wähler vom 19.07.2009.

26 Diese Zählgemeinschaft wurde auch unangekündigt gebildet.

Während also die NPD mit ihrem Stimmverhalten in der einen Hälfte des Saals für Aufregung sorgte, stimmte ganz offiziell auf der anderen Seite des Saals die SAV in einer Zählgemeinschaft mit, in deren Grundsatzprogramm in Bezug auf die politischen Verhältnisse in Deutschland von einer „Scheindemokratie“ die Rede ist, die es gelte zugunsten einer „Demokratie“ in der die „Arbeiterklasse“ herrschen müsse, abzulösen.²⁷ Eine Gleichsetzung der Gefährlichkeit von NPD und SAV kann und soll an dieser Stelle nicht erfolgen, dennoch sollte in der Bürgerschaft dringend eine umfassende Auseinandersetzung zum Umgang mit selbsternannten revolutionären Kräften geführt werden.

Tab. 4: Sitzverteilung nach Hare-Niemeyer in Ausschüssen und Aufsichtsräten nach tatsächlichen (gewollten und ungewollten) Zählgemeinschaften am 15. Juli 2009

Fraktion	LINKE	SPD	CDU	Grüne	RB + SAV	FDP/FÜR + NPD	FDP/FÜR
Sitze	13	10	9	5	6	10	8
10 Sitze	2,4528	1,8868	1,6981	0,9434	1,1321	1,8868	1,5094
9 Sitze	2,2075	1,6981	1,5283	0,8491	1,0189	1,6981	1,3585
8 Sitze	1,9623	1,5094	1,3585	0,7547	0,9057	1,5094	1,2075
7 Sitze	1,7170	1,3208	1,1887	0,6604	0,7925	1,3208	1,0566
6 Sitze	1,4717	1,1321	1,0189	0,5660	0,6792	1,1321	0,9057
5 Sitze	1,2264	0,9434	0,8491	0,4717	0,5660	0,9434	0,7547
4 Sitze	0,9811	0,7547	0,6792	0,3774	0,4528	0,7547	0,6038
3 Sitze	0,7358	0,5660	0,5094	0,2830	0,3396	0,5660	0,4528
2 Sitze	0,4906	0,3774	0,3396	0,1887	0,2264	0,3774	0,3019
1 Sitz	0,2453	0,1887	0,1698	0,0943	0,1132	0,1887	0,1509

Quelle: Eigene Berechnungen. GRÜNE: Bündnis 90/Die Grünen, RB: Rostocker Bund/Die Grauen/AUFBRUCH 09, FÜR: FÜR Rostock.

5. Fazit und Ausblick – Schwächung der Kontrollfunktion als Ergebnis eines demokratischen Experiments?

Während sich in den vergangenen Jahrzehnten die Zusammensetzung der Parlamente in Bund, Ländern und Kommunen ähnelten und kommunale Wählervereinigungen nur eine untergeordnete Rolle spielten, entwickelt sich seit wenigen Jahren die kommunale Ebene offensichtlich zu einem demokratischen Experimentierfeld. Insbesondere in Rostock ist eine solche Entwicklung nachweisbar, wo während der Kommunalwahl 2009 bereits 22,1 Prozent der Stimmen auf nicht-klassische Parteien fielen. Dass sich das Fünf-Parteien-System in den Kommunen in Auflösung befände, kann aber angesichts dieser Zahlen noch lange nicht ernsthaft behauptet werden, dennoch droht von einer ganz anderen Seite Gefahr für die politische Stabilität in den Kommunen. Nach der Kommunalverfassung von Mecklenburg-Vorpommern „[...] überwacht [die Bürgerschaft] die Durchführung ihrer Entscheidungen.“²⁸ Sie übt also eine Kontrollfunktion über die Verwaltung aus. Somit müssen die Bürgerschaftsmitglieder und ihre Fraktionsgeschäftsstellen die Arbeit von knapp 2.000 Rostocker Stadtbediensteten überwachen. Die zunehmende Fragmentierung der Bürgerschaft führt aber zu einer steigenden Anzahl von Fraktionen bei gleichzeitiger Verminderung der durchschnittlichen Fraktionsgröße. Und in der Tat nahm die durchschnittliche, theoretische Fraktionsgröße in Rostock von zuvor 8,5 Sitzen auf 7,1 Sitze ab.

27 Vgl. das Grundsatzprogramm der SAV, beschlossen 1999, Quelle: <http://www.sozialismus.info> (01.09.2009).

28 § 22, Abs. 2 KV M-V, zuletzt geändert am 14. Dezember 2007.

Mit abnehmender Größe nimmt aber gleichzeitig auch die personelle und materielle Ausstattung der Fraktionen ab²⁹, während der Aufgaben- und Kontrollbereich gleichgroß bleibt.

Auch wenn die Rostocker Bürgerschaft noch weit von einer Verminderung ihrer Kontrollfähigkeit entfernt ist, verdeutlicht das demokratische Experiment infolge des Wegfalls der Fünf-Prozent-Hürde zunehmend, dass eine parlamentarische Vertretung nicht nur vor der Fragmentierung geschützt werden sollte, wenn sie für die Bestellung der Exekutive zuständig ist. Parlamentarische bzw. kommunale Vertretungen sollten auch wegen ihrer wichtigen Kontrollfunktion einen Schutz vor Fragmentierung genießen. Das zu Beginn beschriebene Spannungsfeld zwischen doppelter Legitimation einerseits und den fließenden Grenzen zwischen Politik und Verwaltung andererseits verlangt geradezu nach einer funktionstüchtigen Kontrollfunktion der Gemeindevertretung. Die Einführung der süddeutschen Ratsverfassung in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 1999 könnte also wegen des ihr immanenten besonderen Kontrollbedarfes einen Schutz vor Fragmentierung der Gemeindevertretungen nötig machen. Die zunehmende Fragmentierung lässt auch die Entscheidungsfindung schwieriger werden, wie die konstituierende Sitzungen der neuen Bürgerschaft unrühmlich unter Beweis stellte. Umso wichtiger dürfte es sein, dass die Herausforderung einer solchen Konstellation erkannt und Kompromissbereitschaft kultiviert wird, denn andernfalls verliert der Claim der Rostocker Zivilgesellschaft „Bunt statt braun“ an Glaubwürdigkeit.

29 Die personelle und materielle Ausstattung der Fraktionsgeschäftsstellen hängt z.B. direkt von der Anzahl der Fraktionsitze ab.

Die Kommunalwahl 2009 in der Landeshauptstadt Schwerin

Christian Kobsda/Erik Lohse

1. Einleitung

Bereits vor der Kommunalwahl 2009 in der Landeshauptstadt Mecklenburg-Vorpommern schien deren Ausgang klar festzustehen. Die CDU war durch eine ereignisreiche Wahlperiode mit Skandalen und Affären um Mitglieder der eigenen Partei stark angeschlagen. Nachdem sich in Folge der Abwahl des CDU-Oberbürgermeisters bei Neuwahlen bereits die LINKE hatte durchsetzen können, ging letztere auch als Favorit in den Kommunalwahlkampf. Entsprechend schien weder großes Interesse von Seiten der Parteien noch der Bevölkerung oder der Medien zu bestehen, sich mit der Wahl der Stadtvertretung auseinanderzusetzen. Die mediale Flut, in der kommunalpolitische Skandale der Landeshauptstadt bis in die bundesdeutsche Öffentlichkeit hin ausgeweitet wurden, schien die Schweriner Perzeptionsbereitschaft gelähmt zu haben. Anstelle von Auseinandersetzung über politische Inhalte suchte die Schweriner Öffentlichkeit Ersatzbefriedigung. Die Bundesgartenschau (BUGA) dominierte die öffentliche Wahrnehmung. Brisante politische Themen gab es nicht.

2. Ausgangsbedingungen

Die abgelaufene Wahlperiode der Schweriner Stadtvertretung verlief äußerst turbulent. Geprägt war sie durch die Neuwahlen des Oberbürgermeisters (OB), Wechsel im Amt des Stadtpräsidenten und durch die Gründung der Fraktion Unabhängige Bürger. Bei den Kommunalwahlen 2004 zogen zunächst vier Einzelkandidaten in die Stadtvertretung ein. Dieses Quartett bildete die Fraktion Unabhängige Bürger. Später schlossen sich Silvio Horn und Jan Szymik, ausgetreten aus der CDU bzw. der FDP, dieser an. In Vorbereitung auf die Kommunalwahlen 2009 gründete sich im Januar 2008 schließlich die gleichnamige Wählergemeinschaft.¹

Nachdem am 12. Juli 2004 der vormalige Stadtpräsident Armin Jäger (CDU) erneut zum Vorsitzenden der Stadtvertretung gewählt worden war, nahm dieser im März 2007 nach parteiinternen Querelen, insbesondere aber auch Reibereien mit OB Norbert Claussen (CDU), seinen Hut. Der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Manfred Strauß, sprach diesbezüglich gar davon, dass die Union Jäger „systematisch aus dem Amt gemobbt“ habe.² Für die Nachfolge Jägers wurde nun Andreas Lange, der deutlich jüngere Vorsitzende des Bauausschusses, von der CDU-Fraktion nominiert. Diese Personalie stieß jedoch bei dem Fraktionsvorsitzenden der CDU, Gert Rudolf, selbst und auch erneut bei OB Claussen auf Protest. Beide konnten ihre Meinung allerdings nicht durchsetzen und Rechtsanwalt Lange wurde, unterstützt durch seinen Kanzleikollegen Armin Jäger, am 7. Mai 2007 zum neuen

1 Vgl. Internetpräsenz der Unabhängigen Bürger: <http://www.ub-schwerin.de/Bilder/Faltblatt.pdf> (27.05.2009).

2 Mathias Gröckel: Stadtpräsident tritt zurück, in: SVZ, Mecklenburgische Zeitung, 13.12.2007, S. 13.

Präsidenten der Stadtvertretung gewählt. Lange hielt sich aber nur ein halbes Jahr im Amt. Durch die „Laptop-Affäre“ unter Druck geraten, legte er bereits Mitte Dezember seinen Posten nieder. Bei einer Polizei-Razzia im Haus einer Prostituierten war zuvor Langes Dienstnotebook sichergestellt worden.³ Nachfolger des zurückgetretenen Andreas Lange wurde schließlich Stephan Nolte (CDU).

Für die ohnehin gebeutelten Schweriner Christdemokraten folgte dann im April 2008 schließlich auch noch die Abberufung des OB Norbert Claussen durch einen Bürgerentscheid. Der Oberbürgermeister geriet in die Kritik, nachdem ihm mangelndes Krisenmanagement im Fall der verhungerten Lea-Sophie vorgeworfen worden war. Das fünfjährige Mädchen verstarb in der Wohnung seiner Eltern, ohne dass das Jugendamt einschritt. Erleichtert wurde die Abberufung Norbert Claussens dabei durch den Fraktionswechsel der Stadtvertreterin Karla Pelzer von der CDU- zur SPD-Fraktion. Dadurch erreichten SPD, LINKE, Grüne und Unabhängige Bürger die nötige Zwei-Drittel-Mehrheit. In der Stichwahl um das Amt konnte sich die Kandidatin der LINKEN, Angelika Gramkow, knapp gegen Ex-Innenminister Gottfried Timm (SPD) durchsetzen.⁴ Gramkow gewann mit einem Vorsprung von 325 Stimmen bzw. einem Prozentpunkt vor Timm.

Für die CDU war somit bereits im Vorfeld der Kommunalwahl 2009 klar, dass sie vom Trend abweichen und die sprunghafte Verbesserung von 1994 auf 1999 bzw. die schrittweise von 1999 auf 2004 nicht wiederholen können. Der LINKEN hingegen bot sich die Gelegenheit, an die Erfolge von 1994 anzuknüpfen. Sie ging daher aus Sicht der Parteien als klarer Favorit in den Wahlkampf.

Tab. 1: Ergebnisse der Kommunalwahlen in Schwerin 1994 bis 2004 (in Prozent)

	WBT	CDU	PDS/ LINKE	SPD	FDP	Grüne	WG	Ebw.	Sonst.
1994	64,6	15,4	34,0	31,1	3,7	7,4	5,9	-	2,4
1999	42,3	30,7	30,0	22,2	1,9	6,1	1,1	3,9	4,0
2004	38,6	31,1	23,7	17,4	6,8	10,0	-	11,1	-

Quelle: Landeswahlleiter Mecklenburg-Vorpommern; Ebw.: Einzelbewerber.

3. Kandidaten und Wahlkampf

Die Zahl der Bewerber zur Kommunalwahl in Schwerin hat insgesamt zugenommen. Dies entspricht dem landesweiten Trend einer leicht steigenden Kandidatenzahl für die Bürgerschaften und Kreistage, während sich weniger Bewerber für die Gemeindevertretungen fanden.⁵ Am stärksten konnte die LINKE profitieren. Es erfolgte beinahe eine Verdoppelung der Bewerberzahlen. CDU und SPD legten leicht zu, mit zwei bzw. fünf Kandidaten. Für die SPD kandidierten sieben Parteilose. Ihre Listenaufstellung variierte dabei zwischen den Wahlbereichen. Daniel Meslien war jedoch Spitzenkandidat in allen Bezirken. Die

3 Vgl. Mathias Gröckel u.a.: Laptop-Affäre: Schwerins Stadtpräsident unter Druck, in: SVZ, Mecklenburgische Zeitung, 10.12.2007, S. 11.

4 „Gramkow gewinnt OB-Wahl“, in: SVZ, Mecklenburgische Zeitung, 29.09.2008, S. 1.

5 Vgl. Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern.

CDU hingegen setzte auf einzelne Spitzenkandidaten in jedem Wahlbereich. Aufgrund der großen Anzahl von Bewerbern kam es bei der Union nur zu wenigen Doppelkandidaturen. Die Kandidatenzahl von Bündnis 90/Die Grünen blieb mit 15 Bewerbern konstant zu 2004. Auf der Liste der Grünen traten acht parteilose Kandidaten an. Die Listenaufstellung erfolgte für alle Wahlbereiche identisch. Für die FDP traten zwei Personen weniger als 2004 an. Insgesamt wurden 20 Kandidaten aufgestellt, darunter zwei Nicht-Parteimitglieder. Somit kandidierten für die Liberalen die wenigsten parteilosen Bürger. Ihre ersten zehn Listenplätze waren in allen Wahlbereichen identisch.

Der deutlichste Rückgang lässt sich bei den Einzelbewerbern feststellen. Zwölf Einzelbewerber im Jahr 2004 korrelieren mit drei Kandidaten zur Wahl 2009. Fünf der vormaligen Einzelkandidaten fanden sich in der Wählervereinigung Unabhängige Bürger wieder, die erstmals als Wählergemeinschaft antrat und insgesamt 15 Kandidaten aufstellen konnte. Von den übrigen Bewerbern trat lediglich Wilfried Wandschneider wiederholt als Einzelbewerber an.⁶ Wie zuletzt 1994 stellte sich die NPD mit drei Kandidaten zur Wahl.

Tab. 2: Anzahl der Kandidatinnen und Kandidaten

	CDU	LINKE	SPD	FDP	Grüne	NPD	Sonstige/ UB	Einzel- bewerber	Gesamt
2004	54	22	28	22	15	-	0	12	164
2009	56	40	33	20	15	3	15	3	185

Quelle: Eigene Darstellung nach: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern; UB: Unabhängige Bürger.

Der Frauenanteil unter den Bewerbern lag bei 25 Prozent. Die absolute Anzahl an Frauen ist zwar gegenüber 2004 leicht gestiegen, aufgrund der größeren Bewerberzahl fällt jedoch der relative Anteilszuwachs minimal aus. Auffällig ist, dass es auch Parteien mit einem quotierten Frauenanteil nicht gelang, alle Plätze zu besetzen. Das durchschnittliche Alter aller Kandidaten betrug 47 Jahre. Hier sticht das überdurchschnittliche Alter der Bewerber der Grünen und der Unabhängigen Bürger mit jeweils 52 Jahren ins Auge. Die meisten jungen Kandidaten stellte die LINKE mit vier Personen unter 30 Jahren. Den jüngsten Altersdurchschnitt hatten die drei NPD-Kandidaten mit 38 Jahren.

Tab. 3: Frauenanteil

	CDU	LINKE/PDS	SPD	FDP	Grüne	NPD	UB	Ebw.	Gesamt
2004 absolut	12	10	8	4	6	-	-	3	43
2004 %	22	45	29	18	40	-	-	25	26
2009 absolut	12	9	12	3	5	0	5	0	46
2009 %	21	23	36	15	33	0	33	9	25

Quelle: Eigene Darstellung nach: Stadtanzeiger. Amtliches Bekanntmachungsblatt der Landeshauptstadt Schwerin. Ausgabe 11/2004 und 08/2009; UB: Unabhängige Bürger; Ebw.: Einzelbewerber.

⁶ Vgl. Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern und Amtliches Bekanntmachungsblatt der Landeshauptstadt Schwerin. Ausgabe 08/2009.

Tab. 4: Altersstruktur der Kandidatinnen und Kandidaten in Jahren

Partei	CDU	LINKE	SPD	FDP	Grüne	NPD	UB	Ebw.	Gesamt
Durchschnittsalter	47	48	48	44	52	38	52	47	47

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung nach: Amtliches Bekanntmachungsblatt der Landeshauptstadt Schwerin. Ausgabe 08/2009; UB: Unabhängige Bürger; Ebw.: Einzelbewerber.

Das Interesse an der Kommunalwahl und die thematische Auseinandersetzung im Wahlkreis waren begrenzt. Es lassen sich nur wenige übergreifende, den gesamten Wahlkampf betreffende Themen ausmachen. Dazu gehören zum Beispiel die Forderung der SPD nach kostenlosem Grundschulessen sowie die Frage nach dem Theaterstandort Schwerin, dem Alkoholverbot auf dem Marienplatz, dem Verkauf von kommunalem Eigentum und der Erweiterung des Kommunalen Ordnungs- und Sicherheitsdienstes (KOSD). Das geringe Interesse spiegelt sich auch in der Auseinandersetzung in den Medien wider.

Die Schweriner Volkszeitung bot im Vorfeld der Wahl allen Kandidaten die Möglichkeit, sich mit einem kurzen Standpunkt zu präsentieren. Diese Beiträge erschienen in loser Reihenfolge in einer eigenen Rubrik. Parallel stellte die Schweriner Volkszeitung Bürgermeisterkandidaten der umliegenden Gemeinden vor. Hinzu kamen gelegentlich kurze Berichte über einzelne Parteiveranstaltungen. Eine thematische Auseinandersetzung in der Tageszeitung fand schwerpunktmäßig im Zusammenhang mit der Berichterstattung über ein von der Schweriner Volkszeitung selbst durchgeführtes Wahlforum statt. Hier wurden einzelne ausgewählte inhaltliche Aspekte angeschnitten und verglichen. Das Forum selbst stieß indes nur auf geringes Interesse der Bürger. Die Veranstaltung konnte ihrem Anspruch als öffentlicher Dialog zwischen Parteien und Bevölkerung kaum gerecht werden. Entgegen den Erwartungen des Veranstalters besuchten nur rund 20 Personen die breit beworbene Podiumsdiskussion. Fragen wurden dort zumeist von anderen Parteimitgliedern gestellt. Auch die gleichzeitig stattfindende Europawahl konnte das politische Interesse der Schweriner offenbar nicht mehren.

In der Wahlkampfführung setzten alle Parteien primär auf die klassischen Instrumente. Die überwiegenden Mittel wurden für Plakatwerbung ausgegeben sowie für Flyer, Postwurfsendungen und Anzeigen. Zu beachten war, dass aufgrund der BUGA im gesamten Innenstadtbereich keine Plakatierung gestattet wurde. Alle Parteien unterhielten spezielle Onlineangebote zur Wahl, mit denen Programme und Personen präsentiert wurden. Die Reichweite wurde jedoch von den Parteien selbst als sehr begrenzt angesehen; die Umsetzung des Onlinewahlkampfes eher als „Pflichtaufgabe“.⁷ Grüne und FDP präsentierten sich jeweils auf einer gemeinsamen Internetwahlkampfseite aller Kreisverbände. Als zentralen Präsentationspunkt nutzten viele Kandidaten regelmäßig die Möglichkeit, sich z. B. auf dem Marienplatz im Stadtzentrum zu präsentieren. Dabei lag in allen Kreisverbänden der eindeutige Schwerpunkt auf dem Kommunalwahlkampf. Die Europawahl spielte eine eher untergeordnete Rolle.

⁷ Gespräche der Autoren mit Parteienvertretern Ende Mai 2009.

Die LINKE trat zur Wahl unter dem Slogan „Original Sozial“ mit einem eigenen Programm an. Ihr Onlineangebot präsentierte sich in schlichtem Design. Programmatisch standen die Themenfelder soziale Gerechtigkeit, Bildung und Ordnung im Mittelpunkt.

Auch die Schweriner CDU erstellte zur Kommunalwahl ein eigenes Programm.⁸ Schwerpunkte wurden u. a. im Bereich der Wirtschaft, der Sicherheit und Ordnung und der Bildung gesetzt. Die Wahlkampfstrategie der Union zeichnete eine Besonderheit aus, da auf eine Plakatierung, mit Ausnahme einzelner Großwerbeflächen, verzichtet wurde. Die CDU veröffentlichte stattdessen Flyer, sowohl mit ihren Kandidaten als auch mit den „10 wichtigsten Gründen“ die Union zu wählen. Zusätzlich wurde eine Wahlkampfzeitung zur Europa- und Kommunalwahl unter dem Titel „Wir im Norden“ herausgegeben. Dort warb man u.a. mit der Kanzlerin und stellte die Bewerber auf kommunaler und europäischer Ebene vor. Die Union unterhielt zudem ein Parteibüro in der Schweriner Fußgängerzone und umging damit geschickt die Bannmeile für Plakatierungen im Umfeld der BUGA.

Die SPD setzte in ihrem Schweriner Wahlprogramm vor allem auf die Themen Bildung und Familie sowie Umwelt, Gebäudesanierung und Energie.⁹ Neben der Plakatierung (Spitzenkandidat und Themenplakate) und der Herausgabe von Flyern druckte die SPD ebenfalls eine eigene Zeitung. Diese wurde in der Endphase des Wahlkampfes verteilt. Am Wochenende der Wahl tourten die Kandidaten zusätzlich mit einem Bus durch die Schweriner Stadtteile. Parallel zu den klassischen Wahlkampfinstrumenten versuchte man, einen möglichst „jugendlichen“ Wahlkampf zu führen. Die Ausrichtung fokussierte sich dabei auf den Spitzenkandidaten Daniel Meslien. Dazu gehörte u. a. auch die online publizierte Comic-Serie „Super M“, welche den Spitzenkandidat darstellte, wie er die müde Stadtverwaltung in Ordnung bringt oder Essen an hungrige Kinder verteilt. Daneben präsentierte sich Daniel Meslien über das Online-Portal Twitter.

Die thematische Ausrichtung im Wahlkampf von Bündnis 90/Die Grünen orientierte sich an der Europawahlkampagne „Wirtschaft und Umwelt, menschlich und sozial“ (WUMS) der Grünen. Weitere Schwerpunkte des Wahlprogramms bildeten „klassische“ grüne Themen, z. B. autofreie Innenstadt, Radfahrwege und der öffentliche Personennahverkehr. Plakate wurden lediglich zur Kommunalwahl gehängt. Neben den Plakaten der Spitzenkandidaten wurden gemeinsame „Teamplakate“ aller Listenkandidaten genutzt. Die Grünen präsentierten sich im Internet auf einer gemeinsamen Kommunalwahlkampfseite mit den übrigen Kreisverbänden.

Die FDP fiel strategisch durch eine starke Personalisierung des Wahlkampfes auf. Dies betraf sowohl die Plakate als auch die übrigen Werbematerialien. Dazu erfolgte die Verknüpfung eines spezifischen Themas mit einem Kandidaten. Man nutzte „klassische“ liberale Themen wie etwa Steuersenkungen, Wirtschaftspolitik und Bildung. Zusätzlich wurde eine gemeinsame Internetwahlkampfseite aller FDP-Kreisverbände geschaltet. Ein separates Wahlprogramm für Schwerin gab es nicht. Man setzte auf ein einheitliches Programm für Mecklenburg-Vorpommern.

8 Ihre Stimmen für Schwerin – Mit uns in eine gute Zukunft. Programm der CDU Schwerin zur Kommunalwahl 2009, in: <http://www.cdu-schwerin.com/cms/index.php?id=32> (01.06.2009).

9 Wahlprogramm der SPD Schwerin 2009 bis 2014, in: <http://www.frischer-wind-schwerin.de/cms/index.php?id=63> (01.06.2009).

Die Unabhängigen Bürger verzichteten auf die Formulierung eines eigenen Wahlprogramms. Die Wählervereinigung vertrat diese Entscheidung mit einer bewussten Abgrenzung gegenüber den etablierten Parteien. Vielmehr legte man eigene Erfolge der Arbeit vor und formulierte das Ziel, nur im Interesse der Schweriner Bürger zu entscheiden. So sprach man sich z. B. dafür aus, dass „Abholzungsaktionen wie am Platz der Jugend nicht wieder vorkommen“ sollen.¹⁰ Neben den üblichen Wahlkampfmitteln nutzten die Unabhängigen Bürger auch ein Wahlmobil und verteilte etwa Brötchen an morgendliche Pendler.

Die NPD nutzte in ihren Wahlkampf nur Themenplakate. Die Kandidaten waren im Vorfeld der Wahl nicht bekannt und sie nahmen auch nicht an Diskussionsveranstaltungen teil. Dem Spitzenkandidaten der Unabhängigen Bürger Silvio Horn zufolge gab es unter den demokratischen Bewerbern eine Übereinkunft, sich nicht medial zu den NPD-Kandidaten zu äußern.

4. Wahlergebnis

Erwartungsgemäß ging die LINKE als stärkste Kraft aus der Wahl hervor und löste diesbezüglich die CDU nach zwei Wahlperioden wieder ab. Mit einem Zuwachs von nur zwei Prozentpunkten konnte sie jedoch im Vergleich zu 2004 nicht am stärksten zulegen. Klarer Gewinner war so gesehen die SPD mit einer Verbesserung um 4,6 Prozentpunkte. Damit nimmt die Schweriner SPD auch im landesweiten Vergleich die Spitzenposition an Zuwächsen ein.¹¹ Die Sozialdemokraten verbesserten sich in der Landeshauptstadt vom dritten auf den zweiten Platz und stehen so auf Augenhöhe mit der vormals stärksten Kraft CDU. Die beiden Parteien verfehlten sich denkbar knapp, um nur 36 Wählerstimmen. Im Resultat erhalten sie je zehn Sitze im Stadthaus. Die Christdemokraten sind mit 9,1 Prozentpunkten Verlust zwar der erwartete Verlierer der Wahl, nach der Abwahl von Oberbürgermeister Norbert Claussen und der „Laptop-Affäre“ von Stadtpräsident Andreas Lange (beide CDU) ist das erreichte Ergebnis hingegen noch vergleichsweise gut und liegt immerhin in der Nähe des landesweiten Verlustes von acht Prozentpunkten. Bei der Europawahl konnte die Partei ihren zweiten Platz dagegen deutlich ausbauen und liegt 4,3 Prozentpunkte vor der SPD.

Für die Grünen und die FDP bleibt hingegen alles beim Alten. Sie erreichten mit vier bzw. drei Sitzen erneut ihr Kontingent der vorigen Wahlperiode.¹² Beide Kreisverbände verpassten es somit, an den landesweiten Verbesserungstrend ihrer Parteien anzuschließen, und stehen mit ihren Verlusten von 0,7 bzw. 0,4 Prozentpunkten im Land an letzter Position.¹³ Die FDP verlor gar ausschließlich in Schwerin, wohingegen sie in allen übrigen Kreisen leicht zulegen konnte. Die Schweriner Grünen liegen jedoch mit 9,3 Prozent im Land noch auf den vorderen Plätzen.¹⁴ Die Unabhängigen Bürger sind 2009 erstmals als Wählerverei-

10 Vgl. Internetauftritt der Unabhängigen Bürger: <http://www.ub-schwerin.de/wb/pages/start/unsereziele.php> (01.06.2009).

11 Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern.

12 Die FDP erhielt bei der Kommunalwahl 2004 drei Sitze, büßte jedoch durch den Fraktionsaustritt von Jan Szymik im Verlauf der Wahlperiode einen Sitz ein.

13 Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern.

14 Ebd.

nigung angetreten und erreichten um ihren Spitzenkandidaten Silvio Horn elf Prozent. Sie liegen so mit fünf Mandaten vor Grünen und FDP. Allerdings wurde damit das erklärte Wahlziel des Bündnisses verpasst, die ursprüngliche Fraktionsstärke von sechs Mandaten zu halten bzw. noch auszubauen. Alle drei Einzelbewerber verpassten den Einzug ins Stadthaus. Das Abschneiden der NPD in der Landeshauptstadt liegt im Trend des Bundeslandes, denn auch hier schaffte die rechtsextremistische Partei den Einzug mit einem Stadtvertreter. Mit 2,8 Prozent rangiert die Partei in der Landeshauptstadt nur gering unter dem Landesergebnis von 3,2 Prozent.¹⁵ Gewinner auf Kandidatenebene ist der neue und alte Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Gerd Böttger, mit 13,2 Prozent der Stimmen seines Wahlbereichs.

Tab. 5: Stimmen- und Sitzverteilung der Kommunalwahl sowie Ergebnisse zur Europawahl 2009 (Wahlbeteiligung 40,8 Prozent)

Bewerber	Stimmen (absolut)	Stimmen (%)	Sitze	Veränderung zu 2004 (Prozent- punkte)	Diff. z. Lan- desergebnis	Europa- wahl
CDU	20.787	22,0	10	-9,1	-8,0	25,8
Die Linke	24.183	25,7	12	+2,0	+1,4	27,4
SPD	20.751	22,0	10	+4,6	+0,2	21,5
FDP	6.004	6,4	3	-0,4	+2,6	6,3
Grüne	8.807	9,3	4	-0,7	+1,9	7,7
NPD	2.653	2,8	1	+2,8	+2,4	-
UB	10.408	11,0	5	+11	-	-
Einzelbewerber Giehl	142	0,2	0			-
Einzelbewerber Kuhlmann	396	0,4	0			-
Einzelbewerber Wandschneider	148	0,2	0			-

Quelle: Eigene Darstellung nach: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern.

Die unterschiedlichen Ergebnisse bei Kommunal- und Europawahl zeigen, dass die Wähler durchaus zwischen den verschiedenen Wahlebenen differenzieren. Dies fällt besonders bei der CDU auf, die bei den Europawahlen fast vier Prozentpunkte besser abschneiden kann, während die Grünen etwa 1,6 Prozentpunkte weniger Stimmen erhalten. Die Wahlbeteiligung verzeichnete im Vergleich zu 2004 leichte Zuwächse von 2,2 Prozentpunkten. Sie kann aber, geschuldet durch einen recht lahmen Wahlkampf, nicht an die signifikanten Steigerungen in Rostock und Wismar anknüpfen.¹⁶ Insgesamt lag Schwerin damit 5,6 Prozent unter dem Landesdurchschnitt. Beachtlich ist zudem, dass die Wahlbeteiligung in den vier Wahlbereichen Schwerins um 13 Prozentpunkte schwankte. Ihren Tiefststand erreichte sie dabei mit 32 Prozent in Wahlbereich IV. Hier lassen sich zwei Hauptgründe ausmachen. Zum einen befinden sich in dem Bereich die beiden Stadtteile – Neu Zippendorf und Mü-

¹⁵ Vgl. Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern.

¹⁶ Vgl. Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern.

ber Holz – mit der höchsten Arbeitslosenquote in Schwerin, zum anderen liegt hier auch der Stadtteil Zippendorf, in dem 40 Prozent der Bewohner über 75 Jahre alt sind.¹⁷

Vergleicht man die Beteiligung an den Kommunalwahlen 2009 mit anderen Wahlen in der Stadt, ergibt sich folgendes Bild: Die Wahlbeteiligung ist insgesamt seit einem anfänglichen Nachwendehoch 1994 stark gefallen und stagniert jetzt, nach ihrem Tiefststand des Jahres 2004, etwa auf einem Niveau von 40 Prozent. Zur Abwahl und Neuwahl des Oberbürgermeisters erfolgte ein Anstieg in der Spitze auf immerhin 44 Prozent. Es scheint jedoch, als habe sich die Wahlbeteiligung eingependelt.

Tab. 6 Entwicklung der Wahlbeteiligung

Jahr/Wahl	Wahlbeteiligung in Prozent
1994: Kommunalwahl	64,6
1999: Kommunalwahl	42,3
2004: Kommunalwahl	38,6
2008: Abwahl Norbert Claussen	44,0
2008: OB-Wahl, 1. Wahlgang	43,8
2008: OB-Wahl, 2. Wahlgang	41,3
2009: Kommunalwahl	40,8

Quelle: Eigene Darstellung nach: Landeswahlleiter Mecklenburg-Vorpommern.

Dem Kandidaten Bernd Wulf (NPD) gelang der Einzug in die Stadtvertretung im Wahlbereich II. Auffällig ist ein hoher Stimmengewinn in Wohngebieten mit vielen Plattenbauten und einer hohen Arbeitslosigkeit, z. B. in Lankow, Müßer Holz und Neu Zippendorf. Den relativ höchsten Stimmenanteil gewinnt die NPD in Wahlbereich IV.

Mit 30,6 Prozent erreichten die LINKE das beste Ergebnis in Wahlbereich IV gefolgt von der SPD mit 24 Prozent. Die LINKE erzielte höhere Stimmgewinne in Wohngebieten mit sozialen Problemlagen. Gleichzeitig profitierte sie von einer hohen Altersstruktur der Schweriner Bürger; rund 50 Prozent der Schweriner sind über 50 Jahre alt.¹⁸ Den geringsten Stimmenanteil erhielt die LINKE in Wahlbereich I mit lediglich 17,7 Prozent. Dem entgegen standen hier die besten Resultate von CDU, FDP, Grünen und Unabhängigen Bürgern. Die Grünen konnten deutlich überdurchschnittliche 14,1 Prozent der Stimmen erringen. Dies war mit Abstand das beste Ergebnis in allen Wahlbereichen. Die CDU konnte mit 23,6 Prozent in Wahlbereich I ein leicht höheres Ergebnis erzielen. In den übrigen Wahlbereichen gab es maximal Schwankungen um 0,5 Prozentpunkte.

¹⁷ Vgl. Statistikstelle der Stadt Schwerin.

¹⁸ Statistikstelle der Stadt Schwerin und: „Unistädte sind die Gewinner“, in: SVZ, Bützower Zeitung, 13.08.2009, S. 5.

Tab. 7 Stimmverteilung nach Wahlbereichen

	Wahlbereich I		Wahlbereich II		Wahlbereich III		Wahlbereich IV	
	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze
CDU	23,6	3	21,7	4	21,4	2	21,2	1
Die LINKE	17,7	2	28,0	5	29,3	3	30,6	2
SPD	20,9	3	23,0	4	20,7	2	24,0	1
FDP	7,8	1	5,4	1	6,9	1	5,3	0
Grüne	14,1	2	8,3	1	7,7	1	5,3	0
NPD	2,4	0	2,6	1	2,6	0	4,6	0
UB	12,8	2	10,9	2	10,7	1	8,6	0
Einzelbewerber	0,8	0	0,8	0	0,8	0	0,4	0
Wahlbeteiligung	41,6		45,0		40,8		32,0	

Quelle: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern.

UB: Unabhängige Bürger; Wahlbereich I: Altstadt, Feldstadt, Paulsstadt, Schelfstadt, Werdervorstadt, Lewenberg, Medewege, Wickendorf, Schelfwerder; Wahlbereich II: Weststadt, Lankow, Neumühle, Friedrichsthal, Warnitz, Sacktannen; Wahlbereich III: Ostorf, Großer Dreesch, Gartenstadt, Krebsförden, Görries, Wüstmark, Göhrener Tannen; Wahlbereich IV: Zippendorf, Neu Zippendorf, Mueßer Holz, Mueß.

Üblicherweise stand es nach dem Ausgang der Kommunalwahl nun der LINKEN zu, einen Vorschlag für die Wahl des Stadtpräsidenten einzureichen. Diese gab dann auch kurz nach der Wahl bekannt, dass sie ihr „Vorschlagsrecht wahrnehmen“ wolle.¹⁹ Erst nachdem es aus den übrigen Fraktionen Kritik hagelte, dass die Partei mit Oberbürgermeisterin Gramkow und Vize Wolfram Friedersdorf nun auch den dritten entscheidenden Posten der Landeshauptstadt besetzen wolle, zog diese zurück.²⁰ In der Folge wollten die beiden Zweitplatzierten SPD und CDU einen Vorschlag für die Besetzung des Amtes machen. Die Christdemokraten – inzwischen in gemeinsamer Fraktion mit FDP, die mit nur drei Mandaten nicht selbst Fraktionsstärke erreicht hatte – nominierten den bisherigen Amtsinhaber Stephan Nolte. Die Sozialdemokraten entschieden sich für Karla Pelzer. Pelzer war erst im Vorfeld der Abwahl Claussens von der CDU zur SPD gewechselt und hatte damals den Weg zu einem Bürgerentscheid frei gemacht.²¹ SPD und Grüne bildeten nun eine Zählgemeinschaft für die Kandidatin, womit die Stimmen der LINKEN und der Unabhängigen Bürger ausschlaggebend waren.²² Beide äußerten im Vorfeld keine Präferenz. Letztlich gewann die Wahl am 13. Juli Stephan Nolte mit 24 Stimmen vor Karla Pelzer mit 20 Stimmen. Eine Stimme wurde ungültig gegeben.²³ Somit bleibt dieses Amt betreffend alles beim Alten. Auch, dass die LINKE mit Marleen Janew die erste Stellvertreterin stellen konnte, ist keine Neuerung. Letztlich hat sich die CDU-FDP-Fraktion nach ihrem Zusammenschluss erneut zur stärksten Fraktion der Stadtvertretung mausern können. Gerd Böttger, Fraktionsvorsitzender der LINKEN, kritisierte dies wie auch die Zählgemeinschaft von SPD und Grünen in der SVZ: „Durch diese unfreundlichen Akte der Zusammenschlüsse ist unser Einfluss in einer Vielzahl von Gremien erheblich geschwächt wor-

19 Timo Weber: Linke will alle Top-Posten in der Stadt, in: SVZ, Mecklenburgische Zeitung, 13.06.2009, S. 1.

20 Vgl. „Stadtpräsident: Linke verzichtet“, in: SVZ, Mecklenburgische Zeitung, 01.07.2009, S. 1.

21 Vgl. Mathias Gröckel: Ein politischer Erdbeben, in: SVZ, Mecklenburgische Zeitung, 06.02.2008, S. 13.

22 Vgl. Mathias Gröckel/Timo Weber: Nolte oder Pelzer?, in: SVZ, Mecklenburgische Zeitung, 10.07.2009, S. 13.

23 Vgl. Bert Schüttpelz: Nolte ins höchste Amt gewählt, in: SVZ, Mecklenburgische Zeitung, 14.07.2009, S. 1.

den“.²⁴ Die Zählgemeinschaften zielten so auch auf eine strategische Besetzung in den Ausschüssen ab, wobei der NPD-Vertreter in keines der Gremien einziehen konnte.²⁵

Mit der Wahl von Daniel Meslien (SPD) und Sebastian Ehlers (CDU) als Fraktionsvorsitzende gab es immerhin fraktionsinterne Neuerungen. So nutzten die beiden Volksparteien die Turbulenzen der letzten Zeit, um eine Verjüngung an der Fraktionsspitze durchzuführen. Meslien und Ehlers sind mit 31 bzw. 26 Jahren jünger bzw. deutlich jünger als ihre Vorgänger und zudem beide, wenn auch im Falle Mesliens nur nebenberuflich, Studenten.

Der Anteil von Frauen in der Schweriner Stadtvertretung liegt mit 31 Prozent etwas über dem gesamtdeutschen Durchschnitt.²⁶ Ebenfalls überwiegt der Anteil gewählter Frauen über der durchschnittlichen Kandidatinnenzahl. Die Grünen stellen mit drei von vier Vertretern den relativ größten Anteil von Frauen. Mit 40 bzw. 33 Prozent haben SPD und die LINKE ebenfalls einen überdurchschnittlichen Frauenanteil. Unter den drei FDP-Vertretern findet sich hingegen keine Frau.

Tab. 8 Frauenanteil in der Stadtvertretung

Partei	CDU	LINKE	SPD	FDP	Grüne	UB	NPD	Summe
Frauenanteil absolut	2/10	4/12	4/10	0/3	3/4	1/5	0/1	14/45
Frauenanteil in Prozent	20	33	40	0	75	20	0	31

Quelle: Eigene Darstellung nach: http://www.schwerin.de/?internet_navigation_id=1118 (22.09.2009).

5. Fazit und Ausblick

Nach der Wahl ist vor der Wahl. Dies scheint die Verhältnisse in Schwerin treffend zu beschreiben, denn entgegen den Erwartungen hat sich nicht viel verändert. Trotz aller Turbulenzen blieb ein besonders desaströses Abschneiden der CDU aus. Zwar verfehlte die Schweriner CDU den Landesdurchschnitt ihrer Partei, dies erscheint aber angesichts der abgelaufenen Wahlperiode nicht überraschend. Gleichzeitig gelang es der LINKEN jedoch nicht sich deutlicher abzusetzen. Die Fraktionsgröße von Grünen und FDP entspricht dem Ergebnis der Wahlen des Jahres 2004. Bei SPD und Unabhängigen Bürgern erfolgten lediglich kleine Veränderungen. Die Fraktion Unabhängige Bürger verliert einen Sitz, während die SPD zwei Sitze hinzugewinnen konnte. Zieht man den Fraktionswechsel von Karla Pelzer mit in Betracht, so vergrößert sich die SPD Fraktion lediglich um ein Mandat. Nachdem auch der Stadtpräsident und seine Stellvertreter wiedergewählt wurden, bleibt die bisherige Kräftekonstellation in etwa gewahrt. Welche Auswirkungen der Einzug des NPD-Vertreters auf die Arbeit der Stadtvertretung haben wird, bleibt abzuwarten. Festzuhalten ist jedoch, dass die NPD von dem geringen öffentlichen Interesse und der niedrigen Wahlbeteiligung profitieren konnte.

24 Mathias Gröckel/Timo Weber, Nolte oder Pelzer?, in: SVZ, Mecklenburgische Zeitung, 10.07.2009, S. 13.

25 Timo Weber: Stadtpolitik arbeitsfähig, in: SVZ, Mecklenburgische Zeitung, 15.07.2009, S. 15.

26 Beate Hoecker: 50 Jahre Frauen in der Politik: späte Erfolge, aber nicht am Ziel in: Aus Politik und Zeitgeschichte (2008), B 24/25, S. 10-17.

Die Kommunalwahlen 2009 in der Region Südvorpommern: Hansestadt Greifswald, Landkreis Ostvorpommern und Landkreis Uecker-Randow

Michael Koch/Christian Schwießelmann

1. Einleitung

Der südöstliche Landesteil Mecklenburg-Vorpommerns an der deutschen Außengrenze zu Polen kann als „Peripherie der Peripherie“¹ bezeichnet werden: Insbesondere bei den Landkreisen Ostvorpommern und Uecker-Randow handelt es sich um strukturell benachteiligte Regionen, die 2008 nach dem Landkreis Demmin (21,5 Prozent) mit 17,7 bzw. 20,4 Prozent im Jahresdurchschnitt die landesweit höchsten Arbeitslosenquoten auswiesen.² Die Region Südvorpommern ist zudem relativ dünn besiedelt und musste bereits zu DDR-Zeiten aufgrund von Wegzug und Sterbeüberschüssen kontinuierlich Bevölkerungsverluste hinnehmen. Diese migrations- und demographiebedingte Auszehrung Vorpommerns – im Gegensatz zu einigen Teilen Mecklenburgs – hat sich nach der Wiedervereinigung Deutschlands 1990 noch beschleunigt. Allein die Einwohnerzahl Uecker-Randows wird nach Berechnungen der Landesregierung von 2002 bis 2020 um ca. ein Drittel auf etwa 53.600 Einwohner zurückgehen.³

Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Kommunalwahlen in der Region Südvorpommern nicht nur wegen der strukturellen Probleme, sondern auch deshalb, weil die NPD bereits bei den Kommunalwahlen 2004 und bei den Landtagswahlen 2006 hier reüssieren konnte.⁴ Vor allem die Stadt Ueckermünde hat sich zu einem „Aufmarschgebiet“ der Rechtsextremisten entwickelt, nachdem dem NPD-Kreisvorsitzenden Tino Müller der Einzug in den Schweriner Landtag geglückt war. Müller hatte schon bei der Bundestagswahl 2005 in seinem Wahlbezirk 21,8 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen können.⁵ Aufgrund seiner Scharnierfunktion zwischen Partei und den freien Kameradschaften gelang ihm eine Bündelung und Stärkung der parteilichen Organisationsstrukturen im Umkreis der Stadt. Davon zeugt auch das Ergebnis der NPD bei den Kreistagswahlen 2009, bei denen sie in den benachbarten Kleinstädten Ueckermünde und Löcknitz Stimmenanteile von 13,3 bzw. 14,6 Prozent erzielen konnte.

-
- 1 So Dieter Schröder über den Landkreis Demmin, in: Dieter Schröder (u.a.): *Peripherer ländlicher Raum, zum Beispiel der Landkreis Demmin*, Rostock 2002 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 16) S. 2.
 - 2 Vgl. <http://www.mvnet.de/inmv/land-mv/stala/sis/tabelle.php?id=3678> (04.08.2009).
 - 3 Vgl. Wolfgang Weiß: *Regional-Demographie Mecklenburg-Vorpommerns*, in: Nikolaus Werz/Reinhard Nuthmann (Hg.): *Abwanderung und Migration in Mecklenburg und Vorpommern*, Wiesbaden 2004, S. 159ff; Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern (Hg.): *Bevölkerungsentwicklung in den Landkreisen bis 2020*, Informationsreihe der Obersten Landesplanungsbehörde Nr. 11, 12/2005.
 - 4 Vgl. Steffen Schoon: *Die Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern*, in: Steffen Schoon/Nikolaus Werz (Hg.): *Die Kommunalwahlen 2004 in Mecklenburg-Vorpommern*, Rostock 2004 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 22), S. 15; Steffen Schoon: *Wahlverhalten und Strukturmuster des Parteienwettbewerbs in Mecklenburg-Vorpommern nach der Landtagswahl 2006*, in: Steffen Schoon/Nikolaus Werz (Hg.): *Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler*, Rostock 2006 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 27), S. 13f.
 - 5 Vgl. Hubertus Buchstein: *Die Kandidaten der NPD für die Landtagswahl 2006 in Mecklenburg-Vorpommern*, S. 12, unter: http://www.hubertus-buchstein.de/Kandidaten_der_NPD_in_MV_2006.pdf (04.08.2009).

Die wachsenden Stimmenanteile der NPD gehen einher mit Verlusten der größeren Parteien. Sie korrespondieren mit dem organisatorischen Rückzug von CDU und Linkspartei aus der Region Südvorpommern, in der die SPD ohnehin seit 1990 kaum Fuß fassen konnte. Im Nachfolgenden sollen nicht nur die zunehmende Zersplitterung der Kommunalvertretungen durch Wählergemeinschaften und Einzelbewerber untersucht, sondern auch regionale Besonderheiten des Wahlverhaltens herausgearbeitet werden. Zwischen den Landkreisen Ostvorpommern, Ueckermünde und der Hansestadt Greifswald dürfen deutliche Differenzen im Wahlergebnis erwartet werden; dies gilt im gleichen Maße für die Binnenstruktur der Gebietskörperschaften bzw. der Gemeinde- und Kreisebene.

2. Ausgangsbedingungen

Bei den Kommunalwahlen vom 13. Juni 2004 hatte die CDU sehr gute Ergebnisse erreicht und ihre dominierende Stellung in Ostvorpommern, aber auch im Uecker-Randow-Kreis und in Greifswald festigen können. Die SPD musste hingegen in allen Wahlkreisen Verluste verkraften, die neben der Organisationsschwäche der SPD in Vorpommern vor allem der „Agenda 2010“ des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder geschuldet waren. Die unpopulären Maßnahmen stießen gerade in den strukturschwachen Regionen im Osten Mecklenburg-Vorpommerns auf Widerstand und wurden von der Linkspartei politisch vehement bekämpft. Es verwundert daher kaum, dass sie sich als größter Profiteur der Proteste erwies. Sie überflügelte die SPD bei den Kommunalwahlen deutlich und konnte sich in Ostvorpommern, Uecker-Randow und Greifswald als zweitstärkste politische Kraft etablieren.

Die Wahlbilanz der Grünen fiel 2004 eher durchwachsen aus: Während sie sich in Greifswald vor der FDP platzierte, gelang der Einzug in den Kreistag Ostvorpommerns nur knapp. In Uecker-Randow verpassten sie ihn sogar. Die FDP war demgegenüber in allen drei Kreistagen vertreten. Anders als die Grünen sind die Liberalen in der Region Südvorpommern keine reine Stadtpartei, sondern verfügen über eine – wenngleich sehr dünne – flächenmäßige Verankerung.

Die Kreistagswahlen 2004 hatten als eine regionale Besonderheit in Uecker-Randow zu einem Erstarken von Wählergemeinschaften geführt. Mit dem „Bürgerbündnis Uecker-Randow“, dem „Bauernverband-Ländlicher Raum“ und der Wählergemeinschaft „Für Uecker-Randow“ zogen gleich drei von vier Wählergemeinschaften in den Kreistag ein und absorbierten die Unzufriedenheit des Wahlvolks mit den etablierten Parteien. Bei der zeitgleichen Direktwahl des Landrates vermochte sich relativ unverhofft der Kandidat des „Bürgerbündnisses Uecker-Randow“ Volker Böhning durchzusetzen, obwohl die CDU den Landratsposten als sichere Bastion wähnte und im ersten Wahlgang vorne lag.⁶

Ähnlich wie in Uecker-Randow waren auch in Ostvorpommern jeweils drei Wählergemeinschaften mit mindestens einem Sitz im Kreistag vertreten. Ihre starke Präsenz hatte eine große Zersplitterung beider Kreistage mit sieben bzw. neun verschiedenen politischen Akteuren zur Folge. Nach der Abschaffung der Fünf-Prozent-Hürde war diese Entwicklung allerdings absehbar.

6 Vgl. Annemarie Kophal: Die Kommunalwahlen im Uecker-Randow-Kreis, in: Steffen Schoon/Nikolaus Werz (Hg.): Die Kommunalwahlen 2004 in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2004 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 22), S. 64ff.

Tab. 1: Wahlergebnisse der Kreistags-/Bürgerschaftswahlen vom 13. Juni 2004 nach Kreisen/kreisfreien Städten (in Prozent)

Kreisfreie Stadt, Landkreis	CDU	SPD	PDS	FDP	Grüne	WG	Ebw.	NPD	WBT
Greifswald	36,9	18,8	21,3	5,5	6,4	9,3	1,9	-	38,5
Ostvorpommern	46,4	14,4	19,5	3,9	2,1	8,3	1,2	4,2	48,5
Uecker-Randow	38	14,8	22,6	3,6	0,8	20,3	-	-	48,5

Quelle: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern.

WBT: Wahlbeteiligung; Ebw.: Einzelbewerber.

Tab. 2: Sitzverteilungen in den Kreistagen und Bürgerschaften/Stadtvertretungen nach der Kommunalwahl vom 13. Juni 2004 nach Kreisen

Kreisfreie Stadt, Landkreis	CDU	SPD	PDS	FDP	Grüne	WG	Ebw.	NPD	Gesamt
Greifswald	16	8	9	2	3	3 ¹	1	-	42 ²
Ostvorpommern	25	8	10	2	1	5	0	2	53
Uecker-Randow	18	7	10	2	0	10	-	-	47

Quelle: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern.

¹ Auf die „Bürgerliste Greifswald - BG“ entfielen 3 Sitze, es traten aber lediglich 2 Bewerber an.

² Das Soll von 43 Sitzen wurde aus oben genanntem Grund nicht erreicht.

Ebw.: Einzelbewerber.

Ebenso wie die Wählergemeinschaften profitierte auch die NPD vom Wegfall der Fünf-Prozent-Hürde und zog 2004 mit einem bemerkenswerten Stimmenanteil von 4,2 Prozent in den Kreistag von Ostvorpommern ein. Flächendeckende Plakatierung und eine bewusst gegen die etablierten Parteien gerichtete Protestkampagne fielen dann zur Landtagswahl 2006 in den strukturschwachen Landkreisen Ostvorpommern und Uecker-Randow auf besonders fruchtbaren Boden. Mitunter beförderte die zuweilen mediale Hysterie in der Berichterstattung über die NPD vermutlich die dortigen NPD-Ergebnisse. In den Wahlkreisen Ostvorpommern I und II erzielte die rechtsextremistische Partei mit 12,2 Prozent bzw. 11,6 Prozent und in Uecker-Randow I und II 15,0 Prozent bzw. 13,1 Prozent der Zweitstimmen überdurchschnittliche Ergebnisse.

Auf Gemeindeebene – obgleich es sich um sehr kleine Gemeinden handelte – kletterte der Stimmenanteil der NPD partiell auf neue Spitzenwerte: So kam sie beispielsweise in Bargischow auf 31,6 Prozent (50 Stimmen), in Blesewitz auf 32,2 Prozent (39 Stimmen) und in Postlow sogar auf 38,2 Prozent (55 Stimmen).⁷ Von den 22 Gemeinden, in denen die NPD ein Wahlergebnis von über 20 Prozent erzielen konnte, befinden sich 21 in den Landkreisen Ostvorpommern und Uecker-Randow.⁸ Es ist fraglich, ob diese hohen Stimmenanteile der NPD auf eine einmalige Protestwahl zurückzuführen sind oder einem mittlerweile gefestigten Wählerkreis entstammen.

7 Vgl. Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern: http://www.statistik-mv.de/cms2/STAM_prod/-STAM/de/start/_Landeswahlleiter/Landeswahlleiter/landtagswahlen/2006/_LW-2006-CSV/index.jsp (29.07.2009).

8 Vgl. Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern.; http://www.statistik-mv.de/cms2/STAM_prod/-STAM/de/start/_Landeswahlleiter/Landeswahlleiter/landtagswahlen/2006/_LW-2006-Online-Atlas/index.jsp (29.07.2009).

3. Kandidaten und Wahlkampf

Zu den Bürgerschaftswahlen 2009 in Greifswald traten insgesamt sieben Parteien und zwei Einzelbewerber an. Neben CDU, SPD, die LINKE, FDP, Bündnis90/Die Grünen kämpften die Bürgerliste Greifswald, die Freien Wähler sowie die Einzelbewerber Heiko Lange und Peter Tornow um kommunale Mandate. Von den insgesamt 150 Bewerbern schickte die CDU mit 43 die meisten ins Rennen. Der älteste Bewerber kam von der Linkspartei (Jahrgang 1937) und den jüngsten Kandidaten präsentierte die SPD (Jahrgang 1991). Bemerkenswert war, dass sich 15 Studenten der Universität Greifswald zur Wahl in die Bürgerschaft stellten und damit immerhin zehn Prozent aller Bewerber ausmachten.⁹

In Ostvorpommern kandidierten zwölf Parteien bzw. Wählergemeinschaften und ein Einzelbewerber für den Kreistag. Nach der Hansestadt Rostock gab es im Landkreis am Achterwasser das größte Spektrum an Wahlvorschlagsträgern. Die fünf etablierten Parteien konkurrierten hier nicht nur mit der NPD, sondern zugleich mit einer größeren Anzahl von Wählergemeinschaften und dem Einzelbewerber Matthias Andiel: die Freien Wähler, die INITIATIVE für Anklam e.V. (IfA), die Unabhängige Bürgerliste 94 (UBL 94), die Unabhängige Wählergemeinschaft der Kaiserbäder (UWG), die Wählergemeinschaft Initiative für Karlshagen (WIK) und die Wählergemeinschaft Karlsburg (WGK).¹⁰ Insgesamt stellten sich 183 Kandidaten zur Wahl, wobei wiederum die Christdemokraten mit 60 die meisten Kandidaten aufboten.

Im Landkreis Uecker-Randow verteilten sich die 191 Kandidaten auf neun Parteien und Wählergemeinschaften. Letztere waren hier seit 1999 traditionell stark. Zur Wahl traten neben CDU, die LINKE, SPD, FDP und NPD auch das Bürgerbündnis Uecker-Randow (BB UER), das Bürgerforum Pomeranum (BfP), die Wählergemeinschaft „Bauernverband - ländlicher Raum“ und die Wählerinitiative Pasewalk an. Mit 51 Kandidaten stellte die Union wiederum das größte Kontingent an Bewerbern.¹¹

Gerade bei der Kandidatengewinnung offenbarte sich die Vormachtstellung der CDU in Vorpommern infolge ihres relativ starken kommunalen Unterbaus. Bei den Wahlen zu den Gemeindevertretungen hatte die CDU in den Kreisen Uecker-Randow und Ostvorpommern die meisten Bewerber, in letzterem sogar mit 419 die zweitmeisten im gesamten Land. Dennoch scheint die Mobilisierungskraft der Union zu schwinden, da sie in der Region in wesentlich weniger Gemeinden zu den Wahlen Kandidaten nominierte, als sie dies im Landesdurchschnitt tat (68 Prozent). In Ostvorpommern kandidierten CDU-Vertreter in 59,3 Prozent, in Uecker-Randow in 58,5 Prozent aller Gemeinden.

Auch Sozialdemokraten und LINKE waren mit 19,8 bzw. 23,1 Prozent in Ostvorpommern in deutlich weniger Gemeinden als im Landesdurchschnitt (34,2 bzw. 38 Prozent) präsent. Dies hing nicht ausschließlich mit einer schwachen Mitgliederbasis von Linkspartei und SPD, sondern auch mit dem starken Auftreten sonstiger Parteien und Wählergemeinschaften zusammen. In Ostvorpommern stellten diese mit 792 Kandidaten mehr als die Hälfte aller Aspiranten auf ein öffentliches Wahlamt. Unter dem Strich unterschied sich die Bereitschaft der Bürger zu einer Kandidatur für ein kommunales Mandat zwischen Ostvorpommern und Uecker-Randow deutlich. Standen in Ostvorpommern mit 1.541 Bewerbern nach Nordwestmecklenburg landesweit die meisten Personen zur Wahl, waren es im

9 Vgl. Arthur König (Stadtwahlleiter): Bekanntmachung des Stadtwahlleiters der Hansestadt Greifswald für die Wahl der Gemeindevertretung (Bürgerschaft) am 07. Juni 2009, 20.04.2009.

10 Vgl. Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern: http://www.mvnet.de/cgi-bin/staa-wahlen/-wahlen2009/wahl2009_anz.pl?K_WK59.htm (29.07.2009).

11 Vgl. Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern: http://www.mvnet.de/cgi-bin/staa-wahlen/-wahlen2009/wahl2009_anz.pl?K_WK62.htm (29.07.2009).

Nachbarkreis Uecker-Randow mit nur 852 Kandidaten die wenigsten im gesamten Land.¹² Das Problem manifestierte sich bei den Bürgermeisterwahlen. Die Wahl des ehrenamtlichen Bürgermeisters in der dortigen Gemeinde Rothemühl z.B. musste abgesagt werden, weil sich kein Kandidat fand.¹³

Tab. 3: Anzahl der Bewerber zu den Kreistagen der Landkreise sowie Bürgerschaft bei den Wahlen am 7. Juni 2009 nach Kreisen

Kreisfreie Stadt, Landkreis	CDU	SPD	LINKE	FDP	Grüne	Sonstige*	Ebw.	NPD	Gesamt
Greifswald	43	36	23	19	14	13	2	-	150
Ostvorpommern	60	35	29	21	9	19	1	9	183
Uecker-Randow	51	36	26	26	-	41	-	11	191

Quelle: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern.

* Sonstige inklusive Wählergemeinschaften; Ebw.: Einzelbewerber.

Tab. 4: Anzahl der Bewerber für die Wahl der Gemeindevertretungen bei den Wahlen am 7. Juni 2009 nach Kreisen

Kreisfreie Stadt, Landkreis	CDU	SPD	LINKE	FDP	Grüne	Sonstige*	Ebw.	NPD	Gesamt
Greifswald	43	36	23	19	14	13	2	-	150
Ostvorpommern	419	86	106	14	11	792	100	13	1.541
Uecker-Randow	267	84	116	25	-	269	77	14	852

Quelle: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern.

* Sonstige inklusive Wählergemeinschaften; Ebw.: Einzelbewerber.

Die Wahlprogramme der Parteien orientierten sich im Wesentlichen an den jeweiligen vorher auf Landesebene festgelegten Leitlinien für die Kommunalwahlen. In der Hansestadt Greifswald machte die dortige CDU die von der rot-schwarzen Landesregierung angestrebte Kreisgebietsreform zum Wahlkampfthema. Die Greifswalder Union plakatierte den Slogan „HGW adé – dank SELLERING und CAFFIER?“ und sorgte damit für reichlich Unmut in der eigenen Partei. Doch selbst die Mahnung des CDU-Vorsitzenden der Landtagsfraktion Harry Glawe, das Plakat schade dem Ansehen des CDU-Innenministers Lorenz Caffier und der Geschlossenheit der Partei, blieb folgenlos. Die Christdemokraten in Greifswald, die um den kreisfreien Status der Hanse- und Universitätsstadt bangten, hielten an dem Plakat fest und ließen es auch zum Besuch der Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nicht entfernen.¹⁴

Die Grünen griffen mit dem geplanten Steinkohlekraftwerk in Lubmin ein weiteres lokales Dauerthema auf, um ihre umweltpolitischen Ziele zu popularisieren und ihre Wählerklientel in Greifswald aber auch in Ostvorpommern zu erreichen. Ebenso sprachen sie sich gegen eine Ölmühle in Anklam aus. Alle Parteien bekannten sich zum Erhalt des Theaters Ostvorpommern.

Vielfach holten sich die größeren Parteien vor Ort landes- und bundespolitische Unterstützung, um dem Wahlkampf den nötigen Schwung zu verleihen und lokalpolitische Themen platzieren zu können. Dies führte unweigerlich dazu, dass sich landes- oder bundespolitische Themen in den Wahlkampf mischten, wie etwa die vom Ministerpräsidenten Erwin Sellering angestoßene „DDR-Debatte“, die für einigen Wirbel gesorgt hatte.¹⁵ Jenseits der

12 Vgl. Landeswahlleiter Mecklenburg-Vorpommern: Presseinformation Nr. 06/2009 vom 15.05.2009.

13 Claudia Haas: Bürgermeister gesucht: Den Parteien fehlt mancherorts der Nachschub, in: Das Parlament, 27.07.2009.

14 Vgl. „CDU Greifswald lässt Kritik an Wahlplakat kalt“, in: Ostsee-Zeitung, 29.05.2009, S. 6.

15 Vgl. Maria Weiss/Benjamin Fischer: „Wahlkampf Endspurt“, in: Ostsee-Zeitung, Greifswalder Zeitung, 02.06.2009, S. 9.

genannten Themen spielten der Tourismus, Infrastrukturpolitik und die wirtschaftliche Entwicklung der Region eine Rolle.

Den Plakatwahlkampf hatte die NPD, zumindest im Landkreis Uecker-Randow, klar für sich entschieden. Sie plakatierte früher als die meisten anderen politischen Mitbewerber und beschränkte sich nicht nur auf Schwerpunktbereiche. Infolgedessen war sie auch in den kleineren Dörfern präsent, in denen die anderen Parteien nur vereinzelt mit Wahlbotschaften auftraten. Nicht zuletzt versuchten die Rechtsextremisten den Zuzug von polnischen Staatsangehörigen im Grenzkreis aufgrund günstiger Immobilienpreise zu skandalisieren. Ein Dorn im Auge war ihnen, dass sich zu den Kreistags- bzw. Gemeindewahlen drei polnische Kandidaten aufgestellt hatten und etwa 1.400 überwiegend polnische EU-Bürger in der Region zum Urnengang aufgefordert waren.¹⁶

4. Wahlergebnis

Die Kommunalwahlen in der Region Südvorpommern folgen im Wesentlichen derselben Tendenz: Die Bindungskraft der Volksparteien nimmt weiter ab; davon profitieren kleinere Parteien und Wählergemeinschaften, die zu einer Fragmentierung der Kommunalvertretungen beitragen. Gegen den langfristigen Trend entwickelte sich die Wahlbeteiligung in der Region Südvorpommern. Sowohl bei der Kreistags- als auch bei den Europawahlen stieg sie um ca. einen Prozentpunkt an. Auffällig dabei ist, dass die „Wahlmüdigkeit“ in Greifswald größer zu sein scheint als in den ländlichen Kreisen Ostvorpommern und Uecker-Randow, in denen bei einer Wahlbeteiligung von 49,7 bzw. 49,3 Prozent fast zehn Prozent mehr Wahlberechtigte zur Wahlurne schritten als in der Hansestadt (39,8 Prozent).

4.1 Parteien und Wählergemeinschaften im regionalen Vergleich

Die stärksten Verluste haben die Christdemokraten zu verzeichnen, die nach 2004 nochmals kräftig an Substanz einbüßten. In der Hansestadt Greifswald und in Uecker-Randow verloren sie sechs Prozentpunkte, das entspricht jeweils drei Mandaten. Der Einbruch in Ostvorpommern kann sogar als „erdrutschartig“ charakterisiert werden. Die Union hat hier im Vergleich zu 2004 einen Verlust von 11,8 Prozentpunkten zu verkräften. Von der einstigen „schwarzen Bastion“ Ostvorpommern ist wenig übrig geblieben.

Dagegen nehmen sich die Verluste der Sozialdemokraten bescheiden aus, weil sie bereits 2004 (siehe oben) ein geringes Niveau erreicht hatten. Die SPD bewegt sich in allen drei Gebietskörperschaften um zwölf bis 13 Prozent und darf damit in der Region Südvorpommern als marginalisiert gelten. In der Hansestadt Greifswald – immerhin Sitz des Wahlkreisbüros von SELLERING – stürzte die SPD um 5,5 Prozentpunkte auf den vorpommerschen Durchschnitt ab. Die dünne Personaldecke der Sozialdemokratie hat einem Zentralisierungsprozess Vorschub geleistet, in deren Folge funktionsfähige Parteistrukturen nur noch in größeren Ortschaften vorhanden sind.

Die Linkspartei ist die stabilste Partei bei den Kreistags- bzw. Bürgerschaftswahlen in Südvorpommern. Von kleinen Schwankungen abgesehen hat sie sich seit 1994 in allen drei kommunalen Vertretungskörperschaften bei 22 bis 23 Prozent stabilisiert. Mit Ausnahme Ostvorpommerns (seit 1999) konnte sie die SPD 1994 als zweitstärkste politische Kraft

16 Vgl. „Polen streben erstmals in Kommunalparlamente“, in: Mitteldeutsche Zeitung Online vom 26.05.2009, <http://www.mz-web.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=-ksArtikel&aid=1243229494508> (29.07.2009). Vgl. auch: Frank Pergande: Mecklenburg-Vorpommerns Kreise. Reformpläne vor der Kommunalwahl, in: FAZ, 03.06.2009, S. 4.

hinter der CDU ablösen. Ihr ist es in ganz Vorpommern gelungen, das postkommunistische Gewand abzustreifen und mit kommunalpolitischem Pragmatismus sogar einige Landratsämter zu erobern.¹⁷

Die Liberalen konnten von der Schwäche der Union profitieren und haben in allen drei Kommunalvertretungen deutlich zugelegt. Lediglich in der Greifswalder Bürgerschaft rangieren sie hinter den Grünen, die hier ihre Hochburg haben. Die Schwäche der Grünen auf dem Lande ist zumindest im Kreis Uecker-Randow evident. An den dortigen Kreistagswahlen haben sie mangels Erfolgsaussichten gar nicht mehr teilgenommen. Auch in Ostvorpommern scheinen sie wesentlich schwächer verankert als die liberale Konkurrenz.

Die NPD ist der eigentliche Gewinner der Kommunalwahlen 2009 in der Region Südvorpommern. Die rechtsextremistische Partei ist mit 7,6 bzw. 9,1 Prozent (jeweils vier Mandate) sowohl im neuen Kreistag von Ostvorpommern als auch im neuen Kreistag von Uecker-Randow vertreten. In Ostvorpommern überrascht dies keineswegs, öffneten sich mit 4,2 Prozent der abgegebenen Stimmen (zwei Mandate) doch bereits in der letzten Wahlperiode die Türen des Anklamer Kreistages. In Uecker-Randow, wo sie 2004 noch nicht zur Kommunalwahl angetreten war, fuhr sie mit 9,1 Prozent der Wählerstimmen ihr landesweit bestes Ergebnis ein und zog damit vor der FDP als viertstärkste Kraft in den Pasewalker Kreistag ein. Dennoch blieben die Ergebnisse der NPD hinter denen der Landtagswahl von 2006 zurück.

Die Wahlergebnisse der Wählergemeinschaften variieren erwartungsgemäß sehr stark. In Uecker-Randow, wo 2004 drei Wählergemeinschaften mehr als ein Fünftel aller Stimmen (zehn Mandate) für sich gewinnen konnten, sank ihr Anteil 2009 auf 16,2 Prozent (acht Mandate) ab. Hingegen wuchsen die Wählergemeinschaften in Ostvorpommern an Zahl und Kraft. Stiegen hier 2004 nur vier ins Rennen und erzielten 8,3 Prozent Stimmenanteil (fünf Mandate), so waren es 2009 sechs Wählergemeinschaften bei einem Stimmenanteil von 11,3 Prozent (sechs Mandate). Ähnlich stellt sich die Lage in Greifswald dar. Nach den Wahlen 2004 zählte die Greifswalder Bürgerschaft vier Kommunalvertreter aus zwei Wählergemeinschaften mit einem Stimmenanteil von 9,4 Prozent; fünf Jahre später hatten sie ihren Anteil auf 13,1 Prozent gesteigert.

4.2 Die Ergebnisse der Kommunalwahlen nach Landkreisen

Der Ausgang der Kreistagswahlen 1999 hatte der CDU Ostvorpommerns zu einer beinahe hegemonialen Stellung verholfen, die sich auf einer absoluten Mehrheit im Kreistag und einem CDU-geführten Landratsamt gründete. Eine ähnlich günstige Konstellation existierte für die Union ansonsten nur in den anderen vorpommerschen Kreisen Demmin und Nordvorpommern. 2001 verlor die CDU jedoch ihren Landratsposten, 2004 die absolute Mehrheit, wenngleich sie ihre Stimmenanteile in etwa halten konnte. Die Kreistagswahlen im Jahr 2009 haben die CDU auf den Stand von 1994 zurückgeworfen.

Die Sozialdemokratie durchläuft in Ostvorpommern seit 1999 einen stetigen Prozess des Niedergangs, der nicht zuletzt mit der Stärke der Linkspartei/PDS zusammenhängt. Diese hatte ihren Tiefpunkt 1999 nach Eintritt in die rot-rote Koalition auf Landesebene und hat seitdem an Schlagkraft zurückgewonnen. Die kleineren Parteien wie FDP, Grüne und NPD, aber auch die Wählergemeinschaften haben 2004 ohne Zweifel von der Abschaffung

17 2001 in Ostvorpommern (Barbara Syrbe) und Rügen (Kerstin Kassner), 2008 in Demmin (Siegfried Koniczny). Siehe dazu: Gudrun Heinrich: Die Direktwahlen in Ostvorpommern und auf Rügen, in: Nikolaus Werz (u.a.): Kommunale Direktwahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2001 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 15), S. 78ff.

der Fünf-Prozent-Hürde profitiert. Auf diese Weise glückte ihnen 2004 der Einzug bzw. – im Falle der FDP – der Wiedereinzug in den Anklamer Kreistag. Vermutlich vermochten insbesondere die FDP und NPD ihre Stimmenanteile zu Lasten der abstürzenden CDU auszubauen. Der NPD dürfte zusätzlich die relativ sachorientierte Mitarbeit ihrer Kreistagsabgeordneten Michael Andrejewski und Mario Kannenberg genützt haben. Insbesondere der Jurist Andrejewski versuchte dabei, die NPD als „Anwalt der kleinen Leute“ im sozialpolitischen Bereich zu profilieren.¹⁸

Auf Gemeindeebene lassen sich bei den Kreistagswahlen durchaus lokale Unterschiede feststellen: Die Hochburgen der CDU sind mit Ausnahme der Kleinstädte Gützkow (52,8 Prozent) und Usedom (38,9 Prozent) kleinere Dörfer vor allem im Amt Lubmin, Usedom-Süd und Züssow. Von den 91 Gemeinden des Landkreises überschreiten die Christdemokraten die 50-Prozent-Marke in 13 Gemeinden (Höchstwert: Kamminke/Usedom-Süd: 67,1 Prozent). Die Linkspartei konnte die Union in ebenso vielen Gemeinden überflügeln, darunter in den Städten Wolgast (43,9 Prozent) und Lassan (31,7 Prozent). Fünf dieser Gemeinden liegen im Amt Am Peenestrom, dessen leitender Verwaltungsbeamter der Wolgaster Bürgermeister Stefan Weigler (parteilos für die LINKE) ist. Weigler hatte sich 2008 gegen den Amtsinhaber Jürgen Kanehl (SPD) durchgesetzt und der SPD damit einen der wenigen hauptamtlichen Bürgermeisterposten in der Region abspenstig gemacht.¹⁹

Die Sozialdemokraten sind bei den Kreistagswahlen nur in drei Gemeinden des Amtes Anklam-Land als Sieger hervorgegangen, nämlich in Ducherow (28,5 Prozent) und in den zwei Kleinstgemeinden Bugewitz (28,3 Prozent) sowie Putzlar (44,3 Prozent). Der FDP gelang dies kreisweit immerhin einmal in Neetzow (33,4 Prozent). Die grüne Hochburg befindet sich in Levenhagen im Amt Landhagen (17,7 Prozent), wohingegen die NPD besonders dort gut abschnitt, wo sie bereits bei vorherigen Wahlen gute Ergebnisse erzielen konnte: in den Dörfern Bargischow (21,4 Prozent), Neuenkirchen (21,7 Prozent) und Postlow (17,2 Prozent) im Amt Anklam-Land und in Ziethen/Züssow (19,6 Prozent).

Tab. 5: Ergebnisse der Kreistagswahlen in Ostvorpommern 1994 bis 2009

	1994		1999		2004		2009	
	Prozent	Sitze	Prozent	Sitze	Prozent	Sitze	Prozent	Sitze
SPD	18,7	11	22,7	14	14,4	8	12,3	7
CDU	36,5	22	47,2	28	46,4	25	34,6	18
LINKE/PDS	24,2	14	18,5	11	19,5	10	22,7	12
FDP	9,4	6	3,1	-	3,9	2	7,1	4
B'90/Grüne	3,0	-	-	-	2,1	1	4,2	2
NPD	-	-	-	-	4,2	2	7,6	4
Sonstige	8,3	-	8,5	-	9,6	5	11,4	6
WBT	68,6	53	54,6	53	48,5	53	49,7	53
Parteien/WG	4	-	3	-	9	-	9	-

Quelle: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern; WBT: Wahlbeteiligung.

Im Gegensatz zu Ostvorpommern hat die CDU in Uecker-Randow bereits bei den Kreistagswahlen 2004 deutlich Federn lassen müssen. Die Gründe dafür lagen in erster Linie in Stimmengewinnen der Wählergemeinschaften, die ihr Personal und ihre Wähler partiell aus dem Unionslager rekrutierten.

Während die Sozialdemokraten seit Bestehen des Landkreises kontinuierlich an Zustimmung im Wahlvolk verlieren, kann die LINKE 2009 mit 23,9 Prozent Stimmenanteil ihr

18 Vgl. Katharina Beier (u.a.): Die NPD in den Kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns, Greifswald 2006, S. 52ff.

19 Vgl. Alexander Loew: Weigler mit großem Vorsprung Stimmen-Primus bei Kreistagswahl, in: Ostsee-Zeitung, Greifswalder Zeitung, 10.06.2009, S. 13.

bislang bestes Ergebnis erzielen. Die Liberalen scheinen im Landkreis Uecker-Randow fest verankert und haben nur 2004 die Fünf-Prozent-Marke unterschritten. Im Gegensatz dazu stehen die Grünen, die im östlichsten Kreis des Landes nie richtig Fuß fassen konnten. Ihr Stimmenanteil sank 2004 auf marginale 0,8 Prozentpunkte, was sie dazu bewogen haben dürfte, 2009 nicht wieder zur Wahl anzutreten. Größter Gewinner der Kreistagswahlen in Uecker-Randow ist die NPD, die mit 9,1 Prozent bei den Kreistagswahlen ihr landesweit bestes Ergebnis einfuhr. Die Wählergemeinschaften verloren gegenüber 2004 wieder an Einfluss: Das „Bürgerbündnis Uecker-Randow“ sank von zwölf auf neun Prozentpunkte (zwei Mandate weniger), das Bündnis „Für Uecker-Randow“ fiel ganz aus (zwei Mandate weniger) und die Wählergemeinschaft „Bauernverband – ländlicher Raum“ büßte 0,8 Prozentpunkte, aber kein Mandat ein.

Wie zu erwarten war, variieren die Ergebnisse der Parteien und Wählergemeinschaften auf lokaler Ebene sehr stark. Auch in Uecker-Randow gibt es vor allem auf dem Lande ausgeprägte CDU-Bastionen. Die Union überschreitet die 50-Prozent-Marke in drei Dörfern des Amtes Löcknitz-Penkun: Boock (50,8 Prozent), Grambow (51,4 Prozent) und Ramin (50,1 Prozent). In weiteren neun von insgesamt 54 Gemeinden des Landkreises erzielt sie Ergebnisse jenseits der 40-Prozent-Marke. Zudem behaupten sich die Christdemokraten in drei der sechs Städte Uecker-Randows als stärkste politische Kraft, nämlich in Pasewalk (34,8 Prozent), Penkun (28,9 Prozent) und Eggesin (34,4 Prozent).

Unter den Städten des Kreises schneidet die LINKE besonders gut in Ueckermünde ab, wo sie seit 2003 mit Heidi Michaelis die Bürgermeisterin stellt. Weitere Hochburgen liegen in Löcknitz/Löcknitz-Penkun (38,6 Prozent) und kleineren Gemeinden des Amtes Am Stettiner Haff wie Altwarp (30,1 Prozent) und Vogelsang-Warsin (48,9 Prozent). Stärkste politische Kraft ist sie außerdem in Rossow/Löcknitz-Penkun (28 Prozent), Damerow/Uecker-Randow-Tal (25,4 Prozent) und Torgelow-Holländerei/Am Stettiner Haff (29,1 Prozent). Die Sozialdemokratie hat die Nase lediglich in der ueckermärkischen Kleinstadt Strasburg – ihre einzige städtische Hochburg – und in den dörflichen Gemeinden Polzow/Uecker-Randow-Tal (25,5 Prozent) und Heinrichsruh/Torgelow-Ferdinandshof (41,3 Prozent) vorn.

Indessen erreichen die Liberalen bei den Kreistagswahlen ihren Spitzenwert mit 25,7 Prozent in der Stadt Penkun, wo sie sich nur knapp den Christdemokraten geschlagen geben müssen. Das „Bürgerbündnis Uecker-Randow“ schneidet vor allem in der Umgebung der Stadt Torgelow überdurchschnittlich ab. Dies verwundert kaum, da das Stadtoberhaupt Ralf Gottschalk das Bündnis 1999 aus Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien ins Leben rief. In Torgelow und dem benachbarten Wilhelmsburg/Amt Torgelow-Ferdinandshof gewinnt es mit 30,5 bzw. 24,7 Prozent den politischen Wettbewerb gegen die etablierten Parteien, in Torgelow-Holländerei/Am Stettiner Haff (25,4 Prozent) liegt lediglich die Linkspartei vorne. Die Wählergemeinschaft „Bauernverband – ländlicher Raum“ hat ihre Hochburgen mit Groß Luckow (24,5 Prozent), Polzow (23,9 Prozent) und Blumenhagen (17,8 Prozent) im Uecker-Randow-Tal, während sich die „Wählerinitiative Pasewalk“ ihr Mandat vorwiegend in der Kreisstadt (14,3 Prozent) sichert.

Die NPD findet unter den Wählern der größeren Gemeinden in Ueckermünde (13,3 Prozent) und Löcknitz (14,6 Prozent) am meisten Zuspruch, wo sie auch strukturell stark verwurzelt ist. Auf dem Lande wurden die Extremisten überdurchschnittlich häufig in Wilhelmsburg (20,8 Prozent) – dort noch vor der CDU (20 Prozent) –, in Altwarp (15,4 Prozent), Luckow/Amt Am Stettiner Haff (14,3 Prozent), Rossow (13,8 Prozent), Zerrentin/Uecker-Randow-Tal (13,6 Prozent) und Damerow (13,2 Prozent) gewählt.

Tab. 6: Ergebnisse der Kreistagswahlen in Uecker-Randow 1994 bis 2009

	1994		1999		2004		2009	
	Prozent	Sitze	Prozent	Sitze	Prozent	Sitze	Prozent	Sitze
SPD	18,1	10	17,0	8	14,8	7	13,2	6
CDU	37,8	20	42,8	21	38,0	18	32,0	15
LINKE/PDS	23,3	12	20,9	10	22,6	10	23,9	11
FDP	7,7	4	5,9	3	3,6	2	5,6	3
B'90/Grüne	4,1	-	1,6	-	0,8	-	-	-
NPD	-	-	-	-	-	-	9,1	4
Sonstige	9,0	1	11,9	5	20,2	10	16,2	8
WBT	68,6	47	54,0	47	48,5	47	49,3	47
Parteien/WG	5	-	5	-	7	-	9	-

Quelle: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern; WBT: Wahlbeteiligung.

Die Hansestadt Greifswald unterschied sich von den Landkreisen Ostvorpommern und Uecker-Randow bei den Bürgerschaftswahlen in der Vergangenheit in mehrerer Hinsicht. Die CDU hatte bereits 2004 um zehn Prozentpunkte an Zustimmung verloren. Ihr erneutes Absinken 2009 dürfte auch dem Spendenskandal um den CDU-Bundestagsabgeordneten Ulrich Adam geschuldet sein, in dem auch die Greifswalder Union nach Medienberichten involviert war.²⁰ Entgegen dem Vorpommern-Trend konnte die SPD, die 1994 von einem geringen Niveau startete, bis 2004 zulegen. Umso härter muss die Sozialdemokraten der Verlust von 5,5 Prozentpunkten (bzw. zwei Mandaten) treffen.

Während es für die Linkspartei bei vergangenen Bürgerschaftswahlen kaum Bewegung gab, konnten die Liberalen stetig zulegen. Als städtische Besonderheit muss die Tatsache gelten, dass die Grünen in Greifswald stets vor den Liberalen lagen. Sie erzielten 2009 in der Hanse- und Universitätsstadt noch vor Rostock mit 10,8 Prozent Stimmenanteil ihr landesweit bestes Ergebnis. Die Greifswalder Wählergemeinschaften bauen ihren Anteil gegenüber 2004 nochmals deutlich aus. So verdoppelt die Bürgerliste Greifswald ihre Mandate in der Bürgerschaft von zwei auf vier (10,1 Prozent). Rechtsradikale bzw. rechtsextremistische Parteien spielten bei der Bürgerschaftswahl 2009 keine Rolle; die Republikaner scheiterten 1994, die NPD 1999 an der Fünf-Prozent-Hürde.

Innerhalb der Greifswalder Stadtmauern gibt es bei der aktuellen Bürgerschaftswahl eine beachtliche Variationsbreite. Wie sehr die Präferenzen der Wähler in einer Stadt streuen können, zeigen die unterschiedlichen Ergebnisse in den fünf Wahlbereichen Greifswalds. Der Innenstadtbereich (WB 1) stellt aufgrund seiner sozialen Schichtung – studentisch-universitäres Milieu – eine ausgesprochene grüne, partiell auch liberale und sozialdemokratische Hochburg dar. Die CDU schneidet hier unterdurchschnittlich ab. Ihr bürgerlich-konservatives Wählerklientel, das sie sich mit der „Bürgerliste Greifswald“ zu teilen scheint, wohnt eher im Ostteil der Stadt (WB 3). Die Wähler der Linkspartei konzentrieren sich mehr in den südlichen Plattenbaugebieten Schönwalde I/II (WB 4 u. 5).

20 Vgl. „Spendenaffäre: Unmut in der CDU“, in: Schweriner Volkszeitung, 05.09.2008, S. 4.

Tab. 7: Ergebnisse der Wahlen zur Greifswalder Bürgerschaft 2009 nach Wahlbereichen

Partei	WB 1		WB 2		WB 3		WB 4		WB 5		Stadt insg.	
	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze
CDU	26,5	3	32,5	3	34,6	3	31,5	2	32,0	2	30,9	13
LINKE	16,9	2	20,0	2	23,6	2	29,5	2	26,7	2	22,3	10
SPD	15,1	2	12,5	1	11,2	1	13,2	1	14,1	1	13,3	6
FDP	9,6	1	9,2	1	7,7	1	7,6	1	7,8	0	8,6	4
GRÜNE	18,3	3	9,8	1	7,4	1	6,1	0	6,5	0	10,8	5
BG	10,5	1	10,8	1	12,6	1	7,6	1	7,8	0	10,1	4
Freie W.	1,7	0	4,4	1	2,2	0	3,3	0	3,6	0	2,9	1
Ebw.	1,4	0	0,8	0	0,7	0	1,2	0	1,4	0	1,1	0
Wahlbet.	47,5	-	44,2	-	41,7	-	33,4	-	30,2	-	39,8	43

Quelle: http://www.greifswald.de/uploads/media/Amtliches_Wahlergebnis.pdf (14.08.2009).

WB 1: Innenstadt, Steinbecker Vorstadt, Fleischervorstadt, Nördl. Mühlenvorstadt (11.180 Wahlberechtigte); WB 2: Südliche Mühlenvorstadt, Fettenvorstadt/Stadtrand siedlung, Riems/Insel Koos (8.943 Wahlberechtigte); WB 3: Ostseeviertel, Ladebow/Wieck, Eldena, Friedrichshagen (8.308 Wahlberechtigte); WB 4: Schönwalde I/Südstadt (9.150 Wahlberechtigte); WB 5: Schönwalde II, Groß Schönwalde (8.424 Wahlberechtigte).

Tab. 8: Ergebnisse der Wahlen zur Bürgerschaft in Greifswald 1994 bis 2009

	1994		1999		2004		2009	
	Prozent	Sitze	Prozent	Sitze	Prozent	Sitze	Prozent	Sitze
SPD	15,4	7	17,4	8	18,8	8	13,3	6
CDU	40	19	46,9	21	36,9	16	30,9	13
LINKE/PDS	28	13	23,7	11	21,3	9	22,3	10
FDP	1,3	-	2,3	-	5,5	2	8,6	4
B90/Grüne	7,1	3	6,4	3	6,4	3	10,8	5
REP/NPD ²	2,8	0	1,9	0	-	-	-	-
Sonstige	5,4	1	1,2	-	11,2	4	14,2	5
WBT	63,0	43	44,4	43	38,5	42 ¹	39,8	43
Parteien/WG	5	-	4	-	8	-	7	-

Quelle: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern; WBT: Wahlbeteiligung.

¹Abweichung der vergebenen Sitze von der Gesamtsitzzahl, da auf die „Bürgerliste Greifswald – BG“ drei Sitze (ausgewiesen unter Sonstiges) entfielen, sie aber nur mit zwei Kandidaten angetreten waren.

²1994 traten die Republikaner in Greifswald zur Wahl an, 1999 die NPD.

5. Fazit und Ausblick

Die Strahlkraft der in der Bundespolitik etablierten fünf größeren Parteien verblasst. Auf kommunaler Ebene ist das Fünf-Parteien-System schon längst passé. Spätestens mit der Abschaffung der Fünf-Prozent-Hürde hat sich der lokalpolitische Raum für neue Akteure geöffnet. Seit den Kommunalwahlen 2004 hat sich deren Anzahl in der Region Südvorpommern nahezu verdoppelt. Unter ihnen befinden sich nicht nur Einzelbewerber, Bürgerlisten und Wählergemeinschaften, sondern auch extremistische Parteien wie die NPD. Die Erfolgswertgleichheit im Wahlrecht – dies war das juristische Argument einiger Landesverfassungsgerichte gegen die Fünf-Prozent-Hürde – ist also teuer erkauft. Aller unbestreitbaren Vorzüge von Parteienpluralismus und Meinungsvielfalt zum Trotz hat sie die Mehrheitsfindung in den Kreistagen und Bürgerschaften eher erschwert. In Kombination mit den Direktwahlen der Landräte und Bürgermeister kann es zu Blockadesituationen kommen, die der Arbeitsfähigkeit der Kommunalvertretungen abträglich sind.

Die Kreistags- und Bürgerschaftswahlen 2009 haben den Christ- und Sozialdemokraten nach 2004 in der Region Südvorpommern eine weitere Schlappe hinzugefügt. Beide Parteien, die auf Bundes- und Landesebene koalieren, sind auf ein Niveau zurückgefallen, das deutlich hinter den Ergebnissen von 1994 liegt. Die CDU hat ihre kompakten Mehrheiten in Vorpommern und Uecker-Randow verloren, was insbesondere die dortigen Landräte

Barbara Syrbe (die LINKE) bzw. Volker Böhning (Bürgerbündnis Uecker-Randow) triumphieren lassen wird.

Die Linkspartei kann sich hingegen stabilisieren. Sie erntet momentan die Früchte dafür, dass sie vor einigen Jahren wichtige, vormals konservative oder sozialdemokratische Rathäuser und Landratsämter in Vorpommern erstürmen konnte. Wie die lokalen Wahlergebnisse in Wolgast oder Ueckermünde belegen, sind gerade die (hauptamtlichen) Bürgermeister „Zugpferde“ bei Kommunalwahlkämpfen. Dies gilt umso mehr, als personell schwach aufgestellte Parteien dazu neigen, solche bekannten politischen Persönlichkeiten in mehreren Wahlbereichen/Stimmbezirken antreten zu lassen.

Liberalen und Grünen sind gestärkt aus den Kommunal- und Bürgerschaftswahlen in Südvorpommern hervorgegangen. Sie haben vermutlich vom Niedergang der Christ- bzw. Sozialdemokraten profitiert und können Wählerstimmen hinzugewinnen. Dabei tritt der Stadt-Land-Gegensatz deutlich zutage: Die Grünen sind mehr noch als die Liberalen aufgrund ihrer Organisationsschwäche auf dem Lande eine Stadtpartei, wohingegen die FDP auch in den Landkreisen Ostvorpommern und Uecker-Randow über geringe, aber anscheinend dauerhafte personelle Ressourcen verfügt.

In Bezug auf die Wahlgemeinschaften und Einzelbewerber ist das Ergebnis der Kreistags- und Bürgerschaftswahlen 2009 ambivalent. Einzelbewerber hatten weder in Greifswald noch in den Landkreisen Ostvorpommern und Uecker-Randow eine Chance. Hingegen haben die Wahlgemeinschaften in Greifswald und Ostvorpommern Boden gut gemacht. In Uecker-Randow war ihr Potenzial 2004 mit über 20 Prozent wahrscheinlich erschöpft. Insoweit könnte man hier von einer Normalisierung sprechen, zumal das Bürgerbündnis den Landrat stellt und damit für Entscheidungen des Landrates politische Mitverantwortung trägt.

Die Frage nach der Verankerung der NPD in der Region Südvorpommern ist eine Frage des Betrachtungsmaßstabes. Legt man die Ergebnisse der Landtagswahl zugrunde, hat die NPD an Zustimmung verloren. Dass die Hoffnung der demokratischen Parteien aufgegangen ist, die NPD würde sich im Schweriner Landtag entzaubern oder verschleißen, scheint zweifelhaft. Misst man die Kommunalwahlergebnisse der NPD nämlich am Maßstab der Kreistagswahlen 2004, hat die rechtsextremistische Partei in Ostvorpommern und gerade in Uecker-Randow expandiert. Ihre dortigen – mittlerweile gefestigten – lokalen Strukturen dürften sie zu einem dauerhaften politischen („Stör“-)Faktor im Grenzkreis werden lassen, der in erster Linie mit den Mitteln der politischen Auseinandersetzung bekämpft werden muss. Die Aus- und Abgrenzungsstrategie der demokratischen Parteien sollte dazu um eine intelligente Differenzierungs- und Spaltungsstrategie erweitert werden. Dazu müssten sie die Sorgen der Bürger in Bezug auf Zuwanderung, Integration, grenzübergreifender Kriminalität und nationaler Identität stärker Ernst nehmen, die die Rechtsextremisten seit vielen Jahren mit Erfolg rechtspopulistisch aufbereiten.

Die Kommunalwahlen 2009 in der Region Mecklenburgische Seenplatte: Neubrandenburg, Demmin, Müritz und Mecklenburg-Strelitz

Monique Tiedemann/Christian Martinez Schwabbauer/Florian Lescow

1. Einleitung

Die letzte Kommunalwahl vor der Kreisgebietsreform 2011 in der vor allem als Naturraum bekannten Mecklenburgischen Seenplatte bedarf eines gesonderten Blickes. Die Reform sieht die Zusammenführung der Landkreise Müritz und Mecklenburg-Strelitz mit Teilen des Landkreises Demmin und der kreisfreien Stadt Neubrandenburg vor.¹ Es handelt sich dabei um die am dünnsten besiedelte Gegend in Mecklenburg-Vorpommern, bedingt vor allem durch den darin liegenden größten deutschen Binnensee Müritz.² Strukturell zählt die Mecklenburgische Seenplatte so auch zu einer der beliebtesten Urlaubsregionen Deutschlands, weshalb die Städte und Gemeinden neben Unternehmens- und Landwirtschaftszweigen vor allem die Tourismusbranche fördern. Eine gemeinsame Betrachtung und Analyse der Wahlergebnisse dieser vier Landkreise erscheint mit Blick auf den künftigen Großkreis sinnvoll. Darüber hinaus sollen jedoch auch politische Besonderheiten der drei Kreise und Neubrandenburg herausgearbeitet werden.

2. Ausgangsbedingungen

Sowohl in Neubrandenburg als auch in Demmin hatte die CDU nach den Kommunalwahlen 2004 die meisten Sitze in der Stadtvertretung bzw. im Kreistag inne. Insbesondere der Kreis Demmin gilt als stabilste Hochburg der Union überhaupt im ganzen Land. Hier erreichten die Christdemokraten 1999 52 Prozent und 2004 immerhin noch 49,3 Prozent. Trotz dieser starken strukturellen Dominanz, die sich auch bei Landtags- und Bundestagswahlen zeigt, wies die CDU in den letzten Jahren einige Mobilisierungsschwächen auf. So konnte sie ihren Kandidaten bei der Landratswahl 2008, Edgar Kliewe, nicht zum sicher geglaubten Sieg führen. Nachdem er im ersten Wahlgang nur einen knappen Vorsprung vor dem Kandidaten der LINKEN, Siegfried Konieczny, erzielte, unterlag er in der Stichwahl deutlich. Innerhalb der Demminer Union sorgte der Verlust dieses Amtes für einige Erregung. Der Sieg von Siegfried Konieczny symbolisiert allerdings auch die relative Stärke der LINKEN im Kreis. 1999 kamen die Sozialisten auf 20,2 Prozent, 2004 sogar auf 23,5 Prozent. Die LINKE ist damit deutlich erfolgreicher als die Sozialdemokraten, die in Demmin seit Jahren ein Schattendasein fristen. 1999 erzielten sie 18,2 Prozent, fünf Jahre später waren es nur noch 13,2 Prozent. Die Rolle als „linker“ Widerpart zur CDU musste die SPD ganz klar an die LINKE abgeben.

Das politische Kräfteverhältnis in Neubrandenburg ist demgegenüber deutlich ausgeglichener. Die Stadt gilt jedoch seit langem als Hochburg der LINKEN, was zu einem großen Teil mit der Geschichte der Stadt in der DDR zu tun hat.³ 1999 erzielte die damalige PDS 34,1 Prozent und 2004 immer noch weit überdurchschnittliche 30,0 Prozent.

1 Vgl. <http://www.mv-regierung.de/im/verwaltungsreform/Kreisgebietsreform.802.html> (03.07.2009).

2 Mit einer Bevölkerungsdichte von 38 Einwohnern/km² ist der Müritz-Kreis der am dünnsten besiedelte und bevölkerungsärmste Landkreis Mecklenburg-Vorpommerns, darauf folgen Mecklenburg-Strelitz mit fast identischer Siedlungsdichte und Demmin (43 Einwohner/km²). Die Stadt Neubrandenburg ragt dabei heraus und kann mit ihren 66.735 Einwohnern rund 250 Menschen mehr als der Müritzkreis aufweisen.

3 Vgl. u.a. den Beitrag von Steffen Schoon in diesem Band.

Die CDU ist insofern von einer Dominanz wie in Demmin ein Stück entfernt. Dennoch stellen die Christdemokraten mit dem ehemaligen Bundesminister Paul Krüger seit 2002 den Oberbürgermeister. Die Wiederwahl im Jahr 2008 gestaltete sich aber als schwieriges Unterfangen, in dem sich Krüger nur knapp gegen den überraschend starken Einzelbewerber Hans-Joachim Schröder durchsetzen konnte.⁴ Im Gegensatz zu Demmin ist auch die SPD ein wahrnehmbarer politischer Konkurrent. Seit 2004 saßen auch FDP und die Grünen in der Stadtvertretung, letztere aber nur aufgrund der weggefallenen Fünf-Prozent-Hürde.

Die kommunalpolitische Entwicklung des Landkreises Müritz beinhaltet trotz ähnlicher Entwicklung, einige Besonderheiten. Bereits seit den Kreistagswahlen 1994 etablierte sich die CDU im Kreis Müritz als stärkste politische Kraft, gefolgt von der SPD und der PDS.⁵ Obwohl die CDU keine überproportionalen Verluste hinnehmen musste, verzeichnete sie 2004 (35,5 Prozent) einen Verlust von 3,6 Prozentpunkten gegenüber 1999 (39,1 Prozent). Die SPD erreichte nur 21,5 Prozent.⁶ Die Ursache für diesen Einbruch lässt sich am bundesweiten Stimmungstief der SPD begründen, die durch die geplante Arbeitsmarktreform (Agenda 2010) ihre Stammwählerschaft nicht mobilisieren konnte. Die Mandatsverluste der beiden großen Parteien sind auch mit dem Wegfall der Fünf-Prozent-Klausel im Jahr 2004 zu begründen. Die Müritzer Unternehmungsgruppe (MUG), die erstmals an der Kommunalwahl teilnahm, erreichte auf Anhieb 5,5 Prozent. Die bereits etablierte Wählergemeinschaft Bauernverband und ländlicher Raum (abgekürzt Bauern) konnte ihre drei Sitze (5,9 Prozent) im Kreistag halten. Die NPD, die sich 2004 zum ersten Mal zur Wahl stellte, bekam aufgrund des Wegfalles der Fünf-Prozent-Hürde einen Sitz im Kreistag bei 2,6 Prozent. Die Grünen konnten die Mandatsverluste seit 1994 nicht aufhalten und sanken bei der Kommunalwahl 2004 auf 6,0 Prozent der Stimmen, obwohl sie sich in zahlreichen Wahlbereichen wie in der Stadt Malchow etabliert haben.⁷ Die FDP konnte sich verbessern und kam von 3,9 Prozent im Jahr 1999 auf 6,0 Prozent. Somit sind die Liberalen die einzige bundesweit etablierte Partei die keine Verluste hinnehmen musste. Das Ergebnis der Kommunalwahlen 2004 in Müritz zeichnet die lokalen Besonderheiten auf, die sich jenseits der Drei-Parteien-Dominanz (CDU, SPD, die LINKE) herausgebildet haben. Lokale Vereinigungen und Einzelbewerber haben in kleineren Gemeinden, die nicht ganz von den politischen Parteien durchdrungen sind, eine größere Chance auf Erfolg als im urbanen Umfeld.⁸

Auch in Mecklenburg-Strelitz war die Ausgangslage gekennzeichnet durch eine starke CDU, die mit 21 Abgeordneten die mit Abstand größte Fraktion stellte. 1994 war der Vorsprung der CDU zur SPD als zweitstärkste Partei mit 34,0 Prozent zu 28,9 Prozent noch relativ gering. 1999 und 2004 konnte sie diesen Abstand aber erheblich ausbauen. So lag die SPD 1999 17,6 Prozentpunkte hinter der CDU und 2004 betrug der Abstand zur PDS als nunmehr zweitstärkste Partei 21,5 Prozentpunkte. Ohne Zweifel hatte die CDU bei den Wahlen 1999 und 2004 aus bundespolitischen Gründen eine sehr viel günstigere Ausgangslage als die SPD. Die Bestätigung des guten Ergebnisses 1999 von 43,1 Prozent für die CDU spricht jedoch auch für eine stärkere Verankerung der Union vor Ort. Die SPD verlor bei den Wahlen stetig und musste seit den Wahlen 1994, in denen sie 28,9

4 Vgl. <http://www.neubrandenburg.de> (17.07.2009).

5 Ab dem 16. Juni 2007 durch Zusammenschluss der Linkspartei.PDS und der WASG in DIE LINKE unbenannt.

6 Landeswahlleiter Mecklenburg-Vorpommern unter <http://www.statistik-mv.de> (17.07.2009).

7 Ebd.

8 Vgl. Axel Glemser: Kommunales Wahlverhalten in Mecklenburg-Vorpommern: Die Gemeindewahlen 1999 und 1994 im Vergleich mit den Bundes- und Landtagswahlen 1990-1998, in: Nikolaus Werz/Hans Jörg Hennecke (Hg.): Parteien und Politik in Mecklenburg-Vorpommern, München 2000, S. 216-218.

Prozent erhielt, den Verlust von 8,3 Prozentpunkten hinnehmen. SPD und PDS bzw. LINKE stellten nach den Wahlen 2004 je zehn Kreistagsmitglieder, wobei die LINKE erstmals mit einem knappen Vorsprung von 1,6 % der Stimmen vor der SPD zweitstärkste Partei werden konnte. Die Entwicklung der FDP im Landkreis Mecklenburg-Strelitz ist durch eine kontinuierliche Etablierung gekennzeichnet. 1994 und 1999 verfehlten die Liberalen mit 4,9 Prozent bzw. 4,7 nur knapp den Einzug in den Kreistag, was ihnen 2004 mit vier Mandaten (7,5 Prozent) gelang. Die Grünen waren im letzten Kreistag mit einem Sitz vertreten. Hinzu kam der Einzelbewerber Eberhard Lange.⁹

Tab. 1: Ergebnisse der Kreistagswahlen und Wahl zur Stadtvertretung in Neubrandenburg in der Mecklenburgischen Seenplatte von 1994 bis 2004*

Kreistagswahl		WBT	CDU	SPD	PDS	FDP	Grüne	Sonst.
1994	MV gesamt	65,7	30,6	25,6	24,3	5,4	4,2	9,9
	Neubrandenburg	65,7	28,3	23,2	32,1	4,0	5,4	6,9
	Demmin	70,9	45,1	21,0	20,8	6,0	2,7	4,5
	Müritz	71,0	31,7	27,0	16,7	5,7	9,0	9,9
	Mecklenburg-Strelitz	69,4	34,0	28,9	20,4	4,9	4,2	7,8
1999	MV gesamt	50,5	39,9	24,0	21,9	4,1	1,9	8,2
	Neubrandenburg	44,0	34,9	21,8	34,1	2,2	1,5	5,6
	Demmin	57,6	52,0	18,2	20,2	4,1	0,9	4,4
	Müritz	56,8	39,1	27,2	16,8	3,9	7,4	5,5
	Mecklenburg-Strelitz	57,4	43,1	25,5	20,9	4,7	1,8	4,0
2004	MV gesamt	44,9	38,8	19,1	20,2	6,1	3,1	12,7
	Neubrandenburg	39,0	31,6	20,2	30,0	5,5	2,9	9,9
	Demmin	47,3	49,3	13,2	23,5	5,1	1,9	6,7
	Müritz	49,2	35,5	21,5	15,7	6,7	6,0	14,5
	Mecklenburg-Strelitz	46,2	43,7	20,6	22,2	7,5	3,1	3,0

Quelle: Datengrundlage Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern. Eigene Darstellung.

* Angaben in Prozent; WBT: Wahlbeteiligung.

3. Kandidaten und Wahlkampf

Neben der Kreisgebietsreform und der damit einhergehenden Zerschlagung des Landkreises Demmin sowie dem Verlust der Kreisfreiheit für die Neubrandenburger bewegten die Wähler in dieser Region vor allem Themen die erst sehr kurz vor der Wahl ins Gespräch gerieten. So gab es in Alt Tellin (Kreis Demmin) Proteste gegen eine große Schweinezuchtanlage eines holländischen Investors, während sich die Müritzer und die ebenfalls betroffenen Neubrandenburger erneut vom Luft-Boden-Schießplatz der Bundeswehr „Bombodrom“ bedroht fühlten. Neben den überregionalen Aspekten waren es allerdings vor allem die gemeindespezifischen Sachverhalte, die die Entscheidungen der Wähler lenkten. Die in den Medien zu dieser Zeit dominierende Wirtschaftskrise schien im Kreis Demmin, welcher die höchste Arbeitslosenquote in Mecklenburg-Vorpommern aufweist, keine große Rolle zu spielen. Die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen standen schon immer an erster Stelle auf der Agenda der Parteien. Umso überraschender war insofern der noch kurz vor der Wahl veröffentlichte Arbeitslosentrend, der im Demminer Umland eine saisonbedingt sinkende Arbeitslosigkeit aufzeigte.

So flau der Wahlkampf durch die Parteien betrieben wurde, so niedrig war auch das Interesse an den Kommunalwahlen in den drei Kreisen und der Stadt Neubrandenburg.

⁹ Landeswahlleiter Mecklenburg-Vorpommern.

Dies schlug sich auch in der regionalen Tageszeitung – dem Nordkurier – nieder: Selbst kurz vor den Kreistagswahlen fand man Parteiankündigungen und Wahlinformationen nur klein gedruckt im hinteren Zeitungsteil. Für besonderes Aufsehen sorgte lediglich die bereits erwähnte Alt-Tellin-Problematik, aus der die Bürgerinitiative „Leben am Tollensetal“ hervorging. Ein weiterer Höhepunkt war zudem die gleichzeitig stattfindende Landratswahl in Mecklenburg-Strelitz, bei der sich das Hauptrennen zwischen dem CDU-Kandidaten Heiko Kärger und dem Bewerber der LINKEN, Arnold Krüger, abspielte.

Für Empörung sorgten in Neubrandenburg kurz vor der Wahl die Plakate der SPD-Kandidaten Rüdiger Bretschneider – Ehemann der Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider – und Tom Pissarek. Beide sind Mitglieder des Neubrandenburger Kreisvorstandes der Arbeiterwohlfahrt (AWO) und ließen den Slogan des Verbandes auf ihre Parteiplakate drucken.¹⁰ Die finanzielle Unterstützung durch den unabhängigen Wohlfahrtsverband sowie die Parteiwerbung innerhalb der AWO-Räumlichkeiten sorgten für erheblichen medialen Wirbel.

Die Wahlziele mit denen die meisten Parteien in den Wahlkampf um den Landkreis Müritz zogen, ähnelten sich frappierend. Schwerpunkte bildeten hauptsächlich Wirtschaftsthemen, soziale Gerechtigkeit sowie Umweltschutz. Die CDU konzentrierte sich auf die Förderung der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft als traditionelle mecklenburgische Wirtschaftszweige, eine Verbesserung der Lebensqualität in der Region durch Ausbau der Infrastruktur, Stärkung des Tourismus und der mittelständischen Unternehmen sowie Investitionen in die Bildung.¹¹ Die Union trat mit 35 Kandidaten an,¹² unter ihnen „Zugpferd“ Wolf-Dieter Ringguth und die Müritzer Landrätin Bettina Paetsch.¹³ Unterstützung bekamen sie zudem vom Wirtschaftsminister und gleichzeitigem CDU-Landesvorsitzenden, Jürgen Seidel aus Waren, der selbst von 2001 bis 2007 Landrat war.

Die SPD zog mit dem Thema Arbeit in den Wahlkampf. Sie plante bessere Rahmenbedingungen für die Schaffung von Arbeitsplätzen, z.B. durch Bürokratieabbau und Ausbau der Infrastruktur. Weiterhin ging sie mit den Themen soziale Gerechtigkeit, Bildung und Umweltschutz in den Wahlkampf.¹⁴ Besonderes Augenmerk lag auf dem geplanten „Bombodrom“. Unter den 31 Kandidaten der SPD waren auch die Vorsitzende des Kreisvorstandes, Dorothea Konrad, der SPD-Landtagsabgeordnete Rudolf Borchert und der Bürgermeister von Waren, Günther Rhein. Zudem kandidierte mit Dagmar Kaselitz, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Penzlin, eine parteilose Frauenpolitikerin.¹⁵

Der Kreisverband der Linken thematisierte soziale Gerechtigkeit, den nachhaltigen Umgang mit Ressourcen, den Kampf gegen Rechtsextremismus und die Unterstützung der Protestbewegung gegen das „Bombodrom“.¹⁶ Im Müritzkreis verfügte sie über 25 Kandidaten.

Die FDP ging mit 41 Kandidaten in die Wahl, unter ihnen der Landtagsabgeordnete Toralf Schnur.¹⁷ Thematisch wurde ganz auf die Karte „Wirtschaft“ gesetzt: Schuldenabbau, Privatisierung, die Förderung von kommunalen Projekten, der Ausbau der Infrastruktur.¹⁸

10 Marlis Tautz: Ein Wahlplakat wirkt nach. Werbefeldzug der Awo Neubrandenburg hat ein Nachspiel in Schwerin, in: Schweriner Volkszeitung, 13.06.2009, S. 5.

11 Vgl. CDU Wahlprogramm 2009 unter: <http://cdumueritz.cdu-demo.de/image/inhalte/file/Wahlprogramm2009.pdf> (05.06.2009).

12 Landeswahlleiter Mecklenburg-Vorpommern unter <http://www.statistik-mv.de> (17.07.2009).

13 Vgl. http://www1.ndr.de/nachrichten/kommunalwahl_mv/direktwahlen/mueritz132.html (18.08.2009).

14 Vgl. http://www.spd-mueritz.de/index.php?option=com_content&view=article&id=50 (23.06.2009).

15 Vgl. Dagmar Kaselitz' Selbstportrait unter: <http://www.dagmarkaselitz.de/ziele.html> (05.06.2009).

16 Vgl. http://www.originalsozial.de/wahlen/kommunalpolitische_leitlinien/ (05.06.2009).

17 Vgl. http://www.fdp-mueritz.de/kv/index_kv.html (08.06.2009).

18 Vgl. <http://www.liberales-vor-ort.de/wahlprogramm.pdf> (8.06.2009).

Auf der Liste der Grünen standen zwölf Bewerber, u.a. Jutta Gerkan, Geschäftsführerin des Kreisbüros und Stadtvertreterin in Waren. Die Grünen setzten auf den Ausbau des „grünen“ Tourismus, sowie moderne Umweltpolitik, die der kommunalen Wirtschaft zugutekommen soll.¹⁹ Die Wählergemeinschaft Bauernverband und ländlicher Raum forderte bessere Lebensbedingungen im ländlichen Raum sowie die Stärkung der Agrarwirtschaft. Die Müritzer Unternehmungsgruppe (MUG) legte den Schwerpunkt des Wahlkampfes auf den Protest der Wähler gegen die etablierten Parteien. Sie konnte zum Wahlauftritt unter anderem mit einem Besuch von Gabriele Pauli in Waren das Interesse auf sich ziehen.²⁰ Die NPD schickte mit Doris Zutt, die in Waren einen „rechten“ Szeneladen mit ihrem Mann führt, eine langjährige Aktivistin ins Rennen.

Da in Mecklenburg-Strelitz nicht nur die Kreistagswahl stattfand, sondern auch die Neuwahl zum Landrat, nahm diese einen dominierenden Platz im Wahlkampf ein. Notwendig wurde der vorgezogene Wahlgang aufgrund des Rücktritts der bisherigen Landrätin Kathrin Dollinger-Knuth. Als sie 2002 das Amt im Alter von nur 30 Jahren antrat galt sie gemeinhin als Hoffnungsträgerin.²¹ In einer Broschüre des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, wurde die CDU-Politikerin als dynamische und erfolgreiche Landrätin gezeigt, die der Heimat verbunden sei. Ihre Hauptaufgabe sah sie darin, den Menschen Hoffnung zu geben: „Sie sollen mit Stolz sagen können: Wir kommen von hier.“²² Nun sah sich die Landrätin jedoch aus familiären Gründen gezwungen, nach Sachsen zu ziehen. Die negative Resonanz des Rücktritts war groß. Zum einen wurden die hohen Kosten, die ein zusätzlicher Wahlgang verursacht, kritisiert. Zum anderen wurde der Vorwurf erhoben, dass ihr Vorgehen zur Politikverdrossenheit beitrage.²³ In der eigenen Partei löste der politische Rückzug von Dollinger-Knuth ebenfalls keine Begeisterung aus, hatte die Union doch gerade erst den Landratsposten in Demmin an die LINKE verloren und musste nun selbiges in Mecklenburg-Strelitz befürchten.

In Demmin schnitten die Christdemokraten ihren Wahlkampf vor allem auf den relativ populären Europawahlkandidaten Werner Kuhn zu. Des Weiteren präsentierten sie sich mit einem umfassenden Internetauftritt (Video-Stream, Termine, Kandidatenaufstellung), dessen Reichweite angesichts der vielen weißen Flecken auf der Karte der Internetbreitbandversorgung in der Mecklenburgischen Seenplatte jedoch als sehr eingeschränkt gelten kann. Auf den Plakaten zeigte die CDU mit allein stehenden Slogans wie „Wir können mehr“ kein klar erkennbares Profil. Zudem verprellte der Wahlspruch „Zukunft braucht Erfahrung“ vermutlich Jungwähler und widersprach dem Aufruf der Jungen Union nach mehr jungen Menschen in den kommunalen Volksvertretungen. Die LINKE wird mit ihrem Slogan „Tischlein, deck dich“ wohl eine wesentlich höhere Zustimmung auf den Straßen des Demminer Umlandes erhalten haben, da sie mit dem Anspruch auf die Beseitigung sozialer Missstände wohl eher den Nerv der Zeit traf. Neben regional bekannten Bewerbern versuchten die Parteien mit landesweit etablierten Kandidaten auf Stimmenfang zu gehen. So schmückten bekannte Namen die Wahllisten,

19 Vgl. <http://www.mv-wird-gruen.de> (24.07.2009).

20 Vgl. http://mug-mueritz.de/uploads/media/MUG_Wahlzeitung.pdf (25.07.2009).

21 Vgl. Frank Pergande: Hübsch, klug, bald weg, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Online vom 06.11.2008, <http://www.faz.net/s/Rub5925252BCC9C45B880812B358AC3FFA4/Doc~E7195223EB53A422DBD DC69A14CF7440F~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (06.08.2009).

22 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), Von Alltagsheldinnen und Lokalexpertinnen. Kommunalpolitikerinnen im Porträt, Berlin 2008.

23 Vgl. „Letzter Arbeitstag für CDU-Landrätin Neuwahlen im Juni in Neustrelitz und Waren“, in: Schweriner Volkszeitung, 10.02.2009, S. 4.

wie etwa Renate Holznagel, MdL (CDU) oder der Landesvorsitzende der LINKEN, Peter Ritter.

4. Wahlergebnis

Von den 56.902 Wahlberechtigten bewegte es am Wahlsonntag insgesamt 22.263 zur Stimmenabgabe in die Neubrandenburger Wahllokale bzw. zuvor zur Briefwahl.²⁴ Bei einer Wahlbeteiligung von 39,1 Prozent folgten hier, im Vergleich zu den anderen Kreisen der Mecklenburgischen Seenplatte, die wenigsten Wähler dem Aufruf zur Stimmenabgabe. Die CDU gewann die Wahl mit 30,6 Prozent und verlor lediglich einen Prozentpunkt. Die LINKE verpasste den Wahlsieg mit 29,2 Prozent nur knapp und konnte ihr Stimmenniveau wie die SPD (21,4 Prozent) halten. Die NPD, die in den Kreisen Demmin und Mecklenburg-Strelitz keine Kandidaten aufstellte, erlangte mit Jens Blasewitz einen Sitz in der Neubrandenburger Stadtvertretung. Kleinere Parteien und Einzelbewerber profitierten vor allem von der fehlenden Fünf-Prozent-Hürde. Auch die zwei Einzelbewerber Michael Nötzel und Hans-Jürgen Schulz erhielten genügend Stimmen für einen Sitz in der Stadtvertretung. Grüne und FDP bekommen in der zukünftigen Stadtvertretung jeweils zwei Sitze. Beide Parteien konnten ihr Ergebnis im Vergleich zu den Wahlen 2004 verbessern. Die FDP erhielt 9,0 Prozent und legte um 4,5 Prozentpunkte zu. Die Grünen erfreuten sich ebenso am Stimmenzuwachs und erzielten 4,4 Prozent.

In Demmin ist die CDU mit 42,7 Prozent erneut stärkste Kraft geworden, obgleich sie rund fünf Prozentpunkte verlor, ist ihr Vorsprung zur LINKEN mit etwa 15 Prozentpunkten weiterhin sehr deutlich. Mit 12,6 Prozent verbuchte die SPD in diesem Landkreis das mit Abstand schlechteste Ergebnis der Mecklenburgischen Seenplatte. Eine mögliche Ursache dürfte die mangelnde regionale Verankerung der Sozialdemokraten sein. Weder bekannte SPD-Politiker noch ein funktionierender Jugendverband kennzeichnen diesen Kreis. Besonders die daraus folgende mangelnde Rekrutierungskraft erschwert es der SPD im Kreis „Fuß zu fassen“. Trotz der Verluste kann die CDU in den ländlichen, durch die Landwirtschaft geprägten Gebieten weiterhin eine große Wählerresonanz verzeichnen. Innerhalb des Landkreises Demmin, der in sechs Wahlbereiche aufgeteilt war, erreichten sie in einem von ihnen fast 50 Prozent (Amt Jarmen-Tutow und Amt Peenetal/Loitz: 49,7 Prozent). Der Hauptgegner der Union, die LINKE, legte um 4,1 Prozentpunkte auf 27,6 Prozent zu. Die stärkste Kraft im Kreistag bleibt aber wie zuvor die Union mit 20 Sitzen (-3). Die LINKE folgt mit 13 und verbessert sich somit um zwei Mandate. Die Sozialdemokraten erhalten trotz der Verluste unverändert sechs Sitze im Kreistag. FDP (2004 drei Sitze) und Grüne (2004 zwei Sitze) bekommen jeweils einen Platz dazu. Die drei Einzelbewerber schafften es hingegen nicht in den Kreistag. Die seit Jahren etablierte „Wählergemeinschaft ländlicher Raum“ (WGLR) verlor einen Sitz und kommt nunmehr noch auf zwei Mandate im Kreistag.

Im Landkreis Müritz verlor die CDU 8,8 Prozentpunkte (von 35,5 auf 26,7 Prozent), während die LINKE knapp zwei (von 15,7 auf 16,8 Prozent) und die SPD gegen den Landestrend sogar 4,5 Prozentpunkte (von 21,5 auf 26,0 Prozent) hinzugewannen.²⁵ Die NPD stagnierte bei 2,7 Prozent. Die FDP konnte sich von 6,7 auf 9,1 Prozent verbessern, während die GRÜNEN im Gegensatz zum Landesergebnis von 6,0 auf 5,4 Prozent zurückfielen. Die lokalen Vereinigungen Müritzer Unternehmungsgruppe und Bauernbund veränderten sich unwesentlich von 5,5 auf 4,5 Prozent bzw. von 5,9 auf 6,7 Prozent. Damit

24 Vgl. http://www.mvnet.de/cgi-bin/staa-wahlen/wahlen2009/wahl2009_anz.pl?K_WK02.htm (07.08.2009).

25 Vgl. Landeswahlleiter Mecklenburg-Vorpommern, <http://www.statistik-mv.de> (17.07.2009).

waren sie deutlich stärker als die NPD. Mit 1,9 Prozent schnitt die 2009 neu angetretene Wählergemeinschaft Penzliner Land ab. Die Landratskandidatin der CDU Bettina Paetsch gewann zudem die parallel abgehaltene Landratswahl gegen Michael Löffler (SPD) mit 64,7 zu 35,3 Prozent.

Tab. 2: Ergebnisse der Wahlen zu den Kreistagen in Demmin, Müritz und Mecklenburg-Strelitz sowie zur Stadtvertretung in Neubrandenburg 2009 (in Prozent)

	WBT	CDU	SPD	LINKE	FDP	Grüne	NPD	Ebw.	WG
Neubrandenburg	39,1	30,6	21,4	29,2	7,0	4,4	2,7	4,8	-
Veränderung zu 2004	+0,1	-1,0	+1,3	-0,8	+1,5	+1,5	+2,7	+2,5	-7,5
Demmin	44,1	42,7	12,6	27,6	7,1	3,5	-	1,5	5,0
Veränderung zu 2004	-3,2	-6,6	-0,6	+4,1	+1,7	+1,6	-	+1,2	-1,4
Müritz	48,2	26,7	26,0	16,8	9,1	5,4	2,7	-	13,3
Veränderung zu 2004	-1,0	-8,8	+4,5	+1,1	+2,4	-0,6	+0,1	-0,6	+1,9
Mecklenburg-Strelitz	51,1	36,5	22,1	24,8	10,8	4,3	-	1,5	-
Veränderung zu 2004	+4,9	-7,2	+1,5	+2,6	+3,3	+1,2	-	-0,8	-0,7
Künftiger Landkreis Mecklenburgische Seenplatte¹	-	33,7	21,0	24,1	9,0	4,4	1,3	1,8	4,4

Quelle: Datengrundlage Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern. Eigene Berechnungen. +/-: Veränderung in Prozentpunkten zu 2004.

¹ Landkreis Mecklenburgische Seenplatte beinhaltet den Landkreis Müritz, Mecklenburg-Strelitz, die Stadt Neubrandenburg sowie die Ämter Stavenhagen, Malchin, Dargun, Treptower Tollensewinkel des Kreises Demmin.

WBT: Wahlbeteiligung; Ebw.: Einzelbewerber; WG: Wählergemeinschaften.

Tab. 3: Sitzverteilung in den Kreistagen von Demmin, Müritz, Mecklenburg-Strelitz sowie in der Stadtvertretung Neubrandenburg 2009

	Gesamt	CDU	SPD	LINKE	FDP	Grüne	NPD	Sonst.
Neubrandenburg	43	13	9	13	3	2	1	2
Veränderung zu 2004		-1	0	0	+1	+1	+1	-2
Demmin	47	20	6	13	4	2	0	2
Veränderung zu 2004		-3	0	+2	+1	+1	0	-1
Müritz	47	13	12	8	4	3	1	6
Veränderung zu 2004		-4	+2	+1	+1	0	0	0
Mecklenburg-Strelitz	47	17	11	12	5	2	0	0
Veränderung zu 2004		-4	+1	+2	+1	+1	0	-1

Quelle: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern. Sonstige mit Einzelbewerbern.

Das Ergebnis in Mecklenburg-Strelitz liegt im Landestrend. Die CDU verlor zwar 7,2 Prozentpunkte, bleibt aber mit Abstand stärkste Kraft. Sie stellt 17 der 47 Kreistagsabgeordneten, statt 21 im vorherigen Kreistag. Alle anderen Parteien legten zu, die FDP mit 3,3 Prozentpunkten (fünf Sitze) am stärksten, womit sich die Liberalen als wichtiger politischer Akteur im Kreistag etablieren können. Die Linkspartei steigerte sich um 2,6 Prozentpunkte auf 24,8 Prozent. Zwar gewann die SPD erstmals seit 1994 wieder

Stimmen hinzu, muss aber die Position der zweitstärksten Partei erneut an die LINKE abgeben. Letztere nehmen im neuen Kreistag zwölf, die Sozialdemokraten elf Sitze ein. Die Grünen konnten 1,2 Prozentpunkte hinzugewinnen und stellen nun zwei Mitglieder des Kreistages. Die Wahlbeteiligung lag mit 51,1 Prozent über dem Landestrend und ist das höchste Ergebnis der Mecklenburgischen Seenplatte. Dieser Umstand könnte den Landratswahlen geschuldet sein. Die zweithöchste Wahlbeteiligung der Mecklenburgischen Seenplatte verzeichnet der Landkreis Müritz, in dem ebenfalls Landratswahlen stattfanden. Bei der Landratswahl in Mecklenburg-Strelitz konnte sich der Kandidat der CDU, Heiko Kärger in einer Stichwahl mit 50,6 Prozent knapp gegen den Kandidaten der LINKEN Arnold Krüger durchsetzen, nachdem die Hauptwahl mit 39 Prozent für Kärger, 31,8 Prozent für Krüger und 29,2 Prozent für den SPD-Kandidaten Andreas Butzki ausging.²⁶

5. Fazit und Ausblick

Die Kommunalwahl in der Region Mecklenburgische Seenplatte hat einmal mehr gezeigt, dass es deutliche Unterschiede zwischen den drei Landkreisen und Neubrandenburg gibt. Die Tendenz für den zukünftigen Kreis ist aber dennoch klar geworden. Wie die errechneten Ergebnisse aller vier Kreise zeigen, ist eine relative Dominanz der CDU wahrscheinlich, gefolgt von der LINKEN und SPD, die nahezu gleichauf liegen. Die Zugewinne der FDP und der Grünen sowie der je nach Region wichtigen Wählergemeinschaften und Einzelbewerber machen den künftigen Großkreis mit Blick auf das politische Kräfteverhältnis spannend. Strukturelle Mehrheiten, wie von der Union im Kreis Demmin, wird es nicht mehr geben. Dies wird nicht nur den Ausgang der Kommunalwahlen sondern, auch den der Wahlen in den Landtags- und Bundestagswahlkreisen offen gestalten.

26 Vgl. Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern.

Die Kommunalwahlen 2009 im nördlichen Vorpommern: Nordvorpommern, Rügen und Hansestadt Stralsund

Michael Maser/Christopher Scheele

1. Einleitung

Die Kreise Nordvorpommern, Rügen und die kreisfreie Hansestadt Stralsund gemeinsam zu betrachten legt nicht nur deren territoriale Nachbarschaft nahe, sondern insbesondere die geplante Zusammenlegung dieser Verwaltungseinheiten im Rahmen der anstehenden Kreisgebietsreform zu einem Landkreis Nordvorpommern. Dieser deckt sich mit der Wahlkreiseinteilung zur Bundestagswahl. Kanzlerin Angela Merkel konnte diesen seit 1990 jeweils direkt gewinnen. Dabei stellt die LINKE mit Kerstin Kassner auf Rügen seit 2001 die Landrätin. 2008 war es ihr gelungen diesen Posten mit einer überwältigenden Mehrheit von 68,3 Prozent zu verteidigen. Dies und vor allem der bundesweite Aufwärtstrend für die Linkspartei deuteten im Vorfeld der Wahl auf einen weiteren Ausbau der LINKEN-Hochburg Rügen hin. Vor diesem Hintergrund wurde deren Abschneiden mit Spannung erwartet. Für die SPD wurde hingegen von einigen Seiten eine extrem schwere Wahl befürchtet. In allen drei Wahlkreisen ist sie traditionell schwach, bei den vergangenen Landtagswahlen hatte sie kontinuierlich verloren. Hinzu kommt das desaströse Wahlergebnis von viereinhalb Prozent bei der Landratswahl auf Rügen im Jahre 2008. Zudem sprach der bundesweite Abwärtstrend der SPD nicht gerade für eine gute Ausgangsposition. All dies schien Hinweis für einen erneuten Tiefpunkt der Sozialdemokraten bei den Wahlen im nördlichen Vorpommern zu sein.¹

2. Ausgangslage

In Nordvorpommern ging die CDU mit einer komfortablen, absoluten Mehrheit von 27 Sitzen in die Wahl. Die zwei größten Gegengewichte bildeten SPD und LINKE mit sieben, respektive zehn Sitzen. Die FDP (drei Sitze) und Bündnis 90/Die Grünen (ein Sitz) waren nur schwach im Kreistag vertreten. Eine weitere Gruppe bildeten vier Wählergemeinschaften mit zusammen fünf Sitzen.² Die vergangene Wahlperiode in Nordvorpommern war vor allem durch die Debatte um die Kreisgebietsreform geprägt. Hierbei könnte Nordvorpommern zu den Gewinnern zählen, sodass die wohlwollende Haltung des Kreises wenig überrascht. So würde der Landkreis die aufstrebende Tourismusregion Rügen hinzu bekommen, ebenso die Werftstadt Stralsund. Damit würde einer der größten Landkreise im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern entstehen, was sowohl einen größeren Einfluss als auch ein höheres Gewicht Nordvorpommerns im Land zur Folge hätte. Darüber hinaus entstünde eine größere wirtschaftliche Bandbreite des sehr ländlich und agrarisch geprägten Kreises Nordvorpommern mit Tourismus, dem Fährhafen Sassnitz/Mukran und dem Wirtschaftsstandort Stralsund. Neben diversen positiven Effekten durch die Kreisgebiets-

1 Vgl. Die LINKE Rügen: Wahlergebnis Landratswahl Rügen 2008, http://www.kreis-rueg.de/media/custom/267_1706_1.PDF?La=1&object=med|267.1706.1 (10.08.2009).

2 Vgl. Landeswahlleiter Mecklenburg-Vorpommern: Endgültiges Ergebnis: Landkreis Nordvorpommern: http://www.Mecklenburg-Vorpommernnet.de/cgi-bin/staa-wahlen/wahlen2004/tabellen_anzeige/wahl2004.pl?Endg%FCltiges_ErgebnisxxxEK_57.htm (13.08.2009).

reform wirkt diese Entwicklung aber auch auf die Machtverteilung im Landkreis nach. Im aktuellen Reformentwurf ist zwar vorgesehen, dass die Kreisstadt des neuen Landkreises durch dessen Einwohner bestimmt werden soll, allerdings kann davon ausgegangen werden, dass Stralsund, als größte Stadt der Region, neue Kreisstadt wird. Dies würde eine Verlagerung des Zentrums des Landkreises Nordvorpommern nach Stralsund zur Folge haben. Dies bedeutet allerdings auch, dass die bisherigen Kreiszentren ihre exponierte Stellung aufgeben müssten und daher entsprechende Begehrlichkeiten für Kompensationen bei der Neuaufstellung des Landkreises entwickeln.³

In der Hansestadt Stralsund waren die Mehrheitsverhältnisse im Gegensatz zu denen in Nordvorpommern vor der Wahl relativ eindeutig. Die CDU hatte mit 14 Sitzen eine deutliche Mehrheit vor der LINKEN (acht Sitze) und der SPD (fünf Sitze). Die Gruppe der etablierten Parteien komplettierte die FDP mit zwei Sitzen. Die Wählergemeinschaften „Bündnis für Stralsund“ und „Forum Kommunalpolitik“ bildeten mit zusammen zehn Sitzen (jeweils fünf Mandate) eine weitere Großgruppe. Die rechtsextreme NPD mit zwei Sitzen und der Einzelbewerber Michael Adomeit komplettierten die Bürgerschaft.⁴ Letzterer erreichte 2004 dabei so viele Stimmen, dass ihm zwei Sitze zugestanden hätten. So blieb ein Mandat unbesetzt.

Wichtige Themen der vergangenen Wahlperiode waren u.a. das Verkehrsprojekt „Bundesstraße 96 neu“ (Rügendamm) und die Kreisgebietsreform. Beim erstgenannten Thema war Stralsund in einer komfortablen Situation. Während der Weiterbau auf Rügen nach wie vor stockte, ist der Abschnitt im Einzugsbereich Stralsunds bereits fertig gestellt und der Stauschwerpunkt auf die Insel verschoben.⁵ Zudem steht der Bau einer weiteren Umgehungsstraße zur Entlastung der Innenstadt vor seinem Abschluss. So kann Stralsund touristisch gesehen einen Nutzen aus den verbesserten An- und Abreisemöglichkeiten ziehen. In der Frage der Kreisgebietsreform kann die Hansestadt abermals profitieren: Auch wenn sie ihre Kreisfreiheit verlieren wird, gewinnt sie doch mit Rügen eine große Tourismusregion hinzu. Außerdem ist Stralsund als zukünftiger Verwaltungssitz des geplanten Großkreises vorgesehen.

Auf Rügen bestand eine bürgerliche Mehrheit von CDU (19 Sitze), FDP (sechs Sitze) sowie der Wählergemeinschaft „Bündnis für Rügen“ mit fünf Sitzen. SPD (fünf Sitze), LINKE (elf Sitze) sowie Bündnis 90/Die Grünen (ein Sitz) komplettierten den Kreistag (Tab. 1). Thematisch waren die letzten fünf Jahre im Landkreis Rügen u.a. vom Bau des Rügendamms, der Schulreform, der Vogelgrippe und der Kreisgebietsreform geprägt. Vor allem der Ausbau der „B96 neu“ war von fortwährenden Querelen zwischen Umwelt- und Wirtschaftsverbänden geprägt. Während die Umweltverbände dem Projekt sehr kritisch gegenüberstanden und es nach Fertigstellung der Brücke über den Strelasund zunächst ein Baumortorium für die weitere Straßenführung bis 2012 gibt, forderten die Wirtschaftsverbände den schnellstmöglichen Weiter- und Ausbau der Trasse.⁶ Verschärfend in der Diskussion ist die Tatsache, dass seit der Eröffnung der neuen Strelasundquerung die Verkehrsstaus nicht abgenommen sondern in ihrer Häufigkeit und Streckenlänge zugenommen haben. Von der Schulreform war Rügen ebenfalls betroffen. So musste das Ostseegymnasium Sassnitz kurz nach seinem zehnjährigen Bestehen wieder schließen, da die

3 Vgl. Landtag Mecklenburg-Vorpommern: Drucksache 5/2683: Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung zukunftsfähiger Strukturen der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Kreisstrukturgesetz), S. 129ff.

4 Vgl. Landeswahlleiter Mecklenburg-Vorpommern: Endgültiges Ergebnis: Hansestadt Stralsund: http://www.mvnet.de/cgi-bin/staa-wahlen/wahlen2009/wahl2009_anz.pl?K_WK05.htm (28.08.2009).

5 Vgl. Ralph Sommer: Brücke gesperrt: Rügen droht Dauerstau im Sommer, in: OZ, 06.02.2008, S.7.

6 Vgl. „Unternehmer drängen auf Baubeginn der B96n auf Rügen“, in: OZ, 04.09.2006, S.4.

Schule nicht bereit war, als Regionalschule weiterzubestehen. Vor allem für die Schüler des Nordens von Rügen hat dies Konsequenzen, da sich der Schulweg bis nach Bergen verlängert.⁷ Obwohl Rügen vom Ausbruch der Vogelgrippe 2006 betroffen war, und dabei der Landrätin Kassner (Die LINKE) ein schwaches Krisenmanagement bescheinigt wurde und schließlich das Land eingreifen musste,⁸ hatte dies dennoch keine weit reichenden Folgen für die Kommunalpolitik. Nach wie vor bewegt die Kreisgebietsreform die Gemüter auf Deutschlands größter Insel. Als Teil des ersten Entwurfs der alten rot-roten Landesregierung war zunächst geplant den Landkreis Rügen unter Verlust der Eigenständigkeit Nordvorpommern zuzuordnen. Geling es 2007 noch vor dem Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern dieses Vorhaben zu verhindern – die LINKE (in Person von Rügens Landrätin Kassner) und CDU hatten gegen den ersten Entwurf geklagt – so sieht auch der zweite Reformentwurf eine solche Zuordnung vor.⁹ Jedoch stellt sich die Ausgangssituation für Rügen diesmal deutlich schlechter dar. Zum einen existiert nunmehr eine konkrete Vorgabe durch das Urteil des Landesverfassungsgerichtes, welche die Angreifbarkeit der neuerlichen Vorlage deutlich reduziert. Zum anderen stammt diese Vorlage nunmehr von einem CDU-Minister in einer SPD/CDU-Koalition, was dazu führt, dass die LINKE in ihrem Widerstand einen wichtigen Verbündeten verloren hat. Es sollte nicht unerwähnt bleiben, dass in dieser Frage auch die regionale Rivalität zwischen Nordvorpommern und Rügen eine Rolle spielt, aber auch Machtkalkül. Der Landratsposten auf Rügen wird von der LINKEN, der in Nordvorpommern (CDU-Hochburg) von der CDU bekleidet. Hochrechnungen auf Basis der Landratswahlergebnisse lassen die Vermutung zu, dass im neuen Landkreis Nordvorpommern die LINKE den Landratsposten an die CDU verlieren könnte¹⁰ und somit auch aus diesem Grunde der Erhalt des Landeskreises Rügen für die LINKE von hohem Interesse sein dürfte.¹¹

3. Wahlkampf und Kandidaten

Der Wahlkampf in der Hansestadt Stralsund verlief ruhig und weitestgehend unauffällig. Wesentliche Veränderung gegenüber 2004 war die Tatsache, dass Michael Adomeit nicht mehr als Einzelbewerber antrat, sondern als gleichnamige Wählergemeinschaft. Sein Wahlergebnis hatte fünf Jahre zuvor für Aufsehen gesorgt. Bei den übrigen Parteien belief sich der Wahlkampf auf die Verteilung von Flyern und Plakatierungen. Online waren die Bemühungen um die Wähler etwas unterschiedlich. Während man bei der SPD vergebens suchte, warben CDU und LINKE auch im Internet, wenn auch nur mit wenigen Informationen. Im Gegensatz dazu stand die FDP, die in diesem Bereich das meiste Engagement tätigte. Insgesamt muss den Wahlkampf Bemühungen in der Hansestadt Stralsund ein schlechtes Zeugnis ausgestellt werden. Über die Parteigrenzen hinweg erwuchs der Eindruck, die Kommunalwahl werde von der gleichzeitigen Europawahl überlagert und laufe an den politischen Kräften teils vorbei. Im Lager der Kandidaten ließen sich auch keine

7 Vgl. Kreistag Rügen: Kreistag Rügen 2004 - 2009, Bergen auf Rügen 2009, S. 10.

8 Vgl. „VOGELGRIPPE AUF RÜGEN – Behörden fühlen sich überfordert“, veröffentlicht am 16.02.2006 auf <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,401283,00.html> (08.08.2009).

9 Vgl. Landtag Mecklenburg-Vorpommern: Kreisstrukturgesetz: S. 129ff.

10 Eigene Hochrechnung auf der Basis der letzten Landrats- und Oberbürgermeisterwahlen (ohne Stichwahlen). Die CDU käme dabei auf etwa 45 Prozent, die LINKE auf 36 Prozent. Zur Datenbasis: Vgl. http://www.statistik-mv.de/cms2/STAM_prod/STAM/de/start/_Landeswahlleiter/Landeswahlleiter/-kommunalwahlen/Direktwahlen/_DW-Uebersicht_nach_Wahlgebieten/index.jsp (28.08.2009).

11 Vgl. Ministerium des Inneren Mecklenburg-Vorpommern: Innenminister Caffier legt Gesetzentwurf zur Kreisgebietsreform vor: <http://www.mv-regierung.de/im/verwaltungsreform/redaktion/-download.php?id=43&type=file> (28.08.2009).

besonderen Aushängeschilder der Landespolitik ausfindig machen, so dass der Stellenwert, den die Parteien der Kommunalwahl beigemessen hatten, sich auch hier widerspiegelte.¹²

Auf der Insel Rügen hingegen fand ein Tourismus- und Wirtschaftswahlkampf statt, in dem auch immer wieder die Eigenständigkeit der Insel als Landkreis im Rahmen der anstehenden Kreisgebietsreform und der Abbau lokaler Institutionen wie Schulschließungen eine Rolle spielten. Hier war die LINKE treibende Kraft, die bereits bei der Klage gegen den ersten Versuch einer Reform eine treibende Rolle einnahm. Auch das Bündnis für Rügen und die FDP gingen den Weg der Tourismus- und Wirtschaftspolitik, die beide einen weiteren Ausbau der touristischen Nutzungsmöglichkeiten und der Infrastruktur vorsah, beispielsweise die verbesserte Anbindung des Fährhafens Sassnitz/Mukran und den Ausbau der Bundesstraße 96. Die FDP trat hier sogar als einzige Partei mit einem vollwertigen Wahlprogramm an, was die kommunalpolitischen Ambitionen unterstreicht. Zudem trat sie im Bezug auf die Internetpräsenz mit Abstand am professionellsten auf. Im Kreise der Kandidaten konnte die LINKE mit dem Sassnitzer Bürgermeister Dieter Holtz sogar mit einem echten Zugpferd der Partei antreten.¹³

In Nordvorpommern lag aufgrund der Größe des Wahlkreises eine besondere Situation vor. Es bewarben sich zahlreiche, relativ kleine Wählergemeinschaften, die jedoch wenig Anteil am Wahlkampfgeschehen hatten. Insgesamt schienen die Parteien in ihren Wahlkampf Bemühungen zurückhaltend und unter der ländlichen Struktur des Wahlkreises mit den weiten Entfernungen zu leiden. Fast schon erschien die Zurückhaltung der Parteien fatalistisch mit Blick auf die 51,3 Prozent Stimmenanteil der CDU im Jahr 2004.¹⁴

4. Wahlergebnisse¹⁵

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen 2009 zeigen in Nordvorpommern, Rügen und der Hansestadt Stralsund sehr verschiedene Entwicklungen in Bezug auf die Wahlen von 2004 und dem landesweiten Ergebnis. Zunächst differiert die Wahlbeteiligung vom Landestrend. Während diese im gesamten Bundesland durchschnittlich um 1,7 Prozentpunkte anstieg, verharrte sie in Nordvorpommern (+0,1 Prozentpunkte) beim 2004er Stand, in Stralsund (-0,8) und auf Rügen (-2,7) gingen sogar zum dritten Mal in Folge prozentual weniger Bürger zur Wahl als zuvor.

Nachdem die CDU in Stralsund 2004 erhebliche Verluste zu verkraften hatte, konnte sie ihr Ergebnis 2009 im völligen Kontrast zum Landestrend leicht verbessern. 32,0 Prozent bedeuten einen Zuwachs von 2,2 Prozentpunkten, Stralsund war damit der einzige Kreis mit einem Plus für die Union. Unter allen in der Hansestadt angetretenen Parteien ist dies zugleich die deutlichste Verbesserung. Die SPD verlor 1,2 Prozentpunkte und liegt nur noch bei 11,6 Prozent. Auch die LINKE büßte an Zustimmung ein, mit vier Prozentpunkten sogar am deutlichsten unter den etablierten Parteien. Der FDP gelang dagegen ein Zuwachs von 1,4 Prozentpunkten. Bündnis 90/Die Grünen traten erneut nicht an, sondern

12 Vgl. „92 Männer und 38 Frauen kandidieren für die Bürgerschaft“, in: OZ, Stralsunder Zeitung, 09.04.2009, S.9.

13 Udo Burwitz: „SOS - Nordrügen sucht Wahlhelfer“ In: OZ, Rügener Zeitung, 17.04.2009, S.9.

14 Jaekel, Almut: „190 Bewerber in sieben Wahlbereichen“ In: OZ, Stralsunder Zeitung, 17.04.2009, S.10.

15 Alle Wahlergebnisse: Landeswahlleiter Mecklenburg-Vorpommern: Kommunalwahl 2009: http://www.statistik-mv.de/cms2/STAM_prod/STAM/de/start/_Landeswahlleiter/Landeswahlleiter/-kommunalwahlen/2009/index.jsp (10.08.2009); Landeswahlleiter Mecklenburg-Vorpommern: Kommunalwahl 2004: http://www.statistik-mv.de/cms2/STAM_prod/STAM/de/start/_Landeswahlleiter/-Landeswahlleiter/kommunalwahlen/2004/index.jsp (10.08.2009).

kandidierten mehrheitlich auf der Liste der Wählergemeinschaft „Forum Kommunalpolitik“. Diese war eine von drei Wählergemeinschaften, denen der Einzug in die Bürgerschaft Stralsunds gelang. Während das Bündnis für Stralsund 2,1 Prozentpunkte hinzugewann, verlor das „Forum Kommunalpolitik“ 2,2 Prozentpunkte. Nachdem der Einzelbewerber Michael Adomeit 2004 bereits 4,4 Prozent erreichte und damit theoretisch zwei Bürgerschaftssitze hätte besetzen können, konnte seine Wählergemeinschaft diesmal weitere 1,4 Prozentpunkte auf sich vereinen. Zudem erfuhr die NPD einen Verlust von 0,8 Prozentpunkten auf 3,1 Prozent, wohl auch wegen der Kandidatur der Republikaner, die 0,7 Prozent erzielten. Die Zuwächse bei den bürgerlichen Parteien sowie die Verluste im linken Lager, besonders bei der LINKEN, führten dazu, dass CDU (jetzt 14 Sitze) und FDP (zwei Sitze) je einen Sitz hinzugewannen und die LINKE (acht Sitze) zwei verlor, während die SPD weiterhin fünf Sitze für sich beanspruchen kann. Hinzu kommen die Wählergemeinschaften Bündnis für Stralsund mit sechs Sitzen (plus einen Sitz), Forum Kommunalpolitik (minus einen Sitz), Adomeit (plus zwei Sitze), sowie die NPD, welche einen Sitz verloren hat.

Tab. 1: Vergleich der Wahlergebnisse der Bürgerschaftswahlen in Stralsund 2004 und 2009

	2004		2009		Veränderung in Prozent- punkten	Veränderung Sitze	Vergleich in Prozentpunkten landesweit
	Prozente	Sitze	Prozente	Sitze			
CDU	29,8	13	32,0	14	+2,2	+1	-7,0
SPD	12,8	5	11,6	5	-1,2	0	+0,2
Die LINKE	22,3	10	18,3	8	-4,0	-2	+1,4
FDP	3,5	1	4,9	2	+1,4	+1	+2,6
Bündnis für HST	10,6	5	12,7	6	+2,1	+1	-
Forum	10,9	5	8,7	4	-2,2	-1	-
Adomeit	-	-	5,8	2	+5,8	+2	-
REP	-	-	0,7	-	+0,7	0	-
NPD	3,9	2	3,1	1	-0,8	-1	+2,4
Einzelbewerber	6,2	1*	2,2	1	-4,0	0	-
Gesamt	-	42	-	43	-	-	-

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis des amtlichen Endergebnisses.

Einzelbewerber gesamt; Forum: Forum Kommunalpolitik; Bündnis für HST: Bündnis für Stralsund

* Den Sitz nahm 2004 Michael Adomeit ein, dem aufgrund des Ergebnisses von 4,4 Prozent sogar zwei Sitze zugestanden hätten. So blieb 2004 ein Sitz unbesetzt. 2009 trat Adomeit mit einer Liste an.

Wie bereits 2004 stellt sich auch 2009 der Kreistag von Rügen als sehr übersichtlich dar. Erneut gelang es nur fünf Parteien und einer Wählergemeinschaft die notwendigen Stimmenanteile zu erzielen. Den höchsten Stimmenzuwachs konnte dabei die FDP erzielen. Der Zuwachs um 4,1 Prozentpunkte auf nun 15,8 Prozent bedeuteten landesweit das beste Ergebnis der Liberalen und die Etablierung als drittstärkste Kraft auf der Insel. Trotz erheblicher Verluste (-7,4 Prozentpunkte) zog die CDU erneut als stärkste Partei in den Kreistag ein. Mit 33,7 Prozent lag sie immer noch deutlich vor der LINKEN mit 24,1 Prozent. Dies bedeutete einen leichten Zugewinn von 1,8 Prozentpunkten. Die SPD musste dagegen abermals Verluste hinnehmen, wenn auch mit 0,7 Prozentpunkten nur geringfügig. Jedoch muss hier das grundsätzlich geringe Stimmenniveau beachtet werden, auf dem sich die SPD bewegt (zehn Prozent). Einen leichten Stimmenzuwachs konnten Bündnis 90/Die Grünen verzeichnen. Nach 2,7 Prozent bei ihrem ersten Antreten 2004 waren es diesmal 3,5 Prozent der abgegebenen Stimmen. Den Kreistag komplettiert die Wählergemeinschaft „Bündnis für Rügen“, das 1,9 Prozentpunkte auf 12,4 Prozent zulegte, dies bedeutete zudem einen Sitz mehr.

Tab. 2: Vergleich der Wahlergebnisse der Kreistagswahlen auf Rügen 2004 und 2009

	2004		2009		Veränderung in Prozent- punkten	Veränderung Sitze	Vergleich in Prozentpunkten landesweit
	Prozente	Sitze	Prozente	Sitze			
CDU	41,1	19	33,7	16	-7,4	-3	-7,0
SPD	10,7	5	10,0	5	-0,7	0	+0,2
Die LINKE	22,3	11	24,1	11	+1,9	0	+1,4
FDP	11,7	6	15,8	7	+4,1	+1	+2,6
B'90/Die Grünen	2,7	1	3,4	2	+0,7	+1	+1,9
Bündnis für Rügen	10,5	5	12,4	6	+1,9	+1	-
Einzelbewerber*	1,0	-	0,5	-	-0,5	0	-
Gesamt	-	47	-	47			

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis des amtlichen Endergebnisses.

* Einzelbewerber gesamt.

Im Landkreis Nordvorpommern musste die CDU zwar den Verlust der absoluten Mehrheit hinnehmen, kam jedoch immer noch auf starke 48,0 Prozent nach 51,3 Prozent 2004. Dieser Verlust relativiert sich zudem, wenn bedacht wird, dass auch die beiden großen Parteien links der Mitte weniger Stimmenanteile verzeichnen konnten als 2004. Der Verlust fiel zwar mit 0,5 Prozentpunkten für die SPD auf 13,2 Prozent (2004: 13,7 Prozent) und 0,4 Prozentpunkten bei der LINKEN (von 18,8 Prozent auf 18,4) deutlich geringer aus, aber auch ausgehend von einem viel niedrigeren Niveau. Als Wahlgewinner kann sich die FDP fühlen, die 1,7 Prozentpunkte auf 7,4 Prozent hinzugewannen. Die Grünen, weiterhin weit von der Fünfprozentmarke entfernt, verzeichnen mit 2,8 Prozent immerhin ein Plus von 0,7 Prozentpunkten. Die NPD, aus dem Stand auf 3,1 Prozent der Stimmen gekommen, liegt nur leicht unter dem Landesschnitt und auf demselben Niveau wie in der Hansestadt Stralsund. Eine nicht ganz so große Rolle spielen in Nordvorpommern die Wählergemeinschaften. Verteilten sich in Rügen noch 12,9 Prozent und in Stralsund sogar 29,4 Prozent auf entsprechende Bewerber, waren es in Nordvorpommern lediglich 7,1 Prozent. Dabei ist aber besonders auf den Kreisbauernverband zu verweisen, welcher allein 3,3 Prozent für sich beanspruchen kann. Auffällig ist zudem, dass nicht ein Einzelbewerber angetreten war.

Die Verteilung der Sitze im neuen Kreistag weicht nur wenig von jener der alten ab. Die CDU musste ihren Stimmenverlust auch mit dem Verlust zweier Sitze bezahlen. Mit nunmehr 25 Sitzen verlor sie auch in der Kreisvertretung die absolute Mehrheit. Sowohl für die SPD als auch für die LINKE bedeutet der Verlust an Stimmenanteilen keine Veränderung der Sitzverteilung. Auch in den nächsten fünf Jahren ist die SPD mit sieben und die LINKE mit zwölf Abgeordneten im Kreistag Nordvorpommerns vertreten. Auch die Grünen (einer) sowie die beiden Wählergemeinschaften Bauernverband (zwei) und Prohn (einer) konnten ihre Sitze verteidigen. Einen Sitz hinzugewinnen konnte die FDP. Neu im Kreistag vertreten sind die NPD mit zwei Sitzen sowie die Freie Wählergemeinschaft Niepars mit einem Sitz.

Tab. 3: Vergleich der Wahlergebnisse der Kreistagswahlen in Nordvorpommern 2004 und 2009

	Prozente 2004	Sitze 2004	Prozente 2009	Sitze 2009	Veränderung in Prozent- punkten	Veränderung Sitze	Vergleich in Prozentpunkten landesweit
CDU	51,3	27	48,0	25	-3,3	-2	-7,0
SPD	13,7	7	13,2	7	-0,5	0	+0,2
Die LINKE	18,8	10	18,4	10	-0,4	0	+1,4
FDP	5,7	3	7,4	4	+1,7	+1	+2,6
B'90/Die Grünen	2,1	1	2,8	1	+0,7	+1	+1,9
WG Bauernverband	4,2	2	3,3	2	-0,8	0	-
WG Prohn	1,6	1	1,1	1	-0,5	0	-
WG Rettet Prerow	0,9	1	0,4	-	-0,5	-1	-
WG Wittenhagen	1,5	1	0,8	-	-0,7	-1	-
FWG Niepars	-	-	1,5	1	+1,5	+1	-
NPD	-	-	3,1	2	+3,1	+2	+2,4
Einzelbewerber*	0,3	-	-	-			
Gesamt	-	53	-	53			

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis des amtlichen Endergebnisses.

* Einzelbewerber gesamt.

5. Fazit

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass es in allen drei Wahlkreisen keine gravierenden Veränderungen gab. Nordvorpommern ist trotz des Verlustes der absoluten Mehrheit für die CDU weiterhin eine Hochburg, auch musste sie hier weitaus geringere Einbußen einnehmen als im Landesdurchschnitt. In der Hansestadt Stralsund konnten die Christdemokraten sogar zulegen. Auf Rügen hingegen blieb die Partei im Landestrend. Die SPD bleibt in Nordvorpommern, Rügen und Stralsund weit unter dem Niveau des Wahlergebnisses – das mit leichten Verlusten konstant blieb – einer Volkspartei. Auf Rügen ist sie nur noch fünftstärkste Kraft. Ein Absturz in den einstelligen Prozentbereich konnte nur knapp vermieden werden. Obwohl alle drei Wahlkreise Diaspora-Gebiete der SPD sind und die Sozialdemokraten traditionell bei Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern schwächer als bei den übrigen Wahlen abschneidet, muss das Ergebnis für die SPD auch im Landesvergleich als desaströs bezeichnet werden. Für die LINKE kann beobachtet werden, dass sie nicht vom bundespolitischen Aufwärtstrend und den sehr guten Ergebnissen der Landratswahlen des Jahres 2008 profitieren konnte. Vor allem auf Rügen wäre ein stärkeres Ergebnis zu erwarten gewesen.

Die FDP konnte auf Rügen von der Konzentration auf die Tourismus- und Wirtschaftspolitik profitieren. Dabei konnte die Partei offensichtlich auf eine stärkere Verankerung bauen und aus ihrem engagierten Wahlkampf Kapital schlagen. Die Höhe der Zugewinne speist sich aber auch aus dem bundespolitischen Trend zu Lasten der Union. Den Grünen gelang insgesamt ein gutes Ergebnis, besonders vor dem Hintergrund der schlechten Verankerung der Partei in Mecklenburg-Vorpommern. Der landesweite Aufwärtstrend ließ sich auch in den Ergebnissen in Nordvorpommern und auf Rügen ablesen. Die Wählergemeinschaften blieben bei teilweise leichten Zugewinnen insgesamt im Rahmen ihrer Möglichkeiten und weitestgehend stabil. Besondere Wählerwanderungen oder ein spezielles Protestwahlverhalten sind nicht ablesbar. Der NPD gelang zwar in Nordvorpommern der direkte Einzug in den Kreistag, in Stralsund musste sie allerdings einen Sitz abgeben und auf Rügen fehlten die Strukturen für eine Kandidatur. Für die gesamte Region des nördlichen Vorpommerns kann somit kein besonders hohes rechtsextremes Wählerpotenzial beobachtet werden.

Die anstehende Kreisgebietsreform wird die politischen Kräfteverhältnisse aller Voraussicht nach verändern. Ob dies jedoch, wie von einigen Parteien unterstellt, in einem übermäßigen Maß stattfinden wird, ist fraglich. Rechnet man die absoluten Zahlen der Ergebnisse von 2009 auf den neuen Landkreis Nordvorpommern, profitiert die CDU vor allem von ihrer jetzigen Hochburg Nordvorpommern. Ein Stimmenvorsprung wäre in jedem Fall sicher, eine absolute Mehrheit jedoch nicht erreichbar, da die Union in Stralsund und auf Rügen etwas schlechter aufgestellt ist. Die Christdemokraten wären jedoch weiterhin stärkste Kraft mit rund 40 Prozent. Die LINKE, die möglicherweise den Landratsposten verlieren könnte, wäre zweistärkste Kraft mit etwa 20 Prozent. Die SPD käme im neuen Landkreis auf ca. 12 Prozent, Stralsund und Nordvorpommern würden die schlechten Ergebnisse auf Rügen etwas verbessern. Die FDP käme auf rund 9 Prozent und die Grünen könnten von den guten Ergebnissen des Kommunalforums in Stralsund profitieren und etwas über 4 Prozent erreichen. Die übrigen Parteien sowie die zahlreichen Wahlbündnisse und Wählervereinigungen würden unter der Kreisgebietsreform leiden. Gerade lokal begrenzte Gruppen und Vereinigungen würden keine Sitze mehr gewinnen können und somit an Bedeutung verlieren. Machten diese 2009 noch fast 25 Prozent der Wählerstimmen in Stralsund aus, so wären es im Fall der Gebietsreform im Großkreis nur noch gut 14 Prozent.

Die Kommunalwahlen 2009 in der Hansestadt Wismar und dem Landkreis Nordwestmecklenburg

Martin Koschkar

1. Einleitung

Die Kommunalwahlen vom 7. Juni 2009 könnten für den Landkreis Nordwestmecklenburg und die kreisfreie Hansestadt Wismar von besonderer Bedeutung sein. Der Entwurf des Kreisstrukturgesetzes der Landesregierung – der zweite Anlauf zu einer vieldiskutierten Kreisgebietsreform – sieht vor, beide Gebietskörperschaften in einem Großkreis Nordwestmecklenburg aufgehen zu lassen. Sollte der Zeitplan des vom Innenministerium vorgelegten Gesetzesentwurfs eingehalten werden, würde die neu geschaffene Verwaltungsstruktur bereits bis September 2011 realisiert sein.¹ Ein neuer Kreistag für Nordwestmecklenburg würde dann im Zuge der Landtagswahlen im selben Jahr „mitgewählt“ werden. Eine gemeinsame Betrachtung der politischen Kräfteverhältnisse und der Kommunalwahl 2009 in der Region ist daher nahe liegend, auch um eventuelle Rückschlüsse über die politischen Mehrheiten im künftigen Großkreis treffen zu können.

2. Kommunalpolitische Kräfteverhältnisse

Die Hansestadt Wismar ist mit 45.012 Einwohnern die kleinste kreisfreie Stadt Mecklenburg-Vorpommerns. Im Landkreis Nordwestmecklenburg leben im Vergleich zu Wismar mit 118.677 Personen mehr als doppelt so viele Menschen. Der Landestrend einer sinkenden Bevölkerungszahl ist auch für das westliche Mecklenburg inklusive Wismar zu registrieren.² Die gewachsenen politischen Kräfteverhältnisse in der Hansestadt Wismar und dem Landkreis Nordwestmecklenburg weisen einige Gemeinsamkeiten, jedoch auch fundamentale Unterschiede auf. Beide Kreise liegen im „stärker urbanisierten“ westlichen Mecklenburg, welches allgemein Wahlergebnisse aufweist, die in einem Gegensatz zu den Resultaten im „agrarischen geprägten“ östlichen Vorpommern stehen.³ Die SPD ist in der Hansestadt Wismar seit 1990 stärkste Partei. Dies untermauert zwar die Aussage einer überdurchschnittlich starken mecklenburgischen SPD, stellt jedoch gleichzeitig aufgrund der besonderen Stärke der Partei eine Ausnahme im Land dar. 1994 konnten die Sozialdemokraten sogar die absolute Mehrheit aller Sitze in der Wismarer Bürgerschaft erringen. Zwar hat die Partei bei den Kommunalwahlen 1999 und 2004 jeweils rund sechs Prozentpunkte verloren, konnte aber dennoch auch 2004 mit 37,5 Prozent ein sehr gutes Ergebnis aufweisen und mit Abstand stärkste Partei bleiben. Nicht ohne Grund wird die Hansestadt als der

1 Entwurf des Kreisstrukturgesetzes und Informationen zur geplanten Verwaltungsreform unter: <http://www.mv-regierung.de/im/verwaltungsreform> (02.06.2009).

2 Strukturdaten der Hansestadt Wismar und des Kreises Nordwestmecklenburg nach Angaben des statistischen Landesamtes: Bevölkerungsentwicklung 1998-2007: Wismar -7 %; Nordwestmecklenburg -1,2 %.

3 Nikolaus Werz: Demokratie und Verfassung seit 1989, in: Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): Politische Landeskunde Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2006, S. 51-66, hier: S. 59.

„kommunale Leuchtturm für die Sozialdemokratie“⁴ in Mecklenburg-Vorpommern bezeichnet. Die CDU, im Landesergebnis seit 1990 führende Kraft auf kommunaler Ebene, ist in Wismar eher schwach und konnte bei keiner Kommunalwahl seit 1994 den Landesdurchschnitt der Union erreichen.

In Nordwestmecklenburg ist eine gegensätzliche Entwicklung zu finden. Die SPD erreichte bei den Landtagswahlen sowohl 2002 als auch 2006 die meisten Stimmen, verlor jedoch die Wahlen auf kommunaler Ebene seit 1999 eindeutig gegen die CDU. Dieser Wechsel entspricht dem Landestrend⁵, nur die Ergebnisse in Wismar bildeten mit der permanenten Dominanz der SPD bei allen Wahlen eine Ausnahme. Die LINKE konnte in beiden Landkreisen fast identische Ergebnisse erzielen, welche nur marginal vom Landesdurchschnitt der Partei bei der entsprechenden Kommunalwahl abweichen. Auch konnte sie diese Ergebnisse bei den Landtagswahlen bestätigen. Dies spricht für das konstante Wählerpotenzial der Partei in der Region.⁶

Tab. 1: Ergebnisse der Kommunalwahlen 1994 bis 2004 in Prozent

Wahlvorschlag	Hansestadt Wismar			Nordwestmecklenburg		
	1994	1999	2004	1994	1999	2004
CDU	19,2	26,1	22,6	27,2	38,1	39,9
SPD	48,8	42,9	37,5	34,2	26,8	19,6
LINKE	20	19,5	17,5	19,4	19,9	18,7
FDP	4,8	8,1	11,5	6,3	4,3	5,1
Grüne	3,5	2,3	2,5	3,9	1,6	3
EB	x	x	5,2	0,5	0,6	5
BV	x	x	x	6,2	7,5	8,7
Sonstige	3,6	1	3,1	x	1,1	x

Quelle: Angaben des Landeswahlleiters.

EB: Einzelbewerber; BV: Bauernverband ländlicher Raum Nordwestmecklenburg; LINKE: PDS später Linkspartei/Die LINKE.

Die „kleinen Parteien“ FDP und Grüne sind in beiden Gebietskörperschaften unterschiedlich stark. Die Grünen verbleiben seit 1994 in beiden Wahlkreisen unter der Fünf-Prozent-Marke und traten 2004 in Wismar mit nur einem Kandidaten an. Sie konnten aber durch den Wegfall der Fünf-Prozent-Hürde in beiden Vertretungen Mandate erringen.⁷ Die FDP, seit 1999 als Fraktion in der Bürgerschaft, konnte 2004 in Wismar, neben Rügen und dem Landkreis Bad Doberan, im Landesvergleich ein sehr gutes Ergebnis erzielen. Der Spitzenkandidat der FDP für die Landtagswahl 2006 und jetziger Fraktionsvorsitzender der Liberalen im Schweriner Landtag ist Michael Roolf, ein gebürtiger Wismarer und mehrere Jahre Mitglied der Bürgerschaft. In Nordwestmecklenburg erreichte die FDP jedoch seit 1994

4 Steffen Schoon: Die Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern, in: Steffen Schoon; Nikolaus Werz u.a. (Hrsg.): Die Kommunalwahlen 2004 in Mecklenburg-Vorpommern, Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, Heft 22, Rostock 2004, S. 6-20, hier: S. 12.

5 Vgl. ebd., S. 10.

6 Dies gilt für das gesamte Bundesland; siehe: ebd., S. 11.

7 Für Wismar: Nach der Wahl 2004 bildete Klaus-Peter Brandt (Grüne) zusammen mit dem Einzelbewerber Wilfried Boldt und einem Bewerber der Alternativen Jugendliga die Bürgerschaftsfraktion: „Die Neuen GBJ“.

kontinuierlich nur rund fünf Prozent. Hier konnte die Partei erst 2004 in den Kreistag einziehen. Sie bildete in der vergangenen Legislaturperiode eine gemeinsame Fraktion mit Sabine Dallmeier-Peschke, der gewählten Bewerberin der Grünen. Als eine weitgehend etablierte Wählergemeinschaft präsentiert sich im Landkreis Nordwestmecklenburg der seit 1994 im Grevesmühlener Kreistag vertretene „Bauernverband Ländlicher Raum Nordwestmecklenburg“ (BV). Der Verband, der zahlreiche Landwirte in seinen Reihen vereint, konnte sein Kommunalwahlergebnis stetig ausbauen und hält seit 2004 fünf Mandate im Kreistag. In Wismar sind keine relevanten Wählervereinigungen oder Wählergruppen zu finden. 2004 konnten nur der erstmals gewählte Einzelbewerber Wilfried Boldt und die Alternative Jugendliga (AJL) Mandate erringen.

Die Spitzen der hauptamtlichen Verwaltung – der Landrat in Nordwestmecklenburg und das Bürgermeisteramt in Wismar – sind fest in der Hand der SPD. In Nordwestmecklenburg amtiert seit 2008 Birgit Hesse. Sie löste Erhard Bräunig (SPD), Landrat seit 2001, ab und konnte sich bei der Direktwahl überraschend deutlich gegen den erfahrenen Landespolitiker Ulrich Born von der CDU durchsetzen. In Wismar ist die Dominanz der SPD bei der Besetzung des Bürgermeisteramtes noch auffallender. Rosemarie Wilcken amtiert seit 1990 und wurde bei ihrer zweiten Wiederwahl 2002 mit einem überragenden Ergebnis von 79,1 Prozent in ihrem Amt bestätigt.

Die allgemein schwache Verankerung der Parteien in Mecklenburg-Vorpommern⁸ zeigt sich auch in der Region Wismar/Nordwestmecklenburg. Gemessen an der Gesamtbevölkerung sind nur 0,8 Prozent der Bürgerinnen und Bürger Mitglied einer Partei. Auf den größten Kreisverband kann die CDU mit mehr als 500 Mitgliedern verweisen. Es folgen die LINKE mit knapp 400 und die SPD mit rund 300 Mitgliedern in der Region. Grüne und FDP verbleiben im zweistelligen Bereich.

3. Wahlperiode 2004 bis 2009

In der abgelaufenen Wahlperiode von 2004 bis 2009 standen in der Region verschiedene thematische Schwerpunkte im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Ein wichtiger Punkt waren die Überlegungen zu einer Kreisgebietsreform in Mecklenburg-Vorpommern. Nicht nur der erste Vorstoß der Landesregierung, welcher mit dem Urteil des Landesverfassungsgerichts im Juli 2007 scheiterte,⁹ stieß auf Widerstand aus der Region. Unter anderem war der Landkreis Nordwestmecklenburg an der entscheidenden Verfassungsklage gegen das Reformgesetz beteiligt, und auch die Bürgerschaft und Verwaltung der Hansestadt stellte sich geschlossen gegen den Entwurf.¹⁰ Der neue Anlauf aus dem Frühjahr 2009 wird von beiden Gebietskörperschaften ebenfalls kritisch gesehen. Im April 2009 sprach sich die Bürgerschaft der Hansestadt geschlossen gegen den Gesetzesentwurf und einen Zusammen-

8 Axel Glemser: Kommunales Wahlverhalten in Mecklenburg-Vorpommern, in: Nikolaus Werz/Hans Jörg Hennecke (Hrsg.), München 2000, S. 207-238, hier: S. 217.

9 Das Urteil des LVerfG MV unter: <http://www.landesverfassungsgericht-mv.de>; Zur Einordnung des Urteils grundlegend: Christiane Büchner u.a. (Hrsg.): Verfassungsrechtliche Anforderungen an Kreisgebietsreformen – Zum Urteil des Landesverfassungsgerichts Mecklenburg-Vorpommern, Potsdam 2008.

10 Beschluss der Bürgerschaft vom 17.02.2005; online abrufbar unter: <http://www.wismar.de> (11.08.2009).

schluss mit dem Landkreis Nordwestmecklenburg aus.¹¹ Auch in den lokalen Medien wurden die Nachteile einer Kreisfusion diskutiert. Hier wurden insbesondere die negativen finanziellen Aspekte für die Hansestadt bei Verlust ihrer Kreisfreiheit herausgehoben. Die Konsolidierung des Wismarer Haushaltes würde durch einen Zusammenschluss belastet werden.¹²

Ein Thema, das in der vergangenen Wahlperiode über die Landkreisgrenzen Nordwestmecklenburgs hinaus diskutiert wurde, war die Schließung des CD-Werkes in Dassow. Das 1998 gegründete Werk musste bereits 2007 erstmals Insolvenz anmelden und verkauft werden. Zum Jahreswechsel 2008/09 geriet es erneut in finanzielle Schwierigkeiten und war gezwungen, Ende Januar 2009 endgültig zu schließen. Über 1.000 Mitarbeiter verloren ihre Arbeitsplätze.¹³

Wirtschaftliche Themen, wie die Lage der Werft oder die Ansiedlung der Holzindustrie, spielten in der Hansestadt ebenfalls eine Rolle. Zusätzlich ist neben der urbanen Gesamtentwicklung insbesondere die weitere Entwicklung der historischen Altstadt hervorzuheben. Mit der Hansestadt Stralsund wurde auch Wismars geschichtlicher Stadtkern 2002 in die Reihe des UNESCO-Weltkulturerbes aufgenommen.¹⁴ Dieser Titel ist für Wismar auch aus Sicht der ansässigen Tourismuszweige ein wichtiges Prädikat. Die Sicherung des Status und eine im Sinne des Weltkulturerbe-Konzeptes positive Weiterentwicklung der historischen Altstadt Wismars, war ein häufig auftretender Diskussionspunkt in der Wismarer Bürgerschaft und der hauptamtlichen Verwaltung der Hansestadt.

Ein negatives Bild der Hansestadt zeichnete die bundesweite Medienberichterstattung über die Ausschreitungen am Rande einer Anti-NPD-Demonstration in Wismar im Sommer 2006. Die Fernsehbilder vermittelten den Eindruck einer überaus gewaltbereiten rechtsextremen Szene in der Hansestadt und ließen Fragen nach dem allgemeinen Potenzial des Rechtsextremismus in Wismar aufkommen. Die kommunalen Verwaltungsstellen und engagierte Bürger haben jedoch diese negativen Reportagen genutzt, um sich im Nachgang der Ereignisse offen mit der rechten Szene in der Hansestadt auseinanderzusetzen. Im April 2007 wurde die städtische Initiative „Wismar. Neugierig. Tolerant. Weltoffen.“ ins Leben gerufen.¹⁵ Die Aktion stellt sich konsequent gegen rechtsextremes Gedankengut und vermittelt die Werte einer offenen und toleranten Gesellschaft. Sie kann bis heute mehr als 2.500 Unterstützer verzeichnen und wird zusätzlich durch eine geschlossene Resolution der Wismarer Bürgerschaft unterstützt.

In der Wismarer Stadtvertretung wurde das Abstimmungsverhalten der vergangenen Wahlperiode von der „stillen großen Koalition“ zwischen SPD und CDU bestimmt, einem Phänomen, das insbesondere von den anderen Parteien der Bürgerschaft kritisiert wurde. Die LINKE wies in der vergangenen Wahlperiode ein wechselseitiges Abstimmungsverhalten auf und konnte sich noch am ehesten in der Opposition profilieren. Der FDP wurde auch

11 Beschluss auf der 51. Sitzung der Bürgerschaft am 26.03.2009; unter: <http://www.wismar.de> (11.08.2009).

12 Heike Werfel: Einstimmiges Nein zur Gebietsreform, in: OZ, Wismarer Zeitung, 27.02.2009, S. 9.

13 Steffen Oldörp: CD-Werk – Jetzt geht nichts mehr, in: OZ, Grevesmühlener Zeitung, 29.01.2009, S. 15.

14 <http://www.unesco.de> (01.06.2009).

15 Onlinepräsenz der Initiative: <http://www.neugierig-tolerant-weltoffen.de> (11.08.2009).

in der Öffentlichkeit ein Verhalten der „Opposition aus Prinzip“¹⁶ vorgeworfen und in der gemischten Fraktion der „Neuen GBJ“ stach nur der Einzelbewerber Wilfried Boldt heraus.¹⁷

4. Wahlvorschläge und Wahlkampf 2009

Die Kandidatenaufstellung für die Kommunalwahl 2009 erfolgte in der Region Wismar/Nordwestmecklenburg ohne Probleme. Für die 37 Mandate der Wismarer Bürgerschaft und die 53 Sitze des Grevesmühlener Kreistages wurden 324 Wahlvorschläge eingereicht. Insgesamt wurden in der Hansestadt im Vergleich zu 2004 18 Personen weniger nominiert, was einem Minus von 16 Prozent entspricht. Dennoch kamen auf jedes Mandat fast drei Bewerber. Zahlreiche Mandatsträger der vierten Wahlperiode stellten sich 2009 erneut. In den Reihen der Wahlvorschläge der Sozialdemokraten trat besonders Gerd Zielenkiewitz hervor. Zielenkiewitz, der seit 1990 in der Bürgerschaft sitzt und seit 2002 auch der Landtagsfraktion der SPD angehört, ist Präsident des Wismarer Stadtparlaments (ebenfalls seit 1990). Er konnte bei der Wahl 2004 40 Prozent aller SPD-Stimmen auf sich vereinen, ein einzigartiger Wert in der Hansestadt. Das größte Minus an Wahlvorschlägen verbuchte die FDP, die mit zehn Kandidaten weniger ins Rennen ging als 2004. Den größten Zuwachs verzeichneten die Grünen, welche sich etablieren konnten und nach der Bewerbung von Klaus-Peter Brandt als „Einzelbewerber“ im Jahr 2004 nun mit fünf Wahlvorschlägen antraten. Mit einem Altersdurchschnitt von 40 Jahren lagen die Kandidaten elf Jahre unter dem Mittelwert aller Wahlvorschläge in Wismar. Die Alternative Jugendliga, welche 2004 noch ein Mandat erringen konnte, trat nicht mehr an. Neben Wilfried Boldt, Mandatsträger seit 2004, stellten sich zwei weitere Einzelbewerber zur Wahl. Unter anderem Andreas Eigendorf, CDU-Mitglied, welcher sich kurzfristig nach Dissens mit den Gremien der Partei für eine Einzelkandidatur entschied.¹⁸ Die NPD reichte keine Wahlvorschläge ein. Der Senator für Bauwesen der Hansestadt, Michael Berkhahn (CDU), beurteilte in der lokalen Presse diese Entwicklung als einen Erfolg der städtischen Kampagne „Wismar. Neugierig. Tolerant. Weltoffen.“¹⁹

Im Landkreis Nordwestmecklenburg stellten sich im Vergleich zu 2004 insgesamt mit 232 Personen 13 Prozent mehr Bewerber zur Wahl. Alle Parteien, bis auf Grüne und Bauernverband, legten an Wahlvorschlägen zu. Ähnlich wie in Wismar traten zahlreiche Mandatsträger erneut an. Mit Jürgen Ditz und Olaf Claus, parteilose Bürgermeister der Kreisstadt Grevesmühlen bzw. des Ostseebades Boltenhagen, fanden sich zwei neue kommunale „Schwergewichte“ auf der offenen Liste der Sozialdemokraten wieder. Nach Aussage deren stellvertretenden Kreisvorsitzenden Michael Baetke war die SPD 2009 mit der guten Mischung aus „jungen Wilden und alten Hasen“²⁰ besser aufgestellt als 2004. Bei der CDU

16 Heiko Hoffmann: SPD – Lösung der Werftenkrise ohne FDP, in: OZ, Wismarer Zeitung, 07./08.02.2009, S. 11.

17 Meist mit bürgernahen Themen; vgl. Wilfried Oehlers: Bürger dürfen nicht alle Fragen stellen, in: OZ, Wismarer Zeitung, 05.03.2009, S. 11; oder auch noch kurz vor der Wahl als klare Opposition gegenüber der Bürgermeisterin (Bürgerschaft, Drucksache 0686-53/09).

18 Heike Werfel: Rechte kandidieren nicht für die Bürgerschaft, in: OZ, Wismarer Zeitung, 23.04.2009, S. 13.
19 Ebd.

20 Wilfried Erdmann: 1.000 Wahlhelfer gesucht, in: OZ, Grevesmühlener Zeitung, 13.03.2009, S. 11.

hingegen verabschiedete sich mit Kreistagspräsident Ulrich Born ein erfahrener Landespolitiker aus den Reihen der kommunalen Wahlvorschläge.²¹ Dennoch konnte die CDU sieben Bewerber mehr als noch 2004 aufstellen. Die LINKE, für die unter anderem Kreisgeschäftsführer Michael Heinze²² erneut antrat, wies mit 56 Jahren den höchsten Altersdurchschnitt einer Wahlliste in Nordwestmecklenburg auf. Die FDP konnte entgegengesetzt zu Wismar die Zahl ihrer Kandidaten fast verdoppeln. Die Liberalen lagen genau wie die Grünen mit einem Altersdurchschnitt von 49 bzw. 43 Jahren unter dem Altersschnitt aller Wahlvorschläge Nordwestmecklenburgs.

Erstmals trat im Landkreis die rechtsextreme NPD zu einer Kommunalwahl an. Die fünf Bewerber, an ihrer Spitze der mehrfach vorbestrafte Sven Krüger aus Jamel²³, wiesen mit Abstand den jüngsten Altersdurchschnitt auf. Die Landrätin Birgit Hesse (SPD) sah durch die Kandidatur der Partei die Möglichkeit, sich offen im Wahlkampf mit der NPD und rechtsextremem Gedankengut auseinanderzusetzen und somit die Demokratie nicht nur zu schützen, sondern auch zu stärken.²⁴

Tab. 2: Wahlvorschläge in der Hansestadt Wismar

HWI	SPD	CDU	LINKE	FDP	Grüne	AJL	EB	Gesamt
2004	33	26	18	24	1	3	5	110
2009	26	27	17	14	5	0	3	92
+/-	-7	+1	-1	-10	+4	-3	-2	-18
Alter*	53	54	52	47	40	-	45	51

Quelle: Stadtanzeiger – Amtliches Bekanntmachungsblatt der Hansestadt Wismar, 08/09, 25. April 2009.

* Durchschnitt gerundet nach Angabe der Jahrgänge in der öffentlichen Bekanntmachung der Wahlvorschläge.

Tab. 3: Wahlvorschläge in Nordwestmecklenburg

NWM	CDU	SPD	LINKE	FDP	Grüne	BV	NPD	Sonstg.	Gesamt
2004	51	49	50	12	6	30	0	7	205
2009	58	51	59	23	3	23	5	10	232
+/-	+7	+2	+9	+11	-3	-7	+5	+3	+27
Alter*	53	52	56	49	43	50	29	60	52

Quelle: Bekanntmachung des Kreiswahlleiters Nordwestmecklenburg vom 27. April 2009.

* Durchschnitt gerundet nach Angabe der Jahrgänge in der öffentlichen Bekanntmachung der Wahlvorschläge.

21 Michael Prochnow: Ulrich Born verabschiedet sich von Kreispolitik, in: OZ, Grevesmühlener Zeitung, 06./07.06.2009, S. 11.

22 Mit Kurt Fiedler (Linke), Manfred Stein (SPD), Hans-Peter Gossel (BV) und Michael Heinze (Bürgermeister Schönberg seit 2004) wurden vier Kreistagsmitglieder als ehemalige Inoffizielle Mitarbeiter des MfS entlarvt. Die offizielle Überprüfung aller Kreistagsmitglieder lief seit 2005. Rechtliche Konsequenzen blieben aus, da keine Regelung für ehemalige IM-Tätigkeiten von Kommunalpolitikern getroffen wurde. Vgl.: Michael Prochnow: Kreistagsabgeordnete als Stasi-Spitzel entlarvt, in: OZ, Grevesmühlener Zeitung, 22.05.2009, S. 10.

23 Diskussionen zur NPD-Kandidatur: Michael Prochnow: Ärger um NPD-Unterlagen, in: OZ, Grevesmühlener Zeitung, 23.04.2009, S. 15. Michael Prochnow: Vorbestrafter NPD-Mann will in den Kreistag, in: OZ, Grevesmühlener Zeitung, 06./07.06.2009, S. 11.

24 „Nordwestmecklenburg: 493 Wahlvorschläge für den Kreistag“, in: OZ, Grevesmühlener Zeitung, 08.04.2009, S. 12.

Als Bestandteil des Wahlkampfes entwarfen fast alle Parteien im Vorfeld der Kommunalwahl eigene lokale Wahlprogramme.²⁵ Die SPD in Wismar beschreibt in ihrem Programm die erreichten Erfolge. Durch den Slogan „Wismar kann noch mehr!“, der sich wie ein roter Faden durch das Zehn-Punkte-Programm zieht, verweist die Partei auch auf die Zukunft. Als besondere Schwerpunkte werden die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen, Bildung und die Stärkung des sozialen Miteinanders in der Hansestadt betont.²⁶ Grundlage des Wahlprogramms der CDU waren die kommunalpolitischen Leitsätze der Partei, die am 8. November 2008 auf dem Landesparteitag in Rostock verabschiedet wurden. Der Stadtverband Wismar spezifizierte die Leitlinien mit einem eigenen Programm mit Blick auf die Besonderheiten Wismars als Weltkulturerbe und die Bedeutung der Altstadtentwicklung. Das Wahlziel lautete mit Abstand stärkste Partei in der Hansestadt zu werden.²⁷ Die Kreisverbände der LINKEN formulierten getrennte Programme für Hansestadt und Landkreis. Das elf Punkte umfassende Programm für Nordwestmecklenburg beinhaltete ein weites kommunalpolitisches Spektrum. Unter anderem wurde die Senkung der Kreisumlage für 2010 angestrebt. Für die Hansestadt wurde die Stadtentwicklung betont, welche mit einer Wiederbelebung der Agenda 21 einhergehen soll. Zusätzlich sprach sich die Partei gegen weitere Privatisierungen aus.²⁸ „Nordwestmecklenburg und die Hansestadt Wismar beGrünen“ lautete der Slogan von Bündnis 90/Die Grünen. Das Programm umfasst zahlreiche Punkte und betont neben eindeutig „grünen“ Themen auch die Bedeutung von Volksbegehren.²⁹ Die FDP verabschiedete für den Landkreis Nordwestmecklenburg ein Neun-Punkte Wahlprogramm. Die Forderung nach Bürokratieabbau geht mit der Zielsetzung einher, die Landkreisverwaltung in Zukunft nur noch auf die Kernaufgaben zu beschränken und so den Spielraum und die Verantwortung der einzelnen Gemeinden zu stärken.³⁰

Ein wichtiger Teil des aktiven Wahlkampfes gestaltete sich im direkten Kontakt mit den Bürgern. Wahlplakate spielten hierbei weiterhin eine bestimmende Rolle. Alle demokratischen Parteien und Vereinigungen außer der CDU Nordwestmecklenburg und dem Bauernverband nutzten diese Möglichkeit der Wahlwerbung³¹ in der Region, und auch speziell die NPD sprach so, gebietsweise mit einer wahren Plakatflut, potenzielle Wähler an.³² Zusätzlich zu dieser passiven Form des Wahlkampfes wurde an zahlreichen Informationsständen und bei lokalen Festen das aktive Gespräch mit den Wählern gesucht.³³

Auffällig ist, dass neben parteipolitischen Veranstaltungen in der Region auch zahlreiche Aktivitäten zum Verständnis von Demokratie und Wahlen stattfanden. Neben Planspielen in Schulen gaben auch öffentliche Initiativen, wie das Projekt „Sag deine Meinung zur De-

25 Nicht jeder Kreisverband bzw. jede/r Wählervereinigung/Einzelbewerber verfasste ein eigenes Wahlprogramm. Im Folgenden soll exemplarisch auf die vorhandenen Programme eingegangen werden.

26 Wahlprogramm der SPD Wismar unter: <http://www.spd-westmecklenburg.de> 01.06.2009.

27 Wahlprogramm der CDU Wismar unter: <http://www.cdu-wismar.de/> 01.06.2009.

28 Die Linke: Wahlprogramme für HWI und NWM, beide unter: <http://www.die-linke-hwi.de> 01.06.2009.

29 Wahlprogramm Grüne unter: <http://www.gruene-wismar.de> 01.06.2009.

30 <http://www.liberales-vor-ort.de> (01.06.2009).

31 Weiterhin wurden zahlreiche Flyer, Zeitungsannoncen und Sonderausgaben von Parteizeitungen veröffentlicht.

32 Zur gezielten Plakatierung der NPD in Nordwestmecklenburg: Michael Prochnow, in: OZ, Grevesmühlener Zeitung, 06./07.06.2009, S. 11.

33 Heike Werfel: SPD und CDU wollen Sieg, Linke dritten Platz verteidigen, in: OZ, Wismarer Zeitung, 30./31.05.2009, S. 11.

mokratie“ oder ein „Festival der Demokratie“ Anfang Mai 2009 in der Hansestadt Wismar den Bürgern zahlreiche Partizipationsmöglichkeiten und warben allgemein für die Kommunalwahl.³⁴ Dennoch soll dies nicht über ein vorhandenes Desinteresse in der Bevölkerung hinwegtäuschen: eine Podiumsdiskussion Mitte Mai von Kandidaten in Wismar wurde beispielsweise nur schlecht besucht.³⁵ Die Parteien und Wählervereinigungen zogen jedoch ein positives Fazit des Wahlkampfes und gingen mit der Erwartung von Zugewinnen in die Wahl.³⁶

5. Kommunalwahlergebnisse 2009

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen 2009 in der Hansestadt Wismar und dem Landkreis Nordwestmecklenburg weisen keine besonderen Überraschungen auf. Ein positiver Trend ist bei der Entwicklung der Wahlbeteiligung zu registrieren. In der Hansestadt stieg die Wahlbeteiligung um sieben Prozentpunkte (auf 42,6 Prozent), dem zweithöchsten Zuwachs im Landesvergleich nach der Hansestadt Rostock. Dennoch liegt die Quote der Wismarer Wähler noch vier Prozentpunkte unter dem Landesschnitt. Auch im Landkreis ist eine steigende Wahlbeteiligung zu verzeichnen. Mit 51 Prozent liegt Nordwestmecklenburg hierbei fast fünf Prozentpunkte über dem Landesmittel. In der Region ist somit erstmals seit 1994 keine sinkende Wahlbeteiligung bei einer Kommunalwahl festzustellen. Dennoch scheinen die Quoten auch mit Hinblick auf die Beteiligung bei anderen nationalen Wahlen, den Ruf der Kommunalwahlen als „Nebenwahlen“³⁷ zu bestätigen.

Tab. 4: Wahlbeteiligung in Wismar und Nordwestmecklenburg im Vergleich zum Landesdurchschnitt (in Prozent)

	Kommunalwahlen				Landtagswahlen			Bundestagswahlen*	
	1994	1999	2004	2009	1998	2002	2006	2002	2005
HWI	58,6	42,4	35,6	42,6	78,7	71,3	58,5	70,9	71,2
NWM	65,9	52,7	48	51,0	78,1	69,7	58,6	70,9	71,2
MV	65,7	50,5	44,9	46,6	79,4	70,6	59,1	70,6	71,2

Quelle: Amt für Statistik Mecklenburg-Vorpommern; eigene Darstellung;

* Wismar und Nordwestmecklenburg bilden zusammen mit dem Landkreis Parchim einen Wahlkreis.

In Wismar sind keine spektakulären Verschiebungen der politischen Kräfteverhältnisse zu finden. In der Gewinne-Verluste-Analyse muss die SPD mit 3,1 Prozentpunkten das stärkste Minus hinnehmen, bleibt jedoch mit 34,4 Prozent auf einem sehr hohen Niveau und verzeichnet mit einem Abstand von fast acht Prozentpunkten das beste Kreisergebnis der Sozialdemokraten bei den Kommunalwahlen. Weiterhin wiederholen sich mit diesem Ergebnis nicht die Verluste der vergangenen beiden Wahlen (siehe Tab. 1). Unter den Kandi-

34 Unter anderem: Ulrike Oehlers: Netzwerk plant Plakataktion, in: OZ, Wismarer Zeitung, 24.03.2009, S. 11.; Festival der Demokratie (N. H.: Großes Demokratie-Festival auf dem Marktplatz, in: OZ, Wismarer Zeitung, 11.05.2009, S. 11.

35 Heike Werfel: Kandidaten im Kreuzverhör, in: OZ, Wismarer Zeitung, 20.05.2009, S. 11.

36 Zu den Wahlzielen in der Presse: vgl.: Wilfried Erdmann, in: OZ, Grevesmühlener Zeitung, 05.06.2009, S. 9; Heike Werfel, in: OZ, Wismarer Zeitung, 30./31.05.2009, S. 11.

37 Axel Glemser: Kommunales Wahlverhalten in Mecklenburg-Vorpommern, in: Nikolaus Werz/Hans Jörg Hennecke (Hrsg.), München 2000, S. 207-238, hier: S. 207.

daten sticht erneut Gerd Zielenkiewitz hervor. Er ist der einzige Bewerber in der Hansestadt, der in allen vier Wahlbereichen über 1.000 Wählerstimmen erhält. Insgesamt holte er 4.851 (31 Prozent) der rund 15.600 Stimmen der SPD in Wismar. Neben Zielenkiewitz wurden mit Sabine Sturbeck und Josef Seewald (beide SPD) zwei weitere Kommunalpolitiker bereits zum fünften Mal in Folge in die Bürgerschaft gewählt. Die Sozialdemokraten gewannen bis auf eine einzige Ausnahme alle Wahlbezirke der Hansestadt, was erneut die Dominanz der Partei unterstreicht.

Die CDU fuhr mit 21,1 Prozent das zweitschwächste Wahlkreisergebnis der Union ein und bleibt deutlich hinter den im Wahlprogramm formulierten Zielen zurück. Sie verliert damit neben der SPD einen Sitz in der Bürgerschaft. Auch in der personellen Durchmischung erlebt die CDU in Wismar den stärksten Wandel. Während bei den anderen Fraktionen zahlreiche wiedergewählte Mandatsträger zu finden sind, überwiegt bei der Union der Anteil neuer Stadtvertreter (drei zu fünf). Die LINKE liegt in Wismar knapp unter dem Landesergebnis der Partei. Die leichten Gewinne reichen jedoch nicht für das Erringen eines zusätzlichen Mandates.

Das schwächste Ergebnis in einer kreisfreien Stadt verzeichneten die Wismarer Grünen, denen der Einzug als Fraktion in die Bürgerschaft trotz leichter Gewinne misslang. Die beiden Mandatsträger bilden in der neuen Wahlperiode zusammen mit dem Einzelbewerber Andreas Eigendorf die „Bürgerfraktion“. Die FDP verharrt nahezu bei ihrem 2004er Ergebnis. Die durchschnittlichen Zuwächse der Liberalen auf Landesebene konnten in Wismar nicht erreicht werden. Hervorzuheben ist das Resultat des Einzelbewerbers Wilfried Boldt. Mit 2.423 Stimmen erreichte er 5,3 Prozent und zwei mögliche Sitze. Die Gewinne scheinen Boldt in seiner offenen Gegnerschaft zur Wismarer Bürgermeisterin zu bestätigen. Es bleibt abzuwarten, wie sich dieses Verhalten weiterentwickelt, und ob der Einzelkandidat die Kompromissfähigkeit besitzt, zukünftig sein Wählerpotenzial für eine eventuelle „Liste Boldt“ zu nutzen.

Tab. 5: Ergebnis der Kommunalwahlen 2009 in Wismar

	Bürgerschaftswahl 2009			Veränderung zu 2004	
	Stimmen	Prozent	Mandate	Prozentpkt.	Mandate
SPD	15.655	34,4	13	- 3,1	-1
CDU	9.613	21,1	8	- 1,5	-1
LINKE	8.990	19,8	7	+ 2,3	0
FDP	5.359	11,8	4	+ 0,3	0
Die Grünen	2.045	4,5	2	+ 2,0	+1
EB Bolt	2.423	5,3	1	+ 2,7	0
EB Eigendorf	880	1,9	1	+ 1,9	+1
EB Exner	492	1,1	-	+ 1,1	-

Quelle: Angaben des Landeswahlleiters.

Im Landkreis Nordwestmecklenburg verlor die CDU mit 8,2 Prozentpunkten mit Abstand den größten Stimmenanteil, erreichte jedoch mit 31,7 Prozent gemessen am sehr hohen Ergebnis von 2004 und dem allgemeinen Landestrend ein vertretbares Wahlergebnis. Dennoch verlor die Unionsfraktion vier Sitze im neuen Kreistag und musste allgemein zum ersten Mal seit 1994 Verluste bei einer Kommunalwahl in Nordwestmecklenburg registrieren. Als Wahlgewinner können neben der FDP, welche den positiven Landestrend umsetzt-

te und zwei zusätzliche Mandate gewann, auch die Sozialdemokraten gelten. Der angekündigte „Rückenwind“ der Landratswahlen 2008 schlug sich im Kommunalwahlergebnis mit einem Zuwachs von 3,9 Prozentpunkten und drei zusätzlichen Mandaten nieder. Damit stoppte die SPD ihre Negativentwicklung im Landkreis und gewann erstmals seit 1994 wieder an Stimmenanteilen.

Tab. 6: Ergebnis der Kommunalwahl 2009 im Landkreis Nordwestmecklenburg

	Kommunalwahl 2009			Veränderung zu 2004	
	Stimmen	Prozent	Mandate	Prozentpkt.	Mandate
SPD	33.861	23,5	13	+ 3,9	+3
CDU	45.763	31,7	17	- 8,2	-4
LINKE	29.332	20,3	11	+ 1,7	+1
FDP	12.140	8,4	5	+ 3,3	+2
Die Grünen	5.477	3,8	2	+ 0,8	+1
Bauernverb.	7.671	5,3	3	- 3,4	-2
NPD	4.784	3,3	2	+ 3,3	+2
Sonstige*	5.195	3,6	-	- 1,4	-3

Quelle: Endgültige Ergebnisse des Landeswahlleiters unter: <http://www.mvnet.de/> (Stand: 29. Juli 2009).

* Insges. fünf Einzelbewerber und drei Wählergruppen, die einzeln nicht über 1,0 Prozent erreichten.

Die LINKE bestätigte ihr solides Wählerpotenzial und errang ein zusätzliches Mandat.³⁸ Eine Wahlschlappe musste hingegen der Bauernverband hinnehmen, welcher erstmals seit 1994 Verluste bei einer Kommunalwahl einfuhr und zwei Mandate verlor. Die Grünen erhielten zwar ein zweites Mandat, verblieben jedoch mit nur 3,8 Prozent der Stimmen unter dem Landesergebnis der Partei. Sie bilden in der neuen Wahlperiode eine gemeinsame Fraktion mit dem Bauernverband.

Erstmals gelang der rechtsextremen NPD der Einzug in den Grevesmühlener Kreistag. Mit rund 4.700 Stimmen erreichten die Rechtsextremisten 3,3 Prozent und zwei Mandate. In keinem Wahlbereich des Landkreises konnte die Partei die Fünf-Prozent-Marke überschreiten. Anders als in der Hansestadt Wismar spielen im Landkreis Einzelbewerber und weitere Wählergruppen keine Rolle.

6. Fazit und Ausblick – Der Großkreis Nordwestmecklenburg

Die Hansestadt Wismar steht weiter als fester „Leuchtturm der Sozialdemokratie“ in den bisweilen stürmischen Wetter der mecklenburgischen Kommunalpolitik. Ein fundamentaler Politikwechsel ist nicht zu erwarten. Der Ausgang der Bürgermeisterwahl 2010 wird die Entwicklung der kommenden Legislaturperiode jedoch stark beeinflussen. Es bleibt abzuwarten, wie sich ein (sozialdemokratischer) Bewerber nach der „Ära Wilcken“ an der Spitze der hauptamtlichen Verwaltung im Wechselspiel mit der Bürgerschaft profilieren kann. In Nordwestmecklenburg haben sich mit der Kommunalwahl von 2009 die Ergebnisse von 2004 normalisiert. Die SPD bestätigt den Ausgang der Landratswahlen und die Union verliert erwartungsgemäß das überragende Niveau von 2004. LINKE und Sozialdemokraten haben zusammen wieder eine Mehrheit gegenüber der CDU. Trotzdem sind die politischen

³⁸ Auch Michael Heinze gehört erneut der Kreistagsfraktion an. Seine gleichzeitige Wiederwahl als Bürgermeister in Schönberg (71 Prozent) sorgte im Nachgang der Wahl für einen Dissens auf Gemeindeebene im Bezug auf die IM-Tätigkeit Heinzes.

Kräfteverhältnisse auch durch den Einzug der rechtsextremen NPD komplexer geworden. Es wird sich zeigen, inwiefern die demokratischen Parteien in der Lage sind, sich adäquat mit der NPD auseinanderzusetzen.

Die Mehrheitsverhältnisse in der Region könnten bereits Mitte der Wahlperiode durch die angestrebte Kreisgebietsreform neu geordnet werden. In einer Addition der Ergebnisse von 2009 in Hansestadt und Landkreis würde sich für den Kreistag eines eventuellen Großkreises Nordwestmecklenburg ein anderes Bild ergeben.³⁹ Mit rund 29 Prozent und 14 Mandaten würde die CDU knapp vor der SPD (26 Prozent, zwölf Mandate) und der LINKEN (20 Prozent, zehn Sitze) liegen. Die FDP (neun Prozent, vier Mandate), die Grünen und Bauernverband (beide vier Prozent, zwei Sitze), würden genau wie die NPD (2,5 Prozent, ein Mandat) und ein potenzieller Einzelbewerber den Einzug schaffen. Aus der Reform würde dementsprechend die Sozialdemokratie auf Kreisebene geschwächt hervorgehen und der „Leuchtturm“ Wismar nur noch von lokaler Bedeutung sein. Dennoch sind die Ergebnisse der großen Parteien eng beieinander und das Rennen um die stärkste Kraft bei einer gemeinsamen Kommunalwahl 2011 in der Region Nordwestmecklenburg scheint auch mit Rückblick auf die Wahlen 2009 in Hansestadt und Landkreis relativ offen.

39 Zahlen nach eigener Berechnung auf Basis der Kommunalwahlergebnisse 2009.

Die Kommunalwahlen 2009 in der Region Mittleres Mecklenburg: Bad Doberan und Güstrow

Stefan Posselt/Roman Stieler/Philipp Stolzenberg

1. Einleitung

Die Landkreise Bad Doberan und Güstrow sollen nach Planung der Landesregierung zum Kreis Mittleres Mecklenburg fusionieren. Insofern war die Kreisgebietsreform im Vorfeld der Kommunalwahlen 2009 ein vieldiskutiertes Thema, wobei ein wesentlicher Streitpunkt der künftige Sitz der Kreisstadt war. Die Bedenken der Bad Doberaner Lokalpolitik gingen jedoch darüber hinaus: „Bad Doberan will keine arme Braut“.¹ Die Befürchtungen betrafen die öffentliche Verschuldung sowie die höheren Arbeitslosenzahlen in Güstrow. Die Konfliktlinien des Wahlkampfes verliefen daher eher zwischen den beiden Landkreisen als zwischen den Parteien.

2. Ausgangsbedingungen

Schon bei den Kommunalwahlen 2004 wies der Kreis Güstrow die geringste Wahlbeteiligung von allen Landkreisen (43,7 Prozent) auf, wobei lediglich in den kreisfreien Städten noch weniger gewählt wurde. Im Landkreis Bad Doberan war die Wahlbeteiligung 2004 dagegen die zweithöchste im gesamten Land (49,4 Prozent). In beiden Kreisen etablierte sich die CDU seit 1994 als stärkste kommunalpolitische Kraft. Die SPD folgt erst mit deutlichem Abstand, der 2004 besonders ausgeprägt war. Ein geringer Vorsprung vor der damaligen PDS konnte jedoch behauptet werden. Im Kreis Güstrow ging man lange Zeit von einem „roten“ Westen und einem „schwarzen“ Osten des Landkreises aus. Allerdings zeigte der Trend von 2004 eher in die Richtung einer Vorherrschaft der CDU. Es bleibt jedoch ein Stadt-Land-Gefälle, wobei die Christdemokraten auf dem Land und in kleinen Städten wie Laage oder Gnoien erfolgreich waren. Nicht zu übersehen sind hingegen ihre Schwierigkeiten in Güstrow oder Teterow, wo die Union zwar stärkste Kraft war, aber SPD (in Güstrow) bzw. PDS (in Teterow) beachtliche Ergebnisse einfuhren.² Auch im Kreis Bad Doberan konnte die CDU ihre Spitzenposition schrittweise ausbauen. Die SPD konnte 2004 lediglich einige kleinstädtische Hochburgen (Graal-Müritz und Rerik) behaupten. Im ländlichen Bereich, aber auch in einigen Städten (insbesondere Kühlungsborn und Neubukow) landete sie zumeist abgeschlagen auf dem zweiten Rang. Freilich gelang es den Sozialdemokraten 2004 in fast allen Gemeinden einen Abstand auf die PDS zu wahren. Ausnahmen bildeten lediglich einige kleinere Gemeinden und die Stadt Schwaan. Interessant ist, dass trotz CDU-Vorherrschaft in den Kreistagen die Landräte beider Kreise Lutz da Cunha (Güstrow) und Thomas Leuchert (Bad Doberan) aus den Reihen der SPD stammen. Bei den letzten Landratswahlen im Landkreis Bad Doberan 2008 verzichtete die

1 Claudia Röhr/Frank Pubantz: Doberan will keine arme Braut, in: Schweriner Volkszeitung, Bützower Zeitung, 19.07.2008, S. 19.

2 Vgl. Christian Schwießelmann: Die Europa- und Kommunalwahlen im Landkreis Güstrow, in: Steffen Schoon u.a.: Die Kommunalwahlen 2004 in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2004 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 22), S. 33-45, hier: S. 35.

CDU sogar auf einen eigenen Kandidaten. In Güstrow stellte sie den Parteilosen Manfred Wimmer auf.³

Bündnis90/Die Grünen erreichten 2004 in beiden Landkreisen jeweils zwei Sitze. Die FDP sorgte besonders im Landkreis Bad Doberan für Aufsehen, indem sie 11,6 Prozent der Stimmen und sechs Kreistagssitze eroberte. Auffällig sind dabei die regionalen Schwankungen der FDP-Ergebnisse. So erhielt sie in ihrer Hochburg, dem Wahlbereich Sanitz/Tessin Land/Tessin Stadt, 25,4 Prozent der Stimmen, während sie im Wahlbereich Neubukow-Salzhauff/Neubukow Stadt lediglich 3,2 Prozent erzielte.

Neben den etablierten Parteien errangen 2004 die Partei Bibeltreuer Christen und die Bürgerpartei M-V je einen Sitz sowie die Freie Wählergemeinschaft zwei Mandate. Zusätzlich kamen zwei Einzelbewerber in den Güstrower Kreistag, darunter der Teterower Bürgermeister Reinhard Dettmann. In Bad Doberan erlangten lediglich zwei Einzelbewerber sowie die Bürgerunion M-V genügend Stimmen für einen Kreistagssitz.

Tab. 1: Ergebnisse der Kreistagswahlen in Güstrow und Bad Doberan 1994 bis 2004

Güstrow	1994		1999		2004	
	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%
CDU	18	31,9	21	36,3	21	40,0
SPD	15	26,4	16	27,7	11	21,2
PDS	12	21,1	11	18,8	10	18,6
FDP	0	4,8	3	5,0	2	3,8
B'90/Die Grünen	4	7,9	-	3,4	2	2,9
UBB	3	5,0	-	3,8	-	-
PBC	-	-	-	-	1	0,7
Fr. Wählergemeinschaft	-	-	-	-	2	3,9
Bürgerpartei-MV	-	-	-	-	1	2,5
Einzelbewerber	1	2,9	1	4,9	2	6,4
Wahlbeteiligung	68,8 %		53,6 %		43,7 %	
Bad Doberan						
CDU	16	32	23	41,5	21	39,7
SPD	14	27	15	25,9	12	22,4
PDS	11	20,6	11	19	9	17,2
FDP	3	5,2	3	5,5	6	11,6
B90/Grüne/BGF ¹	3	6	-	2,7	2	4,3
FWG DBR	-	-	-	3,4	-	-
BUMV	-	-	-	-	1	1,6
Paul Schlutow	-	-	1	2,1	1	1,1
Thomas Jenjahn	-	-	-	-	1	1,2
Wahlbeteiligung	68,3 %		54,9 %		49,4 %	

Quelle: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern. Bündnis 90/Die Grünen sind 1994 und 1999 in Bad Doberan als Teil der Wählergruppe Bündnis Grünes Forum (BGF) angetreten.

UBB: Unabhängige Bürger Bützow; PBC: Partei Bibeltreuer Christen; BUMV: Bürger-Union Mecklenburg-Vorpommern; FWG DBR: Freie Wählergemeinschaft Bad Doberan.

3. Wahlkampf

Neben den für den Kreistag 2004 gewählten fünf etablierten Parteien und den Einzelbewerbern Thomas Jenjahn und Paul Schlutow traten im Kreis Bad Doberan 2009 erstmals die NPD, die APD (Arbeiter/innen Partei Deutschlands), die Kröpeliner Liste und sieben neue Einzelbewerber für die Kreistagswahl an. Bekanntester neuer Einzelkandidat war das

3 Frank Pergande: Generationswechsel – Mecklenburg-Vorpommern steht vor wichtigen kommunalen Direktwahlen, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 05.03.2008, S. 10.

ehemalige CDU-Mitglied des Kreistages und amtierender Bürgermeister von Kühlungsborn, Rainer Karl. Im Landkreis Güstrow nahmen neben den fünf etablierten Parteien, die Freie Wählergemeinschaft und die Einzelbewerber Reinhard Dettmann (Bürgermeister von Teterow) und Lothar Stroppe (Bürgermeister von Bützow) teil. Außerdem stellten sich die NPD, die AUF (Partei für Arbeit, Umwelt und Familie)⁴ und eine zweite Wählergemeinschaft „Freie Wähler“ zur Wahl. Neben Dettmann und Stroppe kandidierten neun weitere Einzelkandidaten zur Wahl des Güstrower Kreistags.

Es ist festzustellen, dass vor allem die etablierten Parteien bei ihrer Kandidatenauswahl auf bekannte lokale und regionale Persönlichkeiten setzten. So kandidierten mehrere Landtagsabgeordnete: Henning von Storch und Peter Stein für die CDU, Birgit Schwebs für die LINKE sowie Nobert Nieszery für die SPD. Darüber hinaus stellten sich auch zahlreiche Bürgermeister zur Wahl: für die CDU Peter Faix (Schwaan) und Fred Ibold (Tessin), für die SPD Harmut Polzin (Bad Doberan), Uwe Heinze (Laage), Hans Georg Schörner (Gnoien), Wolfgang Beltz (Groß Wokern) und Hans Erich Höpner (ehemaliger Bürgermeister der Kreisstadt Güstrow), sowie für die FDP Joachim Hünecke (Sanitz).

3.1 Wahlprogramme der einzelnen Parteien im Vergleich

Bei der CDU standen in beiden Landkreisen eine solide Finanzpolitik, Wirtschaft und Tourismus, Bildung-, Kultur und Vereinsleben sowie die Generation 50plus im Mittelpunkt ihres Wahlkampfes. Vor allem für bezahlbare Kindertagesstätten, für Schulsanierungen und für den Ausbau von Straßen und Radwegen wollte sich die CDU in der neuen Wahlperiode einsetzen.

Für die SPD im Landkreis Bad Doberan war hingegen speziell die Sozialpolitik Schwerpunkt. Sie sprach sich primär für die Verbesserung der Frühförderung in den Kitas und Schulen, für eine erweiterte Unterstützung von Vereinen und Initiativen im sozialen Bereich sowie für verstärkte Hilfen für junge Familien aus. Während im Bad Doberaner Wahlkampf zusätzlich die Wirtschaftspolitik und der Tourismus im Vordergrund standen, richteten die Güstrower Sozialdemokraten den Fokus auf die Schaffung von Arbeitsplätzen im sozialen Bereich der Jugendarbeit, Bildung und Kultur. Dem Ausbau von kreisfreien Bildungseinrichtungen zu Ganztagschulen, der Ausweitung der finanziellen Unterstützung für soziale Vereine und Netzwerke stand lediglich eine allgemeine Forderung nach Ausbau der Wirtschaftsstandorte Laage (Flughafen) und Teterow gegenüber.

Bei der LINKEN, die mit dem landesweiten Slogan „Original sozial“ in den Wahlkampf zog, standen ebenfalls soziale und wirtschaftliche Themen im Vordergrund ihres Wahlprogramms. Die LINKE im Kreis Bad Doberan forderte vor allem öffentliche Aufträge nur an Unternehmen zu vergeben, die einen gesetzlichen Mindestlohn zahlen. Außerdem wollte sie den Zugang zu Bildung, Kultur und Sport allen Einwohnern ermöglichen. Als einzige Partei im Landkreis Bad Doberan sprach sie sich klar gegen eine Kreisgebietsreform in der jetzigen Form aus, da somit wohnnahe und an örtlichen Erfordernissen ausgerichtete Arbeit in den Verwaltungen nicht mehr zu leisten wäre. Die LINKE im Landkreis Güstrow bediente hingegen nur die Bereiche Soziales, Jugend, Sport und Kultur als Leitthemen ihres Wahlkampfes. Wie auch die SPD forderte sie die Erweiterung der Ganztagschulen im gesamten Landkreis, die Fertigstellung des Berufsschulzentrums Güstrow-Bockhorst und den Erhalt des Ernst-Barlach-Theaters. Außerdem positionierte sich die Partei im Landkreis Güstrow wie auch im Landkreis Bad Doberan klar gegen den Verkauf von kommunalem Eigentum. Anders als die LINKE im Landkreis Bad Doberan unterstützte die Partei

4 Das Kreistagsmitglied der AUF, Matthias Kohlstedt, war bis zum 21.07.2008 Mitglied der PBC und wurde als solches 2004 in den Kreistag gewählt.

im Landkreis Güstrow die Gesetzgebung zur Kreisgebietsreform mit Verwaltungssitz in Güstrow.

Die FDP ging erneut, wie auch schon 2004, mit dem Slogan „Stark vor Ort“ in den Kommunalwahlkampf. Hauptthemen ihres Kommunalwahlprogramms waren eine solide Finanzpolitik, die Erarbeitung guter Rahmenbedingungen für kleine und mittelständische Betriebe sowie allgemein die Schaffung von Arbeitsplätzen. Die FDP sprach sich weiterhin für eine effektive Zusammenarbeit zwischen der Hansestadt Rostock und den Kreisen Bad Doberan und Güstrow (speziell in der Wirtschaftsentwicklung) aus. In Bad Doberan stand zusätzlich der Bereich Tourismus im Mittelpunkt des Wahlkampfes, während in Güstrow neben den allgemeinen Hauptthemen die Stabilisierung des Schulsystems, die Förderung von Jugend, Sport und Kultur sowie die Umgestaltung des Flughafens Laage zu einem Landesflughafen angesprochen wurden.

Im Landkreis Bad Doberan arbeiteten Bündnis 90/Die Grünen kein ausgefeiltes Wahlprogramm aus. Schwerpunktthemen des Wahlkampfes waren die Umwelt- sowie Verkehrspolitik. Sie forderten die Beruhigung der B105 und den Ausbau des Radwegenetzes. Im Landkreis Güstrow arbeiteten die Bündnisgrünen hingegen ein eigenständiges Wahlprogramm aus. Neben den typischen umweltpolitischen Themen, Klimaschutz und gentechnikfreie Wirtschaftszonen, machten sich die Grünen vor allem für die Themen Bildung, Kultur, Soziales und Wirtschaft stark. Wie auch die anderen Parteien sprachen sie sich für den Erhalt von Schulstandorten und des Ernst-Barlach-Theaters aus. Weiterhin forderten die Grünen die Inanspruchnahme von Förderprogrammen für erneuerbare Energien zur Ansiedlung kleiner und mittelständischer Betriebe. Aufträge der Kommunen sollten zudem an tarifreue Firmen der Region vergeben werden.

Die NPD der Landkreise Bad Doberan und Güstrow hatte kein eigenes Programm, sondern nutzte schlicht das Kommunalwahlprogramm der Landespartei. Diese Vorgaben betonten eher allgemeine Themen, ohne lokale Problematiken genauer aufzugreifen. Die NPD setzte in ihren Plakaten und Postwurfsendungen primär auf populistische Parolen wie „Finger weg von Kürzungen im sozialen Bereich!“, „Hände weg vom Volkseigentum!“, „Schluss mit der Verödungspolitik und der Ausdünnung des ländlichen Raums!“ und „Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt.“. Alle demokratischen Parteien distanzieren sich im Übrigen klar von der extremistischen NPD.

3.2 Der Wahlkampf

Der Wahlkampf gestaltete sich relativ ruhig und ohne größeres mediales Aufsehen. Der Einsatz von Plakaten und Postwurfsendungen variierte zwischen den Parteien hinsichtlich der Quantität. Als einzige Partei war die CDU in beiden Landkreisen mit Plakaten flächendeckend vertreten. Mit den Schlagworten „Wir packen an für DBR“ und „Wi daun wat for DBR“ wurde auf ihren Plakaten im Landkreis Bad Doberan geworben. Im Kreis Güstrow warben die Christdemokraten mit dem Slogan „Verantwortung und Kompetenz“ und mit entsprechenden Personenplakaten. So wurden beispielsweise im Bützower Wahlbereich die Fotos der Kandidaten Frank Schröder und Karsten Thiemann bzw. in Güstrow das Duo Katharina Krause und Heiko Karmoll abgedruckt, die gleichzeitig auch für die dortigen Stadtparlamente kandidierten. Zusätzlich verteilte die CDU in beiden Landkreisen eine gemeinsame Postwurfsendung zur Europa- und Kommunalwahl mit dem Slogan „Wir im Norden – Zukunft braucht Erfahrung“. Diese stellten sämtliche Kandidaten zur Kreiswahltagwahl nebst dem Europawahlkandidaten Werner Kuhn an der Seite von Bundeskanzlerin Angela Merkel vor.

Die SPD setzte hingegen in beiden Landkreisen sowohl auf Personen als auch auf spezifische Themen bei ihrer Plakatierung. Mit dem Personenplakat im Landkreis Bad Doberan baute sie auf ein Team mit ihrem Fraktionsvorsitzenden Ernst Schmidt, dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und amtierenden Bürgermeister von Bad Doberan Hartmut Polzin und der neugewählten Kreisvorsitzenden Stefanie Dreese. Im Landkreis Güstrow nutzten die Sozialdemokraten ein identisches Plakat mit den Fraktionsvorsitzenden Hans-Georg Schörner (Bürgermeister Gnoien), Hans Erich Höpner (ehemaliger Bürgermeister der Stadt Güstrow) und dem Landtagsabgeordneten Norbert Nieszery. Neben diesen Plakaten betonte die SPD mit ihren Themenplakaten soziale Inhalte - „Sozial heißt: Kinderland MV“ - in Form eines Ortseingangsschildes in beiden Landkreisen. Anders als die CDU waren die Postwurfsendungen der SPD in faltbarem Postkartenformat und es wurden ausschließlich die Kandidaten der einzelnen Wahlbereiche sowie die Schwerpunkte des Wahlprogramms vorgestellt.

Die FDP, Bündnis 90/Die Grünen, und die LINKE nutzen vor allem Themenplakate mit eher allgemeinen Losungen. Die FDP setzte vor allem auf ihren landesweiten Kommunalwahllogan „Stark vor Ort“. Dieser wurde zusätzlich im Landkreis Bad Doberan mit den Namen der Spitzenkandidaten der jeweiligen Wahlbereiche ergänzt. In Güstrow wurden von der FDP neben den „Stark vor Ort“-Plakaten zusätzlich auch Personenplakate mit ihren Spitzenkandidaten an strategisch wichtigen Plätzen aufgestellt. Eine Wahlzeitung enthielt das Wahlprogramm und die Vorstellung der Spitzenkandidaten. Die Güstrower FDP verteilte zudem eine Wahlzeitung mit Rätsel, Gruppenfoto der Kandidaten und einem auf den Landkreis Güstrow zugeschnittenen kurzen Wahlprogramm. Bündnis 90/Die Grünen plakatierten im Landkreis Bad Doberan am wenigsten, was vor allem durch ihre knappen finanziellen Ressourcen zu begründen ist. Daher hängten sie ihre Plakate an viel befahrene Straßen und Kreuzungen auf und nutzten hauptsächlich die Europawahlplakate mit dem Slogan „WUMS“.⁵ Im Landkreis Güstrow verzichteten die Grünen dagegen komplett auf Plakatierung und verwendeten ausschließlich Flyer und Infostände. Die LINKE klebte in beiden Landkreisen allgemeine Themen- und Europawahlplakate ohne kommunalen Bezug. Die Slogans waren z.B. „Armut bekämpfen“, „Mindestlohn Europaweit“ und „Millionäre zur Kasse“. In ihrer Postwurfsendung „Original sozial“ stellte die LINKE in Bad Doberan ihre Spitzenkandidaten mit Foto und das jeweilige Programm für die Kreistagswahlen vor. In Güstrow verzichtete die LINKE auf die Fotos. Alle demokratischen Parteien, Wählervereinigungen und Einzelkandidaten nutzten – speziell im Landkreis Güstrow – die Serie der Schweriner Volkszeitung „Kommunalwahl 2009“, um sich und ihre Kandidaten vorzustellen und die Fragen zu ihren Wahlprogrammen zu beantworten.⁶

Auffallend war der Gebrauch des Internets von CDU, SPD, FDP und Grüne zur eigenen Kommunalwahlkampfunterstützung.⁷ Auf den jeweiligen Homepages waren die ausführlichen Wahlprogramme und Informationen über die einzelnen Kandidaten abrufbar.

Die NPD machte flächendeckend in beiden Landkreisen mit Plakaten und mehreren Postwurfsendungen auf sich aufmerksam. Vor allem in den größeren Städten, wie Bad Doberan, Bützow, Güstrow, Sanitz, Tessin, Teterow und an der B 104 zwischen Güstrow und Teterow sowie an der B105 zwischen Bad Doberan und Rostock war die NPD vertreten. Die Themen hatten keinerlei kommunalpolitischen Bezug.

5 Abkürzung für: Wirtschaft und Umwelt, Menschlich und Sozial.

6 Vgl. SVZ, Güstrower Anzeiger. Zwischen 28.04.2009 und 08.06.2009.

7 Vgl. hierzu: <http://www.zukunft-braucht-erfahrung.de> (CDU Bad Doberan und Güstrow), <http://www.liberales-vor-ort.de> (FDP Bad Doberan und Güstrow), <http://www.gruene-doberan.de> (Grüne Bad Doberan), <http://www.gruene-guestrow.de> (Grüne Güstrow), <http://www.spd-dbr.de> (SPD Bad Doberan), <http://www.spd-guestrow.de/mmsnews/index.php> (SPD Güstrow), (25.05.2009).

4. Ergebnisse der Kreistagswahlen

Bei einem Vergleich zwischen beiden Kreistagswahlergebnissen sind einige Übereinstimmungen auffällig. So stellen die Christdemokraten zwar immer noch die größten Fraktionen, haben aber bei weitem die meisten Wähler verloren. Fasst man die beiden Wahlergebnisse zusammen, verloren sie mehr als 14.000 Stimmen. Durch diesen Rückgang mussten die Christdemokraten drei Sitze abgeben und sich jeweils mit 18 Sitzen begnügen. Allerdings befand sich die CDU 2004 im absoluten Stimmungshoch, weshalb ein Teil der Verluste auf eine allgemeine Konsolidierung zurückzuführen ist. In Bad Doberan könnte jedoch die kontinuierliche Etablierung der FDP zu langfristigen Problemen bei der CDU führen.

Die Verluste der CDU stellten jedoch für die SPD keinesfalls einen Grund zum Feiern dar. Auch Sie verlor in beiden Kreisen erneut an Stimmen und musste in Bad Doberan sogar noch einen Sitz abgeben, nachdem schon 2004 ihre Fraktionen um insgesamt acht Vertreter dezimiert wurden. Während jedoch die Stimmenverluste der Christdemokraten als Konsolidierung erklärt werden können, zeigt der Verlauf der sozialdemokratischen Wahlergebnisse einen kontinuierlichen Rückgang auf. Mittlerweile hat der Mobilisierungsverlust der SPD in beiden Kreisen solche Ausmaße angenommen, dass sie sich nur noch knapp mit jeweils einem Sitz vor der LINKE behaupten konnte. Bei den Wahlen von 1999 lag der Unterschied noch bei bis zu fünf Mandaten. Die Schwäche der SPD kann dabei vermutlich nicht nur durch die miserable Zustimmungslage auf Bundesebene erklärt werden.

Allerdings konnte auch die LINKE ihr Wahlergebnis kaum steigern. Sie errang nur in Bad Doberan einen zusätzlichen Sitz. Die LINKE zeichnet sich seit 1994 durch sehr stabile Stimmenanteile zumeist knapp unter 20 Prozent aus. Auffallend an ihrem Ergebnis ist lediglich die Tatsache, dass die Partei in Güstrow mehr als 1.000 Stimmen verlor, während sie in Bad Doberan einen Zuwachs von mehr als 5.000 Stimmen aufweist. Dieser Unterschied resultiert neben strukturellen Diskrepanzen vor allem aus dem Wahlkampf in den beiden Bereichen. Die LINKE hatte sich bereits vor der Wahl in Güstrow mit der Rolle als dritte Kraft abgefunden und hoffte lediglich auf eine Bestätigung des letzten Wahlergebnisses. Ganz anders agierten die Parteikollegen in Bad Doberan, die durch aktives Aufgreifen lokal bedeutsamer Themen offensichtlich neue Wähler mobilisieren konnten.

Im Gegensatz zu den „Großen Drei“ konnten die kleineren demokratischen Parteien erneut deutlich zulegen. So verdoppelte die FDP in Güstrow die Anzahl ihrer Kreistagsitze auf vier, während sie in Bad Doberan ihr überragendes Ergebnis von 2004 nochmals überbot und nunmehr mit sieben Mitgliedern im Kreistag vertreten ist. Die Grünen konnten ihre Position in beiden Kreistagen halten und als Bonus einen dritten Sitz in Bad Doberan erringen. Da sie vor der Wahl 2004 in beiden Kreisen keine Rolle spielten und eine schwache Organisationsstruktur aufweisen, ist das Ergebnis als Erfolg zu werten.

Die NPD geht nicht unbedingt als Gewinner aus der Wahl mit Blick. Zwar zogen die Rechtsextremisten erstmals mit jeweils zwei Mandaten in die Kreistage ein. Das Ergebnis lag jedoch in beiden Landkreisen mit jeweils 3,2 Prozent merklich unter den 5,4 (Bad Doberan) bzw. 8,4 (Güstrow) Prozent der Landtagswahl von 2006.

In Bezug auf die kleineren Parteien, Wählergemeinschaften und Einzelbewerber ist festzustellen, dass diese nur im Kreistag von Güstrow besonders präsent sind. In Bad Doberan schafften lediglich die Einzelbewerber Rainer Karl (Bürgermeister von Kirch Mulsow) und Thomas Jenjahn (Amtsvorsteher des Amtes Neubukow-Salzhaff) den Einzug in den Kreistag. In Güstrow sind außer den demokratischen Parteien und der NPD die AUF, die Freien Wählern Güstrow, die Freie Wählergemeinschaft Güstrow sowie die Einzelbewerber Rein-

hard Dettmann und Lothar Stroppe im Kreistag vertreten. Bei allen Einzelbewerbern war die regionale Verwurzelung als Bürgermeister sicher Ursache des Erfolges.

Bezüglich der Wahlbeteiligung in den Kreisen Bad Doberan und Güstrow gibt es weiterhin einen bedeutenden Unterschied. So stieg in Bad Doberan die Wahlbeteiligung von 49,4 auf 52,9 Prozent, und ist damit unter allen Kreisen und kreisfreien Städten in Mecklenburg-Vorpommern die höchste. Demgegenüber steht das Verharren auf niedrigem Niveau bei der Wahlbeteiligung in Güstrow unter 44 Prozent (2004: 43,7 Prozent; 2009: 43,5 Prozent), womit Güstrow die niedrigste Wahlbeteiligung unter den Landkreisen aufweist.

Tab. 2: Ergebnisse der Kreistagswahlen in Bad Doberan und Güstrow 2009

	Bad Doberan			Güstrow		
	absolut	%	Sitze	absolut	%	Sitze
CDU	50.029	32,8	18	36.125	33,9	18
SPD	30.914	20,3	11	22.045	20,7	11
Die LINKE	29.679	19,5	10	19.677	18,5	10
Bündnis 90/Die Grünen	9.004	5,9	3	3.890	3,7	2
FDP	20.406	13,4	7	7.344	6,9	4
NPD	4.909	3,2	2	3.385	3,2	2
APD	512	0,3	0	-	-	-
Kröpeliner Liste	475	0,3	0	-	-	-
AUF	-	-	-	1.776	1,7	1
Fr. Wähler Güstrow	-	-	-	3.785	3,6	2
FWG Güstrow	-	-	-	2.680	2,5	1
Einzelbewerber	6.439	4,2	2	5.701	5,4	2
Wahlbeteiligung	52,9 %			43,5 %		

Quelle: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern.

5. Fazit

Bei einer abschließenden Bewertung der Kommunalwahlen 2009 in Güstrow und Bad Doberan ist der eher ruhige und zurückhaltende Wahlkampf aller Parteien auffällig. Kontroversen über lokalpolitische Themen waren eher selten. Die großen Parteien konnten sich anhand der kommunalpolitischen Themen nicht deutlich voneinander abgrenzen. So stach einzig die offizielle Ablehnung der Kreisgebietsreform durch die Doberaner LINKE heraus. Das Ergebnis der drei großen Parteien ist in beiden Landkreisen nahezu identisch, weshalb große Änderungen der politischen Kräfteverhältnisse im Zuge der geplanten Kreisgebietsreform eher unwahrscheinlich sind.

Die Kreistagswahlen 2009 in der Region Südwestmecklenburg: Ludwigslust und Parchim

Arne Lehmann

1. Einleitung

Die Kreistagswahlen in den Kreisen Ludwigslust und Parchim gemeinsam zu betrachten und zu vergleichen legt zum einen die strukturell ähnliche Situation bezogen auf die Ländlichkeit und die ähnliche politische Ausgangslage nahe. Zum anderen ist im Zuge der Kreisgebietsreform im Entwurf von Februar 2009 geplant, beide Kreise zu einem Großkreis Südwestmecklenburg zusammenzulegen. Ludwigslust ist mit einer Fläche von 2.517 km² schon jetzt der größte Landkreis in Mecklenburg-Vorpommern und der viertgrößte Deutschlands. Mit 126.099 Einwohnern¹ ist er zugleich der bevölkerungsstärkste des nordöstlichsten Bundeslandes. Die Bevölkerungsdichte von 51 Einwohnern pro Quadratkilometer zeigt, wie ländlich diese Region geprägt ist. Durch die Gebietsreformen der Vergangenheit und den damit einhergehenden Eingemeindungen besteht der Landkreis im Jahre 2009 noch aus 89 Gemeinden. Diese Eingemeindungen sind auch von verwaltungspolitischer Bedeutung, da sich in einigen der zuvor 123 Gemeinden und Städten nur schwer Mandate in der Stadtvertretung und das Amt des jeweiligen Bürgermeisters besetzen ließen.² Im Kreis Parchim mit seinen 76 Gemeinden kommen sogar nur 45 Einwohner auf einen Quadratkilometer. Insgesamt verlieren in beiden Kreisen einzelne Gemeinden immer mehr an Bedeutung, da ihnen auch die funktionale Bedeutung abhanden kommt und die Infrastruktur auf größere Orte verlagert wird, was zum Überlebenskampf von vielen Dörfern wird. Die demographische Entwicklung des Landkreises Parchim hat so auch direkte Auswirkungen auf den Kreistag gehabt. Aufgrund des Unterschreitens der Einhunderttausend-Einwohnermarke wurde der Kreistag zur 2009 beginnenden fünften Amtsperiode von 53 auf 47 Sitze verkleinert. Eines der zentralen Themen seit den 1990er Jahren in Ludwigslust als auch in Parchim war der demographische Wandel und dessen Auswirkungen.

2. Politische Kräfteverhältnisse

Seit 1994 ist die CDU stärkste Kraft im Ludwigsluster Kreistag und konnte ihren anfänglichen Minimalvorsprung von 0,4 Prozentpunkten gegenüber der zweitstärksten Kraft der SPD (CDU: 29,7 Prozent; SPD 29,3 Prozent) auf 13,0 Prozentpunkte steigern. Die Christdemokraten stellten jedoch erst seit 2004 mit Maika Friemann-Jennert die Kreistagspräsidentin. Während die CDU mit dem bislang besten Ergebnis von 39,1 Prozent und 21 von 53 Sitzen als klarer Sieger der Kreistagswahl 2004 hervorging, hatte die SPD mit 26,1 Prozent und 14 Sitzen ihr bis dahin schlechtestes Ergebnis zu verarbeiten. Dritstärkste Kraft ist seit jeher die PDS bzw. die LINKE gewesen, die 2004 auf 15,0 Prozent der Stimmen und acht Sitze kommen konnte (1999: 18,3 Prozent). Trotz des haushohen CDU-Sieges bei der Kreistagswahl 2004 hatte es die Fraktion jedoch schwer, ihre Anträge ungeändert im Kreistag durchzubringen. SPD und die LINKE stimmten regelmäßig gegen die Sachanträge der Union. Auch durch die Zusammenarbeit mit den Grünen und dem „Bündnis Bau-

1 Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern, Stand: 31.12.2007.

2 Vgl. Kreisentwicklungsplan 1998-2002 des Landkreises Ludwigslust, S. 16.

ern und Ländlicher Raum“ gelang es der SPD, der CDU zu trotzen, die auf die Zusammenarbeit mit der FDP angewiesen ist.

Die starke Bedeutung der Landwirtschaft schlägt sich auch nachhaltig in der politischen Kultur des Landkreises nieder. Das „Bündnis Bauern und Ländlicher Raum“, dessen Mitglieder insbesondere aktive Landwirte sind, konnte sich im Kreistag etablieren. Zweimal hintereinander, 1999 mit 6,0 Prozent und 2004 mit 5,9 Prozent, wurde das Bündnis noch vor der FDP (1999: 2,9 Prozent; 2004: 4,6 Prozent) viertstärkste Kraft und stellte damit drei Kreistagsmitglieder. Bündnis 90/Die Grünen, die mit dem Bauernbündnis/Ländlicher Raum seit 2004 eine Fraktion bildeten, konnten ihren 1994er Erfolg mit vergleichsweise hohen 7,0 Prozent und vier Vertretern nicht mehr wiederholen. Im Gegenteil: bei der darauf folgenden Wahl 1999 scheiterten sie wie die FDP an der Fünf-Prozent-Hürde. 2004 zogen die Grünen nach Abschaffung der Fünf-Prozent-Klausel mit 3,8 Prozent wieder in den Kreistag ein. Immerhin lagen sie damit über dem Landesdurchschnitt von 3,1 Prozent. Erst im Januar 2009 gründete sich nach mehrjähriger Zusammenlegung mit dem Schweriner wieder ein eigener Kreisverband Ludwigslust.

Neben den fünf demokratischen Parteien, dem „Bündnis Bauern und Ländlicher Raum“ (2004: 5,9 Prozent; drei Sitze) und dem Verein „Bürger für Boizenburg“ (2004: 0,9 Prozent; ein Sitz) war die rechtsextreme NPD mit zwei Sitzen (2004: 3,4 Prozent) im Kreistag vertreten, darunter der Landtagsabgeordnete Stefan Köster. Außer diesen Parteien und Vereinigungen, hat die Ludwigsluster Bürgerinitiative „Bürger für Ludwigslust“ erstmals um die Wählergunst bei der Kreistagswahl 2009 sowohl auf Stadt- als auch auf Kreisebene für sich geworben. Darüber hinaus wollte die im Kreis noch unbekanntere Wählervereinigung „Auch wir können Aufbruch in Wirtschaft und Kommune“, sowie zwei Einzelkandidaten in den Kreistag einziehen.

Thematisch befasste sich der Kreistag wie üblich in dieser politischen Vertretung mit der Daseinsvorsorge. So standen u.a. die Beibehaltung der Krankenhausstandorte oder ein Schulentwicklungsplan³ sowie die Berufsschulplanung, die insbesondere auf die sinkenden Einwohnerzahlen abgestimmt werden musste, auf der Tagesordnung. Zudem beschäftigte sich der Kreistag wiederholt mit der Kreisgebietsreform und in diesem Zusammenhang mit dem Erhalt von Ludwigslust als Kreisstadt nach einer Zusammenlegung mit dem Kreis Parchim.⁴ Weitere Themen, die den Landkreis und insbesondere die sog. Griese Gegend um Lübbtheen herum bewegten, waren der drohende Braunkohletagebau und geplante Windparks⁵, die auch die breitere Bevölkerung zunehmend politisierten. Gleich mehrere Bürgerinitiativen haben sich im Laufe der letzten Jahre gebildet, die gegen diese Vorhaben mobil machten. Auch die im Kreistag vertretenen Parteien sprachen sich gegen die Förderung von Braunkohle aus.⁶ Zudem waren die zunehmenden rechtsextremen Aktivitäten und Wahlerfolge bei den zurückliegenden Wahlen im Kreis ein Thema.

Die politischen Kräfteverhältnisse im 53 Mitglieder zählenden Kreistag von Parchim sind ähnlich denen im Nachbarkreis Ludwigslust. Darüber hinaus ist auch hier das Landratsamt mit Klaus-Jürgen Iredi von einem SPD-Mitglied geführt. Seit 1994 konnte die CDU als stärkste Kraft kontinuierlich ihren Vorsprung von einem Sitz (insgesamt 17; 31,1 Prozent) mit einem Wahlergebnis von 43,4 Prozent im Jahre 2004 auf zwölf Sitze vor der SPD aus-

3 Siehe u.a. Kreistag Ludwigslust: Drucksachen-Nr. 127/2005 Beschluss aus der Kreistagssitzung vom 26.01.2006 oder Kreistag Ludwigslust: Protokoll zur Sitzung am 21.06.2007.

4 Vgl. u.a. Kreistag Ludwigslust: Protokoll zur Sitzung vom 20.04.2006.

5 Vgl. u.a. Kreistag Ludwigslust: Protokoll zur Sitzung am 21.06.2007 und 01.11.2007.

6 Vgl. Kreistag Ludwigslust: Drucksachen-Nr. 124/2005 Beschluss aus der Kreistagssitzung vom 08.12.2005.

bauen (insgesamt 23 Sitze). Die Sozialdemokraten, die ihrerseits von 27,9 Prozent 1994 auf 20,4 Prozent bei der Kreistagswahl 2004 zurückfielen, verloren in dieser Zeit fünf ihrer vormals 16 Mandate. Damit stellte sie nur noch ein Kreistagsmitglied mehr als die LINKE, die bei den Wahlen von 1994 (21,9 Prozent) bis 2004 (18,3 Prozent) weniger große Einbußen einnehmen musste und seitdem mit zehn Sitzen vertreten war. Viertstärkste Kraft ist neben der FDP (2004: 5,9 Prozent) mit ebenfalls drei Mandaten das „Agrarbündnis für den ländlichen Raum“ (2004: 4,7 Prozent), die zusammen eine Fraktion bildeten. Mit zwei Mandaten waren seit 2004 (3,8 Prozent) erstmals Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag vertreten. Der Einzelbewerber und ehemalige Bürgermeister von Crivitz, Heinrich Pressentin, gehört dem Kreistag seit 1994 an.

Themen der Amtsperiode 2004 bis 2009 waren die unter dem demographischen Wandel zu betrachtenden Anpassungen in der Schulstruktur sowie die Kreisstrukturreform⁷ und die Verwaltungsmodernisierung. Regionalspezifische Themen waren die Privatisierung und der Verkauf des Flughafens an einen chinesischen Investor, dessen Abwicklung sich über die Amtsperiode hinausziehen sollte⁸ sowie die betriebliche Einstellung des Mecklenburgischen Landestheater Parchim und die Fusionierung des Jugendtheaters mit dem Standort Schwerin.⁹ Zudem waren der Erhalt des Bundeswehrstandortes Dabel¹⁰ sowie die Ausweitung von Windparks wichtige Themen.¹¹ Mit Blick auf die Kommunalwahlen und die steigenden Wahlergebnisse der rechtsextremen NPD bei den vergangenen Wahlen 2004 bis 2006 gab der Kreistag im Dezember 2008 eine gemeinsame Erklärung aller Fraktionen für einen demokratischen und weltoffenen Landkreis ab.¹²

Tab. 1: Wahlergebnisse und Kreistagssitze 1994-2004 Ludwigslust

	1994		1999		2004	
	Prozent	Sitze	Prozent	Sitze	Prozent	Sitze
CDU	29,7	16	36,6	21	39,1	21
SPD	29,3	16	28,6	17	26,1	14
PDS/Linke	18,8	10	18,3	11	15,0	8
FDP	6,8	4	2,9	0	4,6	2
Grüne	7,0	4	4,4	0	3,8	2
NPD	-	-	1,6	0	3,4	2
BBLR	5,0	3	6,0	4	5,9	3
BfB	-	-	0,6	0	0,9	1
Sonstige*	3,4	-	1,0	0	1,2	0
Wahlbeteiligung	67,6		55,0		51,2	

Quelle: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern.

* Sonstige 1994: BfPD; 1999: drei Einzelbewerber; 2004: Partei Bibeltreuer Christen, ein Einzelbewerber.

7 Der Kreistag hat u.a. beschlossen, bei der Kreisgebietsreform den Kreis nur als ganzes Gebiet mit einem anderen zu fusionieren. Siehe: Kreistag Parchim: Kreistagsprotokoll vom 23.07.09, Sitzung am 17.07.2008.

8 Vgl. u.a. Kreistag Parchim: Kreistagsprotokolle der Sitzungen vom 14.02.2008 und 04.10.2007.

9 Siehe u.a. Landkreis Parchim (Hrsg.): Unser Landbote, Ausgabe 06/2006, S. 17.

10 Siehe Kreistag Parchim: Protokoll der Sitzung vom 07.10.2004; Landkreis Parchim: Unser Landbote, Nr. 11-04, S. 2. Neben dem letztendlich geschlossenen Standort Dabel wurde 2007 der Standort Demen ebenfalls aufgelöst und ein weiterer in Karow in den Nachbarkreis Ludwigslust verlegt.

11 „Noch mehr Windkraftanlagen?“ (Bericht über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Abfallwirtschaft vom 16.02.2005), in: Landkreis Parchim (Hrsg.): Unser Landbote, Nr. 3, 2005, 8f.

12 „Ja – Für einen demokratischen und weltoffenen Landkreis“, Aufruf der Parteien und Fraktionen im Landkreis Parchim des Kirchenkreises Parchim der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs, der Katholischen Kirche, des DGB, Region Westmecklenburg und dem Unternehmerverband Norddeutschland, Mecklenburg-Schwerin e.V.

Tab. 2: Wahlergebnisse und Kreistagssitze 1994-2004 Parchim

	1994		1999		2004	
	Prozent	Sitze	Prozent	Sitze	Prozent	Sitze
CDU	31,1	17	42,7	26	43,4	23
SPD	27,9	16	24,8	15	20,4	11
PDS/Linke	21,9	12	18,5	11	18,3	10
FDP	7,7	4	4,2	0	5,9	3
Grüne	4,8	0	2,1	0	3,8	2
NPD	-	-	1,0	0	-	-
Bauern/Agrarbündnis*	5,3	3	4,3	0	4,7	3
Einzelbewerber	1,4	1	1,9	1	3,0	1
Sonstige**	-	-	0,4	0	0,4	0
Wahlbeteiligung	68,9		54,3		49,3	

Quelle: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern.

* Für 1994: Bauern P/L; Für 1999: WG Bauernverband; Einzelbewerber Anzahl: 1994: 2; 1999: 5; 2004: 4.

** Sonstige 1999: DBV 0,1 %; Wählergem. Lewitz: 0,3 %; 2004: Unabh. Wählergemeinschaft Tramm: 0,4 %.

3. Kandidaten und Wahlkampf

Die CDU im Kreis Ludwigslust, die mit insgesamt 41 Männern und elf Frauen in den sieben Wahlbereichen antrat, eröffnete am 6. März 2009 den Straßenwahlkampf in Hagenow. Neben der Vermittlung kommunalpolitischer Themen warb der Kreisvorsitzende Andreas Petters für seine Partei mit dem Argument, eine starke CDU im Kreistag sei nötig, „um weiter den Verantwortlichen im Kreis auf die Finger schauen zu können. [...] Die CDU werde sich als Wahrer von Recht und Ordnung im Landkreis und gegen undemokratische Aktivitäten von Rechts und Links behaupten“.¹³ Petters ging im Verlaufe des Wahlkampfes vor allem den SPD-Landrat Rolf Christiansen direkt an, und forderte diesen auf, sein Amt als SPD-Landesvize zwei Jahre ruhen zu lassen. Er könne sich mit diesem Posten nicht ausreichend um die Belange aller Bürger des Landkreises bemühen. Darüber hinaus würde der Landrat mit seiner zuvor geäußerten Kritik an der Arbeit der ehrenamtlichen CDU-Kreistagsmitglieder eine „Sozialdemokratisierung“ des Kreises betreiben. Er solle sich als Landrat parteipolitisch zurückhalten und sich für seine Äußerungen vor dem Kreistag entschuldigen.¹⁴

Zwar gab es keine flächendeckende Plakatierung vom CDU-Kreisverband in Ludwigslust. Allerdings plakatierten die Christdemokraten gegen die Zwangsfusion von Wittenförde und Pampow. Besonders hier machte die Union Wahlkampf mit dem Thema Gemeindegebietsreform. Es dürfe keine Zwangsfusionen geben, sondern Anreizeffekte geschaffen werden, sich mit anderen Gemeinden zusammenzulegen. Es ginge nicht, dass „kalt zwangsfusioniert“ werde, sagte der Fraktionsvorsitzende Petters in Richtung SPD. Landrat Rolf Christiansen bezeichnete er als Wolf im Schafspelz, dessen Kritik am CDU-geführten Innenministerium an der Kreisgebietsreform unberechtigt sei, habe die SPD doch die Aufgabe der Eigenständigkeit von Gemeinden unter 500 Einwohnern einstmals mitbeschlossen.¹⁵ Des Weiteren sprach sich die CDU für regenerative Energien aus, jedoch sollten die geplanten Windparks abseits von Häusern und Dorfbewohnern stehen.¹⁶ Der Spitzenkandidat des Wahlbereiches Boizenburg Stadt/Land Holger Peter Reimer rief die Wähler offen

13 „Petters: Neonazis raushalten! CDU startet Straßenwahlkampf 2009“, in: SVZ, Ludwigsluster Tageblatt, 10.03.09, S. 15.

14 Vgl. „CDU greift Landrat jetzt frontal an“, in: SVZ, Ludwigsluster Tageblatt, 29.04.09, S. 13.

15 Vgl. „Petters: ‚Landrat ist offenbar der Wolf im Schafspelz‘“, in: SVZ, Hagenower Kreisblatt, 24.03.09, S. 14.

16 Vgl. „Petters: SPD- Landrat Christiansen bezeichnet Ehrenamtliche als ‚Totalausfall‘“: http://www.cdu-owl.de/aktuelles/archiv09.htm#Petters:_SPD-Landrat (23.08.09).

dazu auf, sich von den NPD-Infoständen fernzuhalten. Dabei empfahl er explizit das vom SPD-Landtagsabgeordneten Mathias Brodkorb initiierte Internetportal gegen Rechtsextremismus „Endstation Rechts“ als Informationsportal über Rechtsextremismus.¹⁷

Die rund 250 Mitglieder zählende SPD im Kreis Ludwigslust ging von allen Parteien mit den meisten Kandidaten in den Wahlkampf. Unter den 61 Bewerbern befanden sich 19 Frauen. Den hitzigsten Wahlkampf in der breiteren Öffentlichkeit wurde dabei jedoch vom 1957 in Wyk auf Föhr geborenen Landrat und stellvertretenden SPD-Landesvorsitzenden Rolf Christiansen angestoßen. Dieser, seit 1994 im Amt und sich seiner Popularität (68,8 Prozent bei der Landratswahl 2008) bewusst, ging den Hauptgegner in der Kreisverbandsvollversammlung in Brahlstorf Mitte März direkt an. Die CDU sei ein „Totalausfall“ in der endenden Amtsperiode gewesen und würde nur populistische Forderungen ohne Sachverstand und personelle Alternativen bieten, so der Kreisvorsitzende. Die FDP sei nur ein Anhängsel der CDU. Selbst über den Einzelvertreter der „Bürger für Boizenburg“, Rainer Wilmer, wettete er und warf ihm destruktive Arbeit vor. Die Zusammenarbeit mit dem „Bündnis Bauern und ländlicher Raum“, der LINKEN und den Grünen hob er jedoch als sehr positiv hervor.¹⁸ Die Kritik an der CDU rief beim Fraktionsvorsitzenden der CDU Andreas Petters größte Empörung hervor, der nicht nur in diesem Zusammenhang fortan gegen Christiansen und SPD scharfe Kritik äußerte. Die SPD-Kreistagsfraktion stellte ihrerseits in einer Pressemeldung klar, dass Kritik an der Arbeit des politisch anders Orientierten „ein ganz legales Mittel“ sei und verurteilten Petters' Angriffe.¹⁹ Das 19-seitige Wahlprogramm, das Landrat Christiansen mit einer vierköpfigen Familie auf dem Cover zeigt, ist mit „Familienfreundlicher Landkreis Ludwigslust“ betitelt.²⁰ Eckpunkte waren u.a. die Förderung des Ehrenamtes, die Forderung einer Funktionalreform vor einer Gebietsreform, der Erhalt eines gut zu erreichenden Schulnetzes auch mit kleinerer Klassenstärke sowie der Erhalt der Wirtschaftsfördergesellschaft, über dessen Abschaffung einige CDU- und FDP-Kreistagsmitglieder nachgedacht hätten. In Bezug auf den ländlichen Raum wolle man die Dörfer stärken und dort mehr Bürgerentscheide einführen.

Der 371 Mitglieder²¹ zählende Kreisverband der Partei die LINKE ging mit zehn Kandidatinnen und 29 Kandidaten in den Wahlkampf zum Kreistag. Prominenteste Vertreterin war die Landtagsabgeordnete Gabriele Mešťan. In den Vordergrund stellte die Linkspartei den Ausbau der Wirtschaftskraft des Kreises, um insbesondere die Abwanderung junger Menschen stoppen zu wollen. Das Programm beinhaltete insgesamt nur wenige regionalspezifische Punkte. Wie bei der SPD hieß es auch bei der Linkspartei, dass eine Verwaltungsreform neben eventuellen Strukturänderungen immer auch eine umfangreiche Funktionalreform beinhalten müsse.²²

Von allen Parteien rechnete sich die FDP mit Blick auf die guten Umfrageergebnisse und den Wahlerfolg in Hessen bei der Landtagswahl im Januar 2009 (16,2 Prozent) wohl die besten Chancen für einen Stimmenausbau bei der Kreistagswahl aus. So verdoppelte der 58 Mitglieder zählende Kreisverband Ludwigslust seine Kandidatenzahl von einstigen zwölf

17 „In breiter Front gegen Rechts auftreten. Bürgervorsteher und Bürgermeister treten für ein Bündnis aller ein“, SVZ, Hagenower Kreisblatt, 14.03.09, S. 17.

18 Mayk Pohle: SPD aufgestellt mit breitem Kreuz, in: SVZ, Hagenower Kreisblatt, 16.03.09, S. 11

19 Vgl. „Fraktion steht hinter Christiansen“, in: SVZ, Hagenower Kreisblatt, 11.04.09, S. 20.

20 SPD Kreisverbände Hagenow-Ludwigslust: Leitlinien zur Kommunalwahl 2009 (Beschluss des Kreisparteitags am 14.03.09).

21 Mayk Pohle: Linke im Kreis ehrgeizig im Wahljahr, in: SVZ, Ludwigsluster Tageblatt, 28.02./01.03.2009, S. 17.

22 Vgl. Die Linke. Landesverband Mecklenburg-Vorpommern: Wahlprogramm der LINKEN für den Kreis Ludwigslust, S. 7.

im Jahre 2004 auf 24 (fünf Frauen), wobei auch hier die Listen für Nichtmitglieder offen standen.²³ Die Freidemokraten wollten u.a. mit einem Existenzgründungsprogramm junge Ärzte insbesondere für den ländlichen Raum gewinnen. Wie andere Parteien forderte die FDP in ihrem Programm eine Funktionalreform, die vor der Kreisgebietsreform kommen müsse und eine effizientere Wirtschaftsförderung. Daneben sollten private Haushalte zur Beseitigung von Schandflecken in den Dörfern unterstützt werden und der Ausbau des Breitbandnetzes vorangetrieben werden. Im Gegensatz beispielsweise zur LINKEN, die die Daseinsvorsorge in kommunaler Hand behalten will, setzte sich die FDP für die Privatisierung kommunaler Aufgaben ein. Zudem positionierte sich die Partei in ihrem Wahlprogramm nochmals explizit gegen einen Braunkohleabbau um Lübbtheen.²⁴ Die Liberalen gingen flächendeckend mit rund 500 Plakaten, mit dem bereits 2004 verwendeten Slogan „Stark vor Ort“ und etwa 60.000 Flyern in den Wahlkampf.²⁵ Daneben schaltete der Kreisverband einige Anzeigen in den regionalen Gratiswochenzeitungen und verschickte noch am Wahltag SMS und Emails, um Anhänger zu mobilisieren. Anders als SPD und CDU, die den politischen Gegner frontal angriffen, verzichtete die FDP auf eine direkte Konfrontation. Spitzenkandidat war der Neu Kaliber Bürgermeister Burkhard Thees.

Bündnis 90/Die Grünen traten in allen sieben Wahlbereichen mit denselben sechs Kandidaten, darunter zwei Frauen, an. In ihrem Programm forderte die Partei unter anderem ein gut ausgebautes Netz des öffentlichen Personennahverkehrs und eine größere Kontrolle des Schwerlastverkehrs durch die Dörfer. Außerdem sprach sie sich für Tempo 30 innerhalb von Ortschaften mit stark befahrenen Straßen aus. Ein weiteres typisch grünes Thema war die Verbesserung des Radwegenetzes.

Die NPD trat mit zehn Kandidaten (darunter eine Frau) in allen Wahlbereichen mit derselben Liste an. Spitzenmann war der Landesgeschäftsführer Torgai Klingebiel. Das Durchschnittsalter lag mit 42 Jahren unter dem der anderen Parteien. Lediglich einer der Kandidaten stammte aus Ostdeutschland. Auf Platz zwei kandidierte der vorbestrafte Landesvorsitzende und parlamentarische Geschäftsführer der NPD-Landtagsfraktion Stefan Köster. Die NPD warb, wie in den anderen Landkreisen auch, vor allem massiv in den Dörfern mit verschiedenen Themenplakaten. Unter anderem sprach sie die Erstwähler mit dem Slogan „Das erste Mal: radikal. national. sozial.“ an. Eine weitere Parole der Rechtsextremisten lautete „Touristen willkommen. Asylbetrüger raus“.

Die 1997 gegründete Wählervereinigung „Bürger für Boizenburg e.V.“ hat insbesondere in Boizenburg in Verbindung mit der Stadtvertreterwahl Wahlkampf betrieben. In ihren sogenannten Stadtbriefen gingen sie die anderen Parteien und insbesondere die SPD scharf an.²⁶ Der Verein stellte sich mit insgesamt sechs Kandidaten, darunter zwei Frauen, zur Wahl. Für die mit 43 Kandidaten (darunter acht Frauen) angetretene Wählergemeinschaft Bündnis Bauern und Ländlicher Raum, lautete das eigens erklärte Ziel weitere Sitze hinzuzugewinnen.²⁷ Als weitere Wählervereinigung sind die „Bürger für Ludwigslust“ erstmals

23 Siehe: „FDP legt auch im Kreis deutlich zu“, in: SVZ, Hagenower Kreisblatt, 19.05.2009 S. 13; und: Mayk Pohle: FDP: Mit Vollgas in die Wahlen, in: SVZ, Ludwigsluster Tageblatt, 12.02.2009, S. 13.

24 Vgl. FDP Ludwigslust: Selbstbestimmt und selbstbewusst... Der neue Landkreis Ludwigslust. Kommunalwahlprogramm 2009.

25 Nach Auskunft der Kreisgeschäftsstelle am 22.08.2009 gegenüber dem Autor.

26 Bürger für Boizenburg e.V.: Stadtbrief, Ausgabe Juni 2009 (Sonderausgabe). Siehe auch den Leserbrief von Rainer Wilmer, Bürger für Boizenburg (BfB) und Kreistagsmitglied 2004-2009 und die darin geäußerte Kritik an Landrat Rolf Christiansen zu den Vorwürfen über destruktives Verhalten der BfB im Kreistag, in: SVZ, 16.03.09. S. 11.

27 Schmidt, Brunhilde: Gute Landwirte – gute Dörfer, in: SVZ, Ludwigsluster Tageblatt, 31.05./01.06.2009, S. 21.

bei der Kreistagswahl angetreten. Ihr Anliegen war es die Belange der Kreisstadt im Kreistag zu vertreten. Einziger Kandidat war der Diplom-Betriebswirt Heinz Jauert aus Ludwigslust.

Im Kreis Parchim gingen die Christdemokraten mit 35 Kandidaten und zehn Kandidatinnen in den Wahlkampf. Themen waren der Erhalt der Stadt Parchim als Kreisstadt nach der Kreisgebietsreform, der Erhalt des Kinder- und Jugendtheaters und der weitere Ausbau des Flughafens Parchim. Die CDU wollte sich „für einen sichereren Landkreis“ mit mehr Polizeipräsenz und Kriminalprävention einsetzen.²⁸ Wie in Ludwigslust blieb auch der CDU-Wahlkampf im Kreis Parchim plakatlos, so dass hier nur für die Europawahl geworben wurde. Damit lief der Wahlkampf vor allem auf Informationsveranstaltungen ab, sowie mit Hilfe der kreisweiten Verteilung einer Wahlzeitung, die die Europa- und Kommunalwahlkandidaten vorstellte. Im Internet wurde der Wahlkampf auf dem Kommunalwahlportal www.zukunft-braucht-erfahrung.de betrieben.²⁹

Bei der SPD bewarben sich 38 Kandidaten, darunter nur sechs Frauen, für ein Kreistagsmandat. Ihr Wahlprogramm teilte sich in drei Punkten ein.³⁰ Unter „Mobilität und Gesundheitsvorsorge“ trat sie u.a. für eine Verbesserung der Kreisstraßen und Radwege sowie den Erhalt von Klinikstandorten und ländlichen Arztpraxen ein. Darüber hinaus wollten sich die Genossen für die Ansiedlung von Unternehmen an den ehemaligen Bundeswehrstandorten Dabel und Demen einsetzen. Weitere Themen waren die Unterstützung landwirtschaftlicher Betriebe, der Erhalt des Flughafens Parchim, der Erhalt des Kinder- und Jugendtheaters Parchim sowie die Eigenständigkeit der Dörfer besonders im Schweriner Umland.

Die LINKE stellte bei der Kreistagswahl in Parchim mit 47 Kandidaten, darunter 21 Frauen, die meisten Anwerber auf ein Kreistagsmandat. Das Durchschnittsalter war mit rund 57 Jahren das höchste unter allen antretenden Parteien. Neben den allgemeinen sozialen Themen der Linken, wie die Abschaffung von Hartz-IV, sprachen sich die Wahlkämpfer für die Offenlegung der Arbeit der öffentlich-rechtlichen Sparkasse im Kreistag aus. Ein weiteres Thema war der ländliche Ärztemangel sowie die Stärkung des Ehrenamtes.³¹

Die 77 Mitglieder³² zählende FDP trat mit insgesamt 28 Kandidaten zur Wahl an³³, wobei der 1953 geborene Diplom-Chemiker Frank Haase in allen sechs Wahlbereichen an erster Stelle stand. Lediglich zwei Frauen, eine Rechtsanwältin sowie eine Landwirtin hatten sich hier als Kreistagskandidatin beworben. Die Partei plaktierte in Parchim wie überall im Bundesland mit dem Slogan „Stark vor Ort“.

Bündnis 90/Die Grünen stellten elf Kandidaten auf einer kreisweiten Liste auf, darunter vier Frauen. Hauptwerbemittel waren Plakate (keine Personenplakate), Flyer und Infostände.³⁴ Die Partei brach die europapolitischen Themen mit dem Slogan: „WUMS – Wirtschaft, Umwelt, Menschlich und Sozial“ auf die Kreisebene herunter. Als weiterer

28 Siehe das CDU Kommunalwahlprogramm für den Landkreis Parchim, <http://www.cduparchim.de/Unterseiten/kommunalwahlen.html> (23.08.09).

29 CDU Landesverband Mecklenburg-Vorpommern (V.i.S.d.P.): *Wir im Norden* (Ausgabe CDU Landkreis Parchim), Schwerin (2009).

30 Vgl. SPD-Kreisverband Parchim: *Wahlprogramm der SPD Parchim zur Kommunalwahl 2009*.

31 Vgl. Die LINKE. Landesverband Mecklenburg-Vorpommern: *Kreiswahlprogramm der LINKEN Parchim*.

32 Vgl. „Kandidatenkür bei Parchimer Parteien SPD und FDP stellten Listen für Kreistag auf“, *SVZ, Mecklenburgische Zeitung*, 11.03.09, S. 19.

33 Auszählung auf Grundlage der Bekanntmachung des Wahlbüros des Landkreises Parchims über die zugelassenen Wahlvorschläge für die Wahl des Kreistages des Landkreises Parchim am 07. Juni 2009.

34 Nach Informationen der Kreisgeschäftsstelle gegenüber dem Autor am 23.08.2009.

Wahlspruch diente „Parchim wird grün“, angelehnt an den Slogan für das ganze Bundesland: „Mecklenburg-Vorpommern wird grün“. Im Wahlforum der Schweriner Volkszeitung sprachen sich einige Kandidaten gegen eine Kreisgebietsreform aus. Zudem müsse man über Alternativen für die Nutzung des Flughafens Parchim nachdenken.³⁵ Ziel der Partei war es, die Anzahl der Sitze trotz Verkleinerung des Kreistages zu halten.³⁶

Die NPD brachte wie auch in Ludwigslust eine identische Liste für alle Wahlbereiche und insgesamt sechs Kandidaten an den Start, darunter waren zwei Frauen. Das Durchschnittsalter der – weil auch vorher kommunalpolitisch nicht verankerten – völlig unbekanntem Bewerber lag unter allen Parteien mit rund 30 Jahren am niedrigsten. Ein eigenständiges Wahlprogramm gab es wie in allen Kreisen nicht, allerdings wurde massiv mit Themenplakaten geworben. Im Wahlkampf stellten sich alle demokratischen Parteien gegen die NPD.

Das Agrarbündnis für den ländlichen Raum zog lediglich mit zwei Agraringenieuren in den Wahlkampf und verzichtete damit von vornherein auf die Verteidigung der drei Sitze des vorherigen Kreistages.

Tab. 3: Kandidaten der Kreistagswahl 2009 in Ludwigslust*

	CDU	SPD	PDS/ LINKE	FDP	Grüne	NPD	BBLR	BfB	BfL	EB
Gesamt	52	61	39	24	6	10	43	6	1	2
Frauen	11	19	10	5	2	1	8	2	0	0

Quelle: Bekanntmachung des Kreiswahlleiters Ludwigslust. Zugelassene Wahlvorschläge für die Wahl des Kreistages am 7. Juni 2009, in: Landkreis Ludwigslust: Der Landkreisbote, Nr. 5/2009, S. 26-35.

* BBLR: Bündnis Bauern und Ländlicher Raum; BfB: Bürger für Boizenburg e.V.; BfL: Bürger für Ludwigslust; EB: Einzelbewerber; AWK: „Auch wir können“, „Aufbruch in Wirtschaft und Kommune“: 2 Kandidatinnen.

Tab. 4: Kandidaten der Kreistagswahl 2009 in Parchim

	CDU	SPD	PDS/ LINKE	FDP	Grüne	NPD	Agrar*	EB
Gesamt	45	38	47	28	11	6	2	2
Frauen	10	6	21	2	4	2	0	1

Quelle: Bekanntmachung der zugelassenen Wahlvorschläge für die Wahl des Kreistages des Landkreises Parchim am 7. Juni 2009.

* Agrar: Agrarbündnis für den ländlichen Raum; EB: Einzelbewerber.

35 Vgl. „Warum treten Sie am 7. Juni zur Wahl an?“, Klaus Dieter Feige von Bündnis 90/Die Grünen, SVZ, Parchimer Zeitung, 28.05.09, S. 16.

36 Vgl. die Mitteilung des Kreisverbandes Bündnis 90/Dir Grünen Parchim: Grüne im Kreis freuen sich über ihr Ergebnis, <http://www.gruene-parchim.de/Startseite.2073.0.html> (23.08.2009).

4. Wahlergebnis

In beiden Landkreisen lag die Wahlbeteiligung wie seit 1994 mit 51,4 Prozent in Ludwigslust und 49,6 Prozent in Parchim über dem Landesdurchschnitt von 46,6 Prozent. Dabei fiel die Steigerung gegenüber den Kreistagswahlen von 2004 mit +0,2 Prozentpunkten bzw. +0,3 Prozentpunkten aber nur sehr gering aus, so dass aufgrund gesunkener Einwohnerzahlen gemessen in absoluten Zahlen jeweils rund 1.500 (Ludwigslust) bzw. 2.000 Wahlberechtigte (Parchim) weniger von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten. Damit liegt Ludwigslust bei der Wahlbeteiligung landesweit hinter Bad Doberan auf dem zweiten, Parchim auf dem sechsten Platz.³⁷

Mit 31,7 Prozent der Stimmen ist die CDU seit 1994 zum vierten Male hintereinander die stärkste Partei im Kreistag von Ludwigslust, sie kann aber auch als größter Verlierer der Wahl bezeichnet werden. Während die anderen Parteien alle zulegten, verloren die Christdemokraten als einzige Partei (7,4 Prozentpunkte). Sie verfügt nunmehr über 17 Sitze. In lediglich sieben von 76 Gemeinden konnte die CDU ihr Ergebnis zumindest minimal verbessern. Nach dem „Allzeit-Hoch“ von 2004 mit 39,1 Prozent sei in der CDU allen klar gewesen, „dass dieses Ergebnis unter den aktuellen politischen Rahmenbedingungen nicht mehr erreichbar war“, zitiert die Schweriner Volkszeitung den CDU-Fraktionsvorsitzenden Andreas Petters.³⁸ Bemerkenswert ist das schlechte Abschneiden in Wittenförden, wo sich die CDU noch für den Erhalt der Eigenständigkeit der 2.773 Einwohner zählenden Stadt stark gemacht hatte. Während die Partei 2004 hier 33 Prozent erreichte (1.334 Stimmen), waren es 2009 nur noch 17,2 Prozent (minus 609 Stimmen). Im Gegensatz dazu konnte sie in Pampow, das auch von der Eingemeindung in das Schweriner Umland bedroht war, mit 52,8 Prozent ihr zweitbestes Ergebnis erzielen (2004: 53,4 Prozent) hinter dem höchsten Erfolg von 58,9 Prozent in dem 358 Einwohner zählenden Dorf Lehsen bei Wittenburg.

Die Ludwigsluster SPD erzielte auch 2009 mit 26,8 Prozent hinter der kreisfreien Hansestadt Wismar (34,4 Prozent) das beste SPD-Ergebnis im gesamten Bundesland und konnte sich prozentual geringfügig steigern (+0,7 Prozent). Die Anzahl der Mandate blieb mit 14 unverändert. „Natürlich hätten wir uns bei beiden Wahlen (Europa- und Kreistagswahl) ein paar mehr Prozente erhofft“,³⁹ so der SPD-Kreisvorsitzende Rolf Christiansen. Die SPD ist dabei besonders in den Dörfern unter 500 Einwohnern schwach aufgestellt, aber auch in der Kreisstadt Ludwigslust mit 12.700 Einwohnern erreichte sie nur magere 15,4 Prozent nach 19,7 Prozent 2004. Das beste Ergebnis errang die SPD in der vor der Zwangseingemeindung nach Schwerin⁴⁰ bedrohten Gemeinde Wittenförden (2.787 Einwohner) mit 59,6 Prozent. Dies hat auch sicherlich mit dem dort seit 1993 amtierenden SPD-Bürgermeister zu tun, der öffentlich schon früh gegen entsprechende Pläne der Landesregierung protestierte.⁴¹ Das Plus speist sich vor allem aus den Verlusten der CDU (minus 15,8 Prozentpunkte). Überraschend wurde jedoch Till Backhaus nicht in den Kreistag gewählt. 2004 schien es, als sei der nicht unpopuläre Landwirtschaftsminister nur als Stimmenfänger an-

37 Vgl. Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): Wahlen 2009. Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern am 7. Juni 2009. Kreistage der Landkreise sowie Stadtvertretungen/Bürgerschaften der kreisfreien Städte – endgültiges Ergebnis – (Statistische Hefte Mecklenburg-Vorpommern, 6. Jahrgang, 2009, Wahlheft 4; PDF-Version), S. 57.

38 Mayk Pohle: Neuer Wind im Landkreis. Karten im Kreistag und in vielen Stadtvertretungen neu gemischt, SVZ, Ludwigluster Tageblatt, 09.06.09, S. 13.

39 Zitiert in: ebd.

40 Vgl. auch: „Protest gegen Eingemeindungen. Dörfer fordern klare Aussagen vom Land und mobilisieren ihre Bürger“, SVZ, 24.10.09, S. 4.

41 Vgl. auch: Katja Haescher: Doppelbelastung und lange Tage. Geschäftsmann Manfred Bosselmann seit 1993 Bürgermeister von Wittenförden, SVZ, Mecklenburgische Zeitung, 23.05.09, S. 26.

getreten, denn bei Kreistagssitzungen war er fast nie anwesend. 2006 überließ er schließlich einem Nachrücker seinen Platz. Damit verspielte er sich 2009 unter vielen Anhängern offensichtlich Vertrauen.

Die Linke konnte sich von ihrem bisher schlechtesten Ergebnis bei der Kreistagswahl 2004 wieder entfernen und schaffte es mit 16,8 Prozent sogar, ein weiteres Mandat zu gewinnen. Zugpferde waren vor allem zwei Frauen: die Kreisgeschäftsführerin Melitta Rock (2.334 Stimmen) und die Landtagsabgeordnete Gabriele Měšť'an (2.211). Die Hochburgen der LINKEN liegen eindeutig in den größeren Städten des Landkreises. In den fünf größten Städten des Kreises lag sie über dem Kreisdurchschnitt. Das prozentual beste Ergebnis erzielte die Linkspartei in Blievenstorf, Amt Neustadt-Glewe mit 45,2 Prozent (328 Stimmen). Schwach ist sie in den im Norden des Landkreises liegenden Gemeinden der Ämter Wittenburg, Stralendorf und Zarrentin.

Als größter Wahlgewinner kann die FDP gelten, die mit 8,5 Prozent ihre Sitze im Kreistag von zwei auf fünf mehr als verdoppeln konnte und so ihr Wahlziel, Fraktionsstärke zu erlangen, erreicht hat. „Wir haben sensationelle Wahlergebnisse erreicht“,⁴² zitiert die Schweriner Volkszeitung den FDP-Kreisvorsitzenden Thomas Heldberg. Obwohl nur insgesamt fünf Frauen antraten, sind sie nun mit drei in der Überzahl in der Fraktion. Die Stärke der Liberalen liegt vor allem in den Dörfern. In den vier größten Städten Ludwigslust (7,4 Prozent), Hagenow (6,9 Prozent), Boizenburg (3,9 Prozent) und Neustadt-Glewe (7,6 Prozent) lag sie deutlich unter dem Kreisdurchschnitt. Der Spitzenkandidat und Neu Kaliber Bürgermeister Burkhard Thees, konnte alleine 4.495 Stimmen auf sich vereinen und war damit der größte Stimmenfänger unter allen Kreistagskandidaten aller Parteien und Vereinigungen. In seiner Gemeinde erlangte die FDP mit 54,5 Prozent sogar die absolute Mehrheit.

Bündnis 90/Die Grünen konnten nur minimal mit 0,3 Prozentpunkten gegenüber der vorangegangenen Kreistagswahl auf 4,1 Prozent zulegen und nehmen weiterhin mit dem ehemaligen Ludwigsluster Bürgermeister Hans Zimmermann und der amtierenden Ludwigsluster Bürgermeisterin Petra Billerbeck. zwei Sitze ein. Es ist nicht verwunderlich, dass gerade in der Kreisstadt die Bündnisgrünen mit 14,5 Prozent ihr bestes Ergebnis erzielten. Ansonsten sind die Grünen in den größeren Städten unterdurchschnittlich (Neustadt-Glewe: 3,3 Prozent) bis schwach (Hagenow und Grabow jeweils 2,0 Prozent) aufgestellt.

Die NPD konnte sich im Kreistag behaupten und gewann erneut zwei Sitze. Mit einer Steigerung von 1,1 Prozentpunkten auf 4,5 Prozent gegenüber 2004 liegt sie nun in der Wählergunst vor Bündnis 90/Die Grünen an sechster Stelle. Die Rechtsextremen können jedoch mit Blick auf die hohen Ergebnisse bei den vorangegangenen Wahlen auf Landes- und Bundesebene mit dem Ergebnis nicht unbedingt zufrieden sein. Zudem hatten sie seit 2004 im Landkreis insgesamt drei ihrer landesweit zehn Mandate inne. Nach Auszählung der Stimmen konnte die Frau des NPD-Landtagsfraktionsführers Udo Pastörs Marianne Pastörs neben Torgai Klingebiel in den Kreistag einziehen. Sie verzichtete jedoch auf ihr Mandat, so dass Stefan Köster erneut im Kreistag vertreten ist. Hochburgen waren wie auch bei den vorangegangenen Wahlen neben dem kleinen Dorf Groß Krams (13,8 Prozent) die Stadt Lübbtheen (11,5 Prozent), wo sich auch das sog. Bürgerbüro der Landtagsabgeordneten Udo Pastörs und Stefan Köster befindet. In dreizehn der 22 Gemeinden und Städte ab 1.000 Einwohner liegt sie unter dem Kreisdurchschnitt. In den Städten, wo die Rechtsextremisten bereits über Strukturen wie Kameradschaften (Wittenburg) verfügen oder die in der Vergangenheit durch rechtsextreme Aktivitäten wie in Wöbbelin und Boi-

42 Zit. in: „FDP noch immer außer sich vor Freude“, SVZ, Hagenower Kreisblatt, 11.06.09, S. 13.

zenburg in Erscheinung getreten sind, hat sie mindestens durchschnittlich abgeschnitten. Allerdings konnte sie in Ludwigslust, wo sie von 2004 bis 2009 einen Stadtvertreter gestellt hat, nur 3,3 Prozent erreichen und büßte damit 0,4 Prozentpunkte ein, was lediglich sechs Stimmen entspricht. Die Stadt ist in der Rechtsextremismusbekämpfung besonders engagiert.

Das Bündnis „Bauern und Ländlicher Raum“ hat zwar einen Verlust von 0,9 Prozentpunkten auf 5,0 Prozent hinnehmen müssen, ist jedoch weiterhin mit drei Mitgliedern im Kreistag vertreten. Hochburgen mit über zehn Prozent waren kleinere Ortschaften unter 1.000 Einwohnern. Der Einzug der Wählergruppierung „Bürger für Ludwigslust“ (1,2 Prozent) in den Kreistag mit einem Kandidaten ist nicht nur in dem guten Ergebnis in der Kreisstadt Ludwigslust begründet. Hier konnte das erstmals antretende Bündnis aus dem Stand 8,0 Prozent erzielen. Ohne die 696 von insgesamt 1.843 Stimmen in den Wahlbereichen außerhalb Ludwigslusts hätte das Bündnis, das zusammen mit der FDP eine Fraktion bildet, das gleiche Schicksal wie die „Bürger für Boizenburg“ ereilt, die nicht mehr im Kreistag vertreten sind, obwohl die Wählergemeinschaft nur 24 Stimmen verlor und mit 0,9 Prozent auf dem Niveau von 2004 blieb.

Im Kreis Parchim ist die CDU erneut mit 36,7 Prozent stärkste Kraft geworden, büßte jedoch 6,7 Prozentpunkte ein und fiel sogar unter das Ergebnis von 1999 (42,7 Prozent). Von vormals 23 Sitzen blieben den Christdemokraten noch 17. Stark ist die Union vor allem in den Orten rund um Lübz und direkt in der zweitgrößten Stadt (53 Prozent) des Kreises. Elf der 16 Gemeinden liegen hier zum Teil stark über dem Kreisdurchschnitt wie z.B. Gischow, wo sie mit 57,6 Prozent ihr bestes Ergebnis erzielen konnte. Außer in zehn Gemeinden, darunter auch die Kreisstadt Parchim, hat die CDU durchweg an Stimmen verloren. In Wendisch Priborn, wo auch der Bürgermeister auf der Wahlbereichsliste stand, konnte sie hingegen den größten prozentualen Zuwachs von 46,0 Prozent auf 56,6 Prozent erzielen, dies zu Lasten der SPD (- 20,6 Prozentpunkte).

Die Parchimer SPD konnte erneut mit 23,7 Prozent als zweitstärkste Kraft in den Kreistag einziehen. Zwar war dies sogar ein Gewinn gegenüber 2004 von 3,3 Prozentpunkten, aufgrund der Verkleinerung des Kreistages blieb es jedoch bei elf Vertretern. Der Fraktionsvorsitzende Wolfgang von Rechenberg zeigte sich mit dem Ergebnis zufrieden.⁴³ Überdurchschnittlich gut hat die SPD in und um Crivitz abgeschnitten. In neun der 76 Gemeinden erhielt die SPD die relative, in drei die absolute Mehrheit.

Die LINKE bleibt mit ihrem moderat verbesserten Ergebnis gegenüber 2004 auf 20,0 Prozent (+ 1,7 Prozentpunkte) mit zehn Sitzen drittstärkste Kraft im Kreistag. Unter den Fraktionsmitgliedern befindet sich mit der Landtagsabgeordneten Barbara Borchardt nur eine Frau. Mit Norbert Reier ist unter den Mandatsträgern auch ein Bürgermeister. In seiner Stadt, Plau am See, konnte die Linke (37,5 Prozent), wie in weiteren fünf Gemeinden die relative Mehrheit erlangen.

Die FDP konnte ihre Position gegenüber der vergangenen Wahlperiode mit 8,3 Prozent um einen Sitz ausbauen und stellt nun vier Kreistagsmitglieder, darunter keine Frau. Ihr Fraktionspartner, das Agrarbündnis für den ländlichen Raum verlor jedoch zwei ihrer drei Sitze. Zwar konnten die Freidemokraten in der Gemeinde Kuhlen-Wendorf starke 18,9 Prozent erzielen, die zwölf weiteren Städte und Gemeinden im Amt Sternberger Seenland-

43 Vgl. „Parchim wertet die Wahl aus und steckt die nächsten Ziele“, http://www.spd-westmecklenburg.de/index.php?option=com_content&view=article&id=88:spd-parchim-wertet-die-wahl-aus-und-steckt-die-naechsten-ziele-ab&catid=10:news-parchim&Itemid=33 (26.08.09).

schaft liegen jedoch allesamt – z.T. weit – unter dem Kreisergebnis. Stark war die FDP vor allem in den Gemeinden des Amtes Ostufer Schweriner See sowie um und in Crivitz.

Zwar legten Bündnis 90/Die Grünen von 3,8 Prozent auf 4,8 Prozent im Vergleich zur letzten Kreistagswahl zu, sind jedoch weiterhin mit nur zwei Mitgliedern fünftstärkste Kraft in der kommunalen Vertretung. Darunter befindet sich mit der Landtagskandidatin von 2006, Ulrike Seemann-Katz, eine Frau. Besonders erfolgreich sind die Grünen im Amtsbe- reich Ostufer Schweriner See gewesen, wo generell eher bürgerlich gewählt wird. Außeror- dentlich wenig Wähler konnte die Partei vor allem in Plau und den umliegenden Gemeinden für sich gewinnen.

Das NPD-Ergebnis mit 3,6 Prozent liegt leicht unter dem Landesdurchschnitt von 4,0 Pro- zent, bereinigt durch die Kreise, in denen sie nicht angetreten ist. Das ist damit zu erklären, dass die Rechtsextremen im Kreis strukturell nicht besonders gut aufgestellt sind. Mit dem Ergebnis stellen sie immerhin zwei Mitglieder im Kreistag, darunter eine Frau. Schwach waren sie in den drei südlich von Schwerin liegenden einwohnerstarken Gemeinden (1.500 bis 3.500 Einwohner) des Amtes Banzkow. Überdurchschnittlich schnitt die Partei in zehn der 13 Gemeinden im Amt Sternberger Seenlandschaft ab. In Sternberg (rund 4.500 Ein- wohner) selbst erreichte sie 4,9 Prozent. In der Gemeinde Severin bei Parchim kam sie mit 10,9 Prozent (45 Stimmen) auf ihr bestes Ergebnis.

Tab. 5: Wahlergebnis im Landkreis Ludwigslust 2009*

	CDU	SPD	PDS/ LINKE	FDP	Grüne	NPD	BBLR	BfB	BfL	EB
Prozent	31,7	26,8	16,8	8,5	4,1	4,5	5,0	0,9	1,2	0,4
Verän- derung	-7,4	+0,7	+1,8	+3,9	+0,3	+0,7	-0,9	0	+1,2	-
Sitze	17	14	9	5	2	2	3	0	1	0
Verän- derung	-4	0	+1	+3	0	0	0	-1	+1	0

Quelle: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern.

* BBLR: Bündnis Bauern und Ländlicher Raum; BfB: Bürger für Boizenburg; BfL: Bürger für Ludwigslust; EB: Einzelbewerber. Ergebnis AWK: 0,2 Prozent.

Tab. 6: Wahlergebnis Parchim 2009*

	CDU	SPD	PDS/ LINKE	FDP	Grüne	NPD	Agrar	EB
Prozent	36,7	23,7	20,0	8,3	4,8	3,6	1,6	1,2
Veränderung	-6,7	+3,3	+1,7	+2,4	+1,0	-	-3,1	-
Sitze	17	11	10	4	2	2	1	0
Veränderung	-6	0	0	+1	0	+2	-2	0

Quelle: Kreiswahlleiter des Landkreises Parchim: Amtliche Bekanntmachung des endgültigen Wahlergebnis- ses für die Wahl des Kreistages im Landkreises Parchim am 7. Juni 2009.

* Agrar: Agrarbündnis für den ländlichen Raum; EB: Einzelbewerber.

5. Fazit und Ausblick

Die Ausgangspositionen der bundesweit etablierten Parteien waren zwar in Ludwigslust und Parchim ähnlich. Der Wahlkampf war jedoch stark unterschiedlich vor allem bedingt durch die gegenseitigen scharfen Attacken der SPD und CDU in Ludwigslust. Aber auch in den Lokalausgaben der Schweriner Volkszeitung fand weitaus weniger Wahlkampf in Parchim als in Ludwigslust statt. Beim Ergebnis unterscheiden sich beide Landkreise nicht vom Landestrend. Die CDU musste deutliche Einbußen hinnehmen. Die SPD kann hinzugewinnen, in Parchim deutlicher, wo sie jedoch aufgrund der Verkleinerung des Kreistages die Anzahl der Sitze nicht vergrößern kann. Drittstärkste Kraft bleibt in beiden Vertretungen die LINKE, gefolgt von den Wahlgewinnern der FDP. Die NPD ist aufgrund besserer Parteistrukturen in Ludwigslust stärker, verfügt aber in beiden Kreistagen über jeweils zwei Sitze. Bündnis 90/Die Grünen kommen auch in Parchim und Ludwigslust nicht über fünf Prozent. Für Ludwigslust bedeutet der Verlust der CDU von weiteren Sitzen einen herben Einschnitt. In der kommenden Wahlperiode werden die Christdemokraten es noch schwerer haben als schon zuvor, ihre Anträge durchzubringen, wenn die SPD wieder mit der LINKEN, Grünen und dem Bündnis „Bauern und Ländlicher Raum“ zusammenarbeitet. Die CDU hat mit FDP/Bürger für Ludwigslust zusammen 23 Stimmen. SPD und LINKE haben zusammen mit den Grünen 26 und mit dem Bauernbündnis insgesamt 29 Stimmen. Die NPD dürfte weiterhin keine Rolle spielen, wenn die demokratischen Parteien ihre einheitliche Abgrenzung wie im letzten Kreistag und ihre erneuerten Wahlversprechungen zur Ausgrenzung der Rechtsextremisten einhalten.

In Parchim hat die CDU zusammen mit der FDP 21 Mitglieder. Die SPD mit der LINKEN ebenfalls 21. Das Agrarbündnis (ein Sitz) hat sich schon in der vergangenen Wahlperiode der FDP angeschlossen. Wenn das Bekenntnis für Demokratie und Toleranz und die damit verbundene Absage der demokratischen Parteien an eine Zusammenarbeit mit der NPD tatsächlich eingehalten wird, können die Grünen mit ihren zwei Mandaten in Zukunft das Zünglein an der Waage spielen. Im Endeffekt haben sich durch den Einzug der Rechtsextremisten die Kräfteverhältnisse zugunsten der SPD entwickelt, ohne dass diese selbst einen Sitz hinzugewann. So dürfte es die CDU trotz relativer Mehrheit in beiden Kreistagen schwer haben, eigene Anträge zum Erfolg zu führen. Rechnet man die Ergebnisse auf den geplanten Großkreis Ludwigslust und Parchim zu Südwestmecklenburg hoch, so würden die Kräfteverhältnisse ähnlich wie jetzt in Ludwigslust liegen, der Abstand zwischen CDU und SPD würde sich etwas vergrößern.

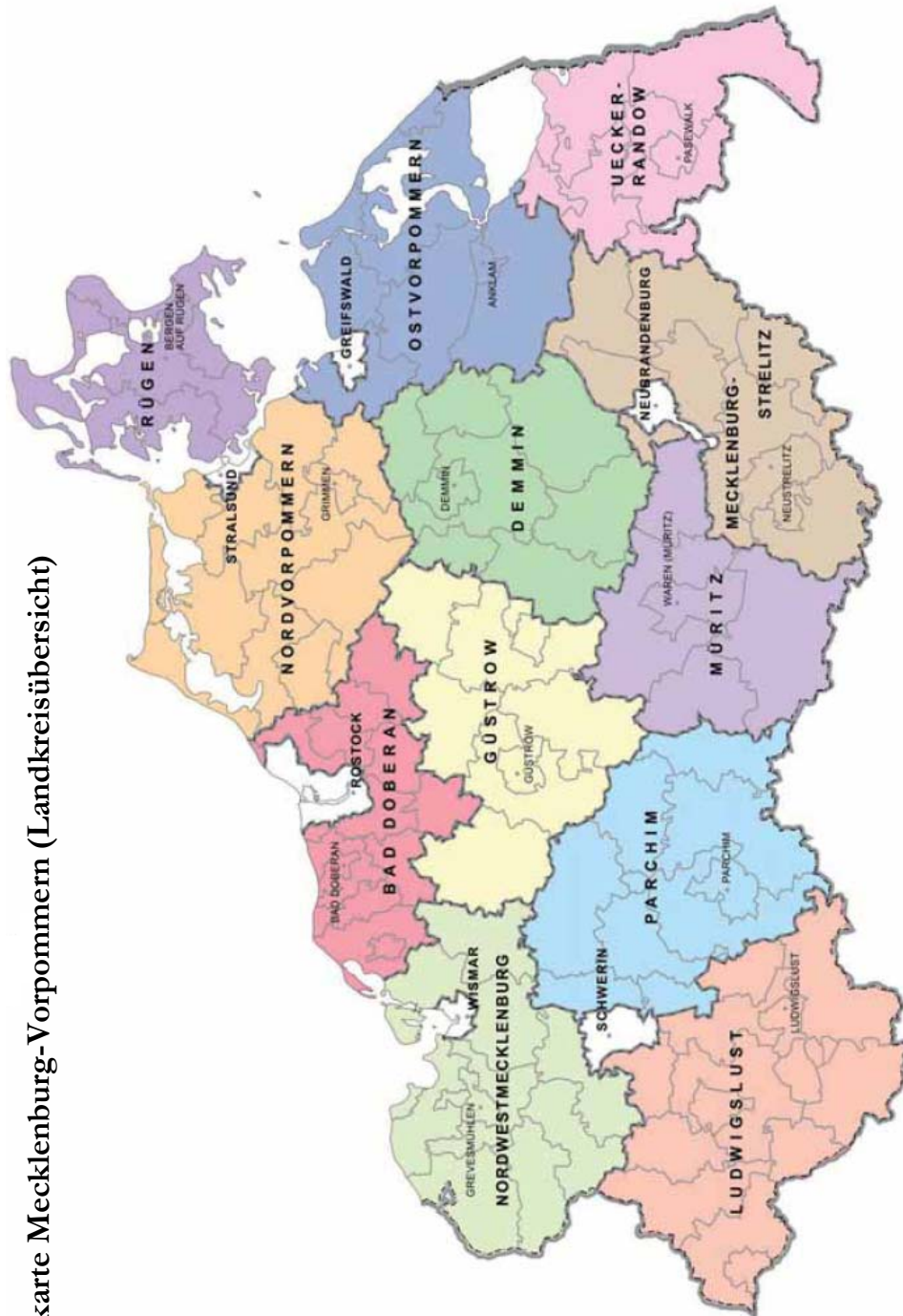
Anhang: Plakate im Kommunalwahlkampf 2009¹

¹ Fotos: Johannes Saalfeld (aus dem Wahlkampf in Rostock).

Anhang: Plakate im Kommunalwahlkampf 2009¹

1 Fotos: Michael Koch (2-5, 9; Wahlkampf in der Region Südvorpommern), Martin Koschkar (6-8; Wahlkampf in Nordwestmecklenburg und Wismar); Plakat Die Linke: <http://www.originalsozial.de/typo3temp/pics/22ff0b99ce.jpg> 25.09.09.

Anhang: Landkarte Mecklenburg-Vorpommern (Landkreisübersicht)



Quelle: Landtag Mecklenburg-Vorpommern: Drs. 5/2683, S. 205.

Die künftige Kreisstruktur sieht nach dem von der Landesregierung am 7. Juli 2009 beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung zukunftsfähiger Strukturen der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Kreisstrukturgesetz) die Bildung (im Jahre 2011) von sechs Großkreisen vor, die beiden größten Städte Rostock und Schwerin bleiben kreisfrei. Folgende Kreise sollen entstehen: Landkreis Nordwestmecklenburg: Hansestadt Wismar und Nordwestmecklenburg; Landkreis Mittleres Mecklenburg: Bad Doberan und Güstrow; Landkreis Nordvorpommern, Rügen und Stralsund; Landkreis Südvorpommern: Hansestadt Greifswald, Ostvorpommern, Uecker-Randow, Ämter Demmin Land, Jarmen-Tutow und Peenetal/Loitz sowie die Hansestadt Demmin; Landkreis Mecklenburgische Seenplatte: Mecklenburg-Strelitz, Müritz, Ämter Malchin am Kummerower See, Stavenhagen und Treetower Tollensewinkel sowie die Stadt Dargun und die bisherige kreisfreie Stadt Neubrandenburg; Landkreis Südwestmecklenburg: Ludwigslust und Parchim.

Die Autoren

- Christian Kobsda** Jahrgang 1985, B.A.-Student der Politikwissenschaft und Philosophie
- Michael Koch** Jahrgang 1987, B.A.-Student der Politikwissenschaft und Neueren Geschichte Europas
- Martin Koschkar, B.A.** Jahrgang 1982, M.A.-Student der Politikwissenschaft und des Öffentlichen Rechts
- Arne Lehmann, M.A.** Jahrgang 1978, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre des Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften an der Universität Rostock
- Florian Lescow** Jahrgang 1986, B.A.-Student der Politikwissenschaft und Sprachlichen Kommunikation
- Erik Lohse, B.A.** Jahrgang 1984, M.A.-Student der Politikwissenschaft und Erziehungswissenschaft
- Christian Martinez Schwabbauer, B.A.** Jahrgang 1979, M.A.-Student der Politikwissenschaft und Neueren Geschichte Europas
- Stefan Posselt, B.A.** Jahrgang 1986, M.A.-Student der Politikwissenschaft und Sprachlichen Kommunikation und Kommunikationsstörung
- Johannes Saalfeld, M.A.** Jahrgang 1982, Promotionsstudent am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften an der Universität Rostock
- Steffen Schoon, Dr.** Jahrgang 1974, bis August 2009 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre des Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften an der Universität Rostock, seit September 2009 Referent in der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern
- Christian Schwießelmann, Dr.** Jahrgang 1980, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Deutschen Gesellschaft e.V., Berlin
- Roman Stieler** Jahrgang 1984, B.A.-Student der Politikwissenschaft und Öffentliches Recht
- Philipp Stolzenberg** Jahrgang 1985, B.A.-Student der Politikwissenschaft und des Öffentlichen Rechts
- Monique Tiedemann** Jahrgang 1987, B.A.-Studentin der Politikwissenschaft und des Öffentlichen Rechts
- Michael Maser, M.A.** Jahrgang 1980, studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Soziologie
- Christopher Scheele, M.A.** Jahrgang 1982, Mitarbeiter beim Landesexzellenzprojekt „A History of Aging Societies“, Rostocker Forschungsverbund Historische Demographie

Publikationen der Arbeitsgruppe „Politik und Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern“ (Auswahl, nach Erscheinungsjahr gelistet)

a) Einzelveröffentlichungen/Sammelbände

HESS, Katharina: Migration und Integration in Mecklenburg-Vorpommern. Hamburg 2008.

SCHOON, Steffen: Wählerverhalten und politische Traditionen in Mecklenburg und Vorpommern (1871-2002). Eine Untersuchung zur Stabilität und strukturellen Verankerung des Parteiensystems zwischen Elbe und Ostsee. Mit einer CD-ROM: Text, Abbildungen und Tabellen, Wahldaten, statistische Analysen und Wahlkarten. Düsseldorf 2007 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien; 151).

SCHOON, Steffen; WERZ, Nikolaus (Hrsg.): Die Landtagswahl 2006 in Mecklenburg-Vorpommern. Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler. Rostock 2007 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 27).

BONIN, Jenny; WERZ, Nikolaus u.a.: Baltic Cities and Migration. Contributions of the UBC Workshop Baltic Cities and Migration. Problems – Potentials – Perspectives, 05-07 Oktober 2006 in Rostock.. Rostock 2006 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 26).

SCHOON, Steffen; SAB, Britta; SAALFELD, Johannes: Kein Land(tag) in Sicht? – Bündnis 90/Die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern. hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern, München 2006.

HEINRICH, Gudrun (Hrsg.): Beiträge zu Fragen von Zivilgesellschaft und Rechtsextremismus. Rostock 2005 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 25).

WERZ, Nikolaus u.a.: Kooperation im Ostseeraum. Eine Bestandsaufnahme der wissenschaftlichen und politischen Kooperation unter besonderer Berücksichtigung der neuen Bundesländer. Rostock 2005 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 24).

HENNECKE, Hans Jörg (Hrsg.): Staats- und Verwaltungsmodernisierung in Mecklenburg-Vorpommern. Anregungen, Standpunkte und Perspektiven zur Reformdebatte, Rostock 2004 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 21).

SCHOON, Steffen u.a.: Die Kommunalwahlen 2004 in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 2004 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 22).

WERZ, Nikolaus; NUTHMANN, Reinhard (Hrsg.): Abwanderung und Migration in Mecklenburg-Vorpommern. Wiesbaden 2004.

HEINRICH, Gudrun; WERZ, Nikolaus (Hrsg.): Forschungen in Mecklenburg-Vorpommern zu Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Rostock 2003 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 18).

JAHN, Detlef; WERZ, Nikolaus (Hrsg.): Politische Systeme und Beziehungen im Ostseeraum. München: Olzog 2002.

WERZ, Nikolaus u.a.: Kommunale Direktwahlen in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 2001 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 15).

WERZ, Nikolaus; HENNECKE, Hans Jörg (Hrsg.): Parteien und Politik in Mecklenburg-Vorpommern. München 2000.

WERZ, Nikolaus; SCHMIDT, Jochen (Hrsg.): Mecklenburg-Vorpommern im Wandel. Bilanz und Ausblick. München 1998.

WERZ, Nikolaus; SCHMIDT, Jochen: Wahlen in Mecklenburg und Vorpommern. Rostock 1996 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 6).

b) Aufsätze/ Artikel

WERZ, Nikolaus: Land Mecklenburg-Vorpommern; in: ANDERSEN, Uwe; WOYKE, Wichard (Hrsg.) Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, 6. Auflage, Wiesbaden 2009. S. 364-370.

SCHWIEBELMANN, Christian: Blockflöten im Parteienkonzert? Das Beispiel der Nordost-CDU von der Gründung bis zur Gegenwart, in: Deutschland Archiv, 42. Jg. (2009) H. 3, S. 414-424.

LANGER, Kai; LEHMANN, Arne: 18 Monate Populismus und Provokation, in: BRODKORB, Mathias; SCHLOTSMANN, Volker (Hrsg.): Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2008. S. 63-96.

SCHOON, Steffen: Das Parteiensystem in Ostdeutschland - regionalisiert, fragmentiert und funktionsgestört, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 20 (2008), H. 1, S. 37-46.

SCHOON, Steffen: Parteiendemokratie und demografischer Wandel am Beispiel Ostdeutschlands, in: WERZ, Nikolaus (Hrsg.): Demografischer Wandel. Baden-Baden 2008 (Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft [DGfP]; 25), S. 93-110.

SCHWIEBELMANN, Christian: Die politische „Wende“ 1989/90 und die Christdemokraten im Norden der DDR, in: Zeitgeschichte regional 2/2008, S. 89-104.

HEINRICH, Gudrun; SCHOON, Steffen: The 2006 Landtag Election of Mecklenburg-Western Pomerania, in: German Politics, Volume 16 (2007), Issue 4, p. 526 - 533.

WERZ, Nikolaus; SCHOON, Steffen: Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 17. September 2006: Ein halber Regierungswechsel und das Ende des Dreiparteiensystems, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), Jg. 38 (2007), H. 1; S. 67-83.

SCHWIEBELMANN, Christian: Norddeutsch, protestantisch, liberal - Gründerpersönlichkeiten der CDU in Mecklenburg-Vorpommern, in: Historisch-Politische Mitteilungen, Bd. 13 (2006), S.25-46.

SCHOON, Steffen; WERZ, Nikolaus: Die Bundestagswahl 2005 in den neuen Ländern, in: Deutschland Archiv, Jg. 38 (2005), H. 6, S. 972-980.

HEINRICH, Gudrun: Die PDS als Regierungspartei in Mecklenburg-Vorpommern, im Spagat zwischen Oppositionsspielweise und Regierungsalltag, in: Vorgänge, Jg. 43 (2004), H. 4, S. 92-100.

WERZ, Nikolaus; SCHMIDT, Jochen: Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 22. September 2002: Bestätigung der rot-roten Koalition mit Gewinnern und Verlierern, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 34 (2003), H.1, S. 60-79.

SCHOON, Steffen: Zwischen „Ostkompetenz“ und Entzauberung. Die PDS und ihre Wähler in Mecklenburg-Vorpommern zwischen 1994 und 1998, in: Deutschland Archiv, 34. Jg. (2001), H.5, S. 777-784.

WERZ, Nikolaus; SCHMIDT, Jochen: Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 27. September 1998: Weichenstellung zur rot-roten Koalition, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 30 (1999), H.1, S. 97-116.

WERZ, Nikolaus; SCHMIDT, Jochen: Fragile Mehrheit der Sozialdemokraten. Die Stabilisierung eines Dreiparteiensystems in Mecklenburg-Vorpommern, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.10.1998, S. 15.

WERZ, Nikolaus: Nach den Wahlen. Das Problem des Rechtsextremismus ist nur aufgeschoben, in: Gegenwartskunde, (1998), H. 4, S. 419-424.

SCHMIDT, Jochen; WERZ, Nikolaus: Das Dilemma der SPD. In Mecklenburg-Vorpommern gelingt es den Sozialdemokraten nur schwer, zwischen CDU und PDS Fuß zu fassen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.10.1994, S. 12.

Ausgaben der Reihe „Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung“

- Heft 1** Jürgen Rüländ: Neue Wege der Zusammenarbeit in Süd-Ost-Asien. Rostock 1994.
- Heft 2** Christian Wagner: Regionale Konflikte, Rüstungswettlauf und nukleare Proliferation in Südasien. Rostock 1995
- Heft 3** Peter Birle/Nikolaus Werz: Argentinien nach den Wahlen vom Mai 1995. Stellungnahmen argentinischer Wissenschaftler und Politiker aus Anlaß des Symposiums „Argentinien – Politik, Kultur und Außenbeziehungen“ vom 30.6. bis 2.7.1995 in Rostock. Rostock 1995.
- Heft 4** Jost Bandelin/Gerald Braun/Jürgen Rüländ: Wirtschaftspartner Asien: Mecklenburg-Vorpommerns Unternehmer auf der Suche nach neuen Märkten. Ergebnisse einer Unternehmensbefragung. Rostock 1995.
- Heft 5** Jürgen Rüländ: The Asia-Europe Meeting (ASEM): Towards a New Euro-Asian Relationship? Rostock 1996.
- Heft 6** Nikolaus Werz/Jochen Schmidt: Wahlen in Mecklenburg und Vorpommern. Rostock 1996.
- Heft 7** Christian Wagner: Politischer Wandel und wirtschaftliche Reformen in Indien. Rostock 1997.
- Heft 8** Conchita Hübner: Auswirkungen des Transformationsprozesses auf die Situation von Frauen in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 1997.
- Heft 9** Martina Zellmer-Bjick: Canada's Asia-Pacific Policy on the Eve of the APEC-Summit. Rostock 1997.
- Heft 10** Falko Brinner/Michael Storck: Vom Feindbild zur Armee der Einheit. Die Bundeswehr der Einheit aus der persönlichen Sicht von zwei betroffenen Soldaten. Rostock 1998.
- Heft 11** Johann-Friedrich Engel: Tourismus und Tourismuskonzepte in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 1999.
- Heft 12** Friedrich Welsch/Nikolaus Werz: Der Wahlsieg und der Regierungsbeginn von Hugo Chávez Frías in Venezuela. Rostock 1999.
- Heft 13** Yves Bizeul/Matthias Schulz: Die deutsch-französischen Beziehungen. Rückblick und aktueller Stand. Rostock 2000.
- Heft 14** Conchita Hübner-Oberndörfer: Transformation des Bildungswesens in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990. Rostock 2001.
- Heft 15** Nikolaus Werz u.a.: Kommunale Direktwahlen in Mecklenburg-Vorpommern Rostock 2001.
- Heft 16** Dieter Schröder u.a.: Peripherer ländlicher Raum – zum Beispiel der Landkreis Demmin. Rostock 2002.
- Heft 17** Yves Bizeul u.a.: 10 Jahre Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften. Ehrenpromotion von Prof. Dr. Dieter Schröder. Rostock 2002.

- Heft 18** Gudrun Heinrich/Nikolaus Werz (Hrsg.): Forschungen in Mecklenburg-Vorpommern zu Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Rostock 2003.
- Heft 19** Gudrun Heinrich (Hrsg.): Qualitätssicherung und Nachhaltigkeit in der Arbeit gegen Rechtsextremismus. Rostock 2004.
- Heft 20** Gudrun Heinrich (Hrsg.): Jugend und Politik – Verdrossenheit? Rostock 2004.
- Heft 21** Hans Jörg Hennecke (Hrsg.): Staats- und Verwaltungsmodernisierung in Mecklenburg-Vorpommern. Anregungen, Standpunkte und Perspektiven zur Reformdebatte. Rostock 2004.
- Heft 22** Steffen Schoon u.a.: Die Kommunalwahlen 2004 in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 2004.
- Heft 23** Dörte Ahrendt-Völschow: Die Lateinamerikawissenschaften an der Universität Rostock von 1958 bis 1995. Rostock 2004.
- Heft 24** Nikolaus Werz u.a.: Kooperation im Ostseeraum. Eine Bestandsaufnahme der wissenschaftlichen und politischen Kooperation unter besonderer Berücksichtigung der neuen Bundesländer. Rostock 2005.
- Heft 25** Gudrun Heinrich u.a.: Beiträge zu Fragen von Zivilgesellschaft und Rechtsextremismus. Rostock 2005.
- Heft 26** Jenny Bonin/Nikolaus Werz u.a.: Baltic Cities and Migration. Contributions of the UBC Workshop Baltic Cities and Migration. Problems – Potentials – Perspectives, 05-07 Oktober 2006 in Rostock. Rostock 2006.
- Heft 27** Steffen Schoon/Nikolaus Werz (Hrsg.): Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler. Rostock 2006.
- Heft 28** Arne Lehmann: Gründe und Folgen des Brain Drain in Mecklenburg-Vorpommern. Zur Abwanderung in einem ostdeutschen Flächenland. Rostock 2008.
- Heft 29** Steffen Schoon/Arne Lehmann (Hrsg.): Die Kommunalwahlen 2009 in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 2009.

Die Reihe als PDF: <http://www.wiwi.uni-rostock.de/ipv/forschung/publikationsreihe>.